

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Gemeinsam gegen Unrecht und Reaktion!

Der 1. Mai 2019 ist mit dem Gedenken an die Ereignisse in Berlin vor 90 Jahren, dem „Blutmai“, verbunden. Was damals geschah, hatte furchtbare Folgen, ist eine bittere Lektion.

SPD-Polizeipräsident Karl Zörgiebel hatte 13 000 Polizisten in Berlin zusammengezogen, um ein Verbot von Mai-Kundgebungen durchzusetzen. Die Beamten erschossen als ersten einen SPD-Arbeiter, den Bauklemp-

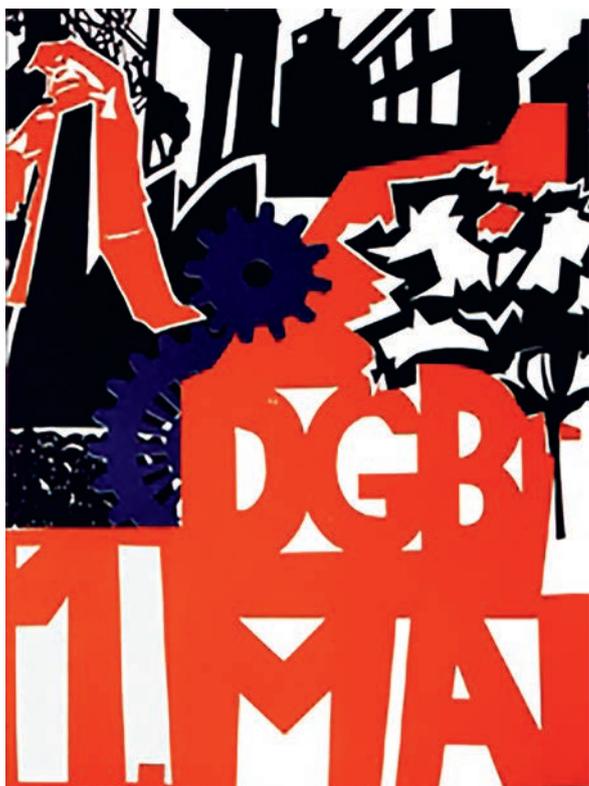
Empörung und Verbitterung. Für die Zeitgenossen war der Blutmai eine Fortsetzung der SPD-Zustimmung zum Krieg 1914, des Bündnisses mit der kaiserlichen Armee 1918 und der Organisierung des Mordens in Berlin im Januar und im März 1919.

Das war der Hintergrund dafür, daß die KPD die verhängnisvolle Sozialfaschismusthese annahm. Im Juni 1929 fand der 12. Parteitag der KPD in den Weddinger Pharus-Sälen, Müllerstraße 143, statt. Noch unter dem Eindruck der Ereignisse kurz zuvor erklärte er, die SPD bereite „als aktive organisierende Kraft die Errichtung der faschistischen Diktatur vor“. Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung war zementiert – trotz aller Bemühungen um eine antifaschistische Front. Erst nach der Machtübergabe an Hitler 1933 korrigierten die Kommunistische Internationale und die KPD ihre Fehleinschätzung und verwarfen sie auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935. Vor allem Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht folgten dem im selben Jahr auf der „Brüsseler Konferenz“ der KPD. Es ging nun darum, den Weltkrieg zu verhindern. Zu den Grundlagen des Marxismus-Leninismus gehört seit dieser Zeit: Nur die Aktionseinheit aller Teile der Arbeiterklasse und ein Bündnis aller politischen Strömungen, die sich Faschisten und Krieg entgegenstellen, können den Imperialismus daran hin-

zusammen: „Links, links, links, links! Trotz Zörgiebels Polizei! / Links, links, links, links! Wir gedenken des Ersten Mai! / Der herrschenden Klasse blut’ges Gesicht, / der rote Wedding vergißt es nicht / und die Schande der SPD! / Sie wollen uns das Fell über die Ohren ziehn, doch wir verteidigen das rote Berlin, / die Vorhut der roten Armee.“ Nach 1945 erfuhr der Text in der DDR Änderungen, die auf Schallplatten des Sängers Ernst Busch (1900–1980) festgehalten sind: „Kämpfen wir als Sozialisten endlich in einer Front. / Arbeitsbrüder, Kommunisten, Rot Front, Rot Front. / Links, links, links, links, die Trommeln werden gerührt. / Links, links, links, links, die Arbeiterklasse marschiert. / Wir fragen euch nicht nach Verband und Partei, / seid ihr nur ehrlich im Kampf mit dabei, / gegen Unrecht und Reaktion.“

Es ist höchste Zeit, in diesem Sinn aus der Geschichte, d. h. von der DDR, zu lernen.

Arnold Schölzel



ner Max Gemeinhardt, der in der Kösliner Straße 19 im Wedding wohnte und nicht schnell genug sein Fenster zur Straße schloß. Zwei weitere Bewohner der Straße wurden durch geschlossene Türen hindurch erschossen. Nach drei Tagen wurden 33 Tote und mehr als 200 Verletzte gezählt. Wie im März 1919 in Berlin-Lichtenberg oder am 2. Juni 1967, als der Student Benno Ohnesorg in Westberlin erschossen wurde, hatte die Polizei auch 1929 das Gerücht verbreitet, die Demonstranten benutzten Schußwaffen. Unter kommunistischen Arbeitern, aber auch Intellektuellen wie Bertolt Brecht, der ein Massaker als Augenzeuge erlebte, herrschten

den, eine faschistische Diktatur zu errichten und einen Weltkrieg zu entfesseln. Die antifaschistische Demokratie wurde zum strategischen Ziel.

Dieser entscheidende Wandel läßt sich am Schicksal eines Liedes verdeutlichen, das zum kulturellen Erbe der deutschen Arbeiterbewegung gehört: „Roter Wedding“. Erich Weinert (1890–1953) hatte den Text nach dem „Blutmai“ im Auftrag einer Agitpropgruppe verfaßt, Hanns Eisler ihn vertont. Das Lied wurde so populär, daß die Nazis versuchten, es mit eigenem Text unter die Leute zu bringen. Das Lied faßt die Empörung, die zur „Sozialfaschismusthese“ führte,

Aus dem Inhalt



Wie die NATO 1999 das Völkerrecht zerstörte	2
„Partnerschaft“ nach Art der USA	3
Am Krankenbett der Linkspartei	6
Gespräche über die Abkehr vom Sozialismus	7
Journalismus als Eskorte der Macht	8
Unsichtbarer Kolonialismus als Fluchtursache	9
Adamowitsch/Granin: Das Blockadebuch	12
Heinrich Mann: An das befreite Berlin	14
Das Ensemble „Grenada“ grüßt aus Moskau	14
Wer erfüllte das Potsdamer Abkommen?	17
Eugen Leviné im April 1919	20
100 Jahre Bauhaus	22
Alfred Frank – der „Maler mit dem Stern“	23
Erinnerung an Ernst Wildangel	24
Vor 70 Jahren: Die erste Verfassung der DDR	25
Wie sozial war die DDR tatsächlich?	26
Die Heinrich-Mann-Bibliothek Strausberg	27
Das Kulturhaus Martin Andersen	
Nexö in Rüdersdorf	27
Zum 27. Todestag von Gerhard Riege	28
Adolf Eser – Ein Kombinatdirektor klärt auf	29
Stimmen aus aller Welt über die DDR	30
In eigener Sache	31
„RotFuchs“-Veranstaltungen	32
Leserbriefe	33

Genug ist genug – es reicht

Nach Berechnungen, die zur Zeit von der Trump-Administration angestellt werden, sollen die Stationierungsgebühren für die US-Truppen vollständig plus einem Aufschlag von mindestens 50 % von Deutschland und den anderen Ländern, in denen sich US-Basen befinden, bezahlt werden. Statt bisher 1 Milliarde Dollar (28 % der Stationierungskosten) pro Jahr, die Deutschland ohnehin schon bezahlt, wären es ca. 6 Milliarden (150 % der Stationierungskosten), bei „gutem Benehmen“ nur bis zu 4 Milliarden (100 %). Bei „gutem Benehmen“ – wenn Deutschland besonders unterwürfig ist oder wenn es sich besonders kriegswütig und völkerrechtswidrig verhält –, würde der Aufschlag erlassen bzw. reduziert. 6 Milliarden Dollar dafür, daß niemals ein Bewohner dieses Landes im US-Militärkrankenhaus bei der Air Base Ramstein behandelt wird, für die Intensivierung der völkerrechtswidrigen Drohneneinsätze, für US/NATO-Interventionseinsätze, für die massive Zerstörung der Umwelt und die Vergiftung der Bevölkerung, für noch mehr Verkehrstote durch US-Soldaten, ohne daß sie von der deutschen Justiz dafür zur Rechenschaft gezogen werden können – Milliarden für weltweite

Kriege. Wir sagen tausendmal nein! Das Geld brauchen wir für Schulen und Kitas, sozialen Wohnungsbau, Krankenhäuser, öffentlichen Nahverkehr, kommunale Infrastruktur,



Alterssicherung, ökologischen Umbau, Klimagerechtigkeit – aber bestimmt nicht für Kriege. Der Truppenstationierungsvertrag mit den USA muß gekündigt werden! Das Geld, das wir für die Stationierung ausländischer Truppen bezahlen sollen, würde mehrfach für die Konversionsprogramme (Umstellung vom Militärischen zu Zivilem) für Ramstein und die anderen Militärbasen reichen.

Nein zu dieser Vasallentreue! Oder lassen gemeinsame imperiale Interessen an einer

westlichen ökonomischen und militärischen Dominanz die Bundesregierung, entgegen den Interessen der Bevölkerung, noch tiefer für die Mächtigen der USA und ihre gemeinsamen Kriege in die Tasche greifen?

Durch Untätigkeit (noch weniger mit blindem Vertrauen in diese Bundesregierung) wird sich dies alles nicht verhindern lassen – aber wir haben mehr und neue Chancen für einen starken Protest! Deshalb sind die Ramstein-Protestaktionen dieses Jahr – vom 23. bis 30. Juni – so wichtig.

Mit neuen Argumenten, mit noch mehr Empörung in der Bevölkerung, mit einem klaren Nein zum „Trumpschen Bereicherungs-Deal“, können wir es schaffen: Die Air Base Ramstein und

alle US-Basen müssen geschlossen werden – um des Friedens willen und nun auch wegen unseres Geldes.

Aufmüpfig statt unterwürfig, Zivilcourage statt US-Kriegstreue – das ist die Herausforderung auch an die Bundesregierung!

Reiner Braun und Pascal Luig

Koordinierungskreis der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein!“

www.ramstein-kampagne.eu

Wie die NATO 1999 das Völkerrecht zerstörte

In einer Erklärung des Außenministeriums Russlands zum 20. Jahrestag der NATO-Aggression gegen Jugoslawien heißt es:

Am 24. März 1999 begann die NATO ihre Bombenangriffe gegen Jugoslawien, die 78 Tage dauern sollten. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einer Aggression gegen einen souveränen europäischen Staat, der ein aktives Mitglied der Antihitlerkoalition und Mitbegründer der UNO sowie des internationalen Sicherheitssystems in der Nachkriegszeit gewesen war. Die Allianz hatte keine legitimen Gründe für solches Vorgehen, vor allem kein Mandat des UN-Sicherheitsrats. Mit dieser Aggression wurden die Basisprinzipien des Völkerrechts, die in der UN-Charta und in der Schlußakte von Helsinki verankert sind, sowie die internationalen Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten der NATO verletzt. Das Vorgehen der Allianz widersprach zudem selbst dem Nordatlantischen Vertrag von 1949, in dem sich die NATO-Länder verpflichtet hatten, Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit in der Welt nicht zu gefährden und auf Gewaltanwendung bzw. Drohung mit Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen zu verzichten, falls dies den Zielen der UNO widerspricht. Damit begann die Auswechslung des Völkerrechts durch die „Ordnung“, die sich auf gewisse willkürlich bestimmte Regeln, und zwar auf das Recht des Stärkeren, stützt. Im Laufe der Bombardements, die zynisch als „humanitäre Intervention zu gutem Zweck“ bezeichnet wurden, kamen etwa 2000

Einwohner, darunter mindestens 89 Kinder, ums Leben. Dabei gab es unter den Opfern viele Kosovo-Albaner, für deren „Rettung“ sich die NATO engagierte. Tausende zivile Objekte in Dutzenden Städten sind zerstört worden. Und wegen des Einsatzes von Munition mit abgereichertem Uran wurden in vielen Gebieten Boden und Wasser verseucht, was einen wesentlichen Anstieg der Zahl von Krebserkrankungen auslöste.

Unter dem Vorwand der Vorbeugung einer angeblichen „humanitären Katastrophe“ hat man die Autonome Region Kosovo zwangsläufig vom Land abgetrennt. In Wirklichkeit wurde ausgerechnet die NATO zum „Katalysator“ einer wahren menschlichen Tragödie (zum „Vorhang“, hinter dem antiserbische „ethnische Säuberungen“ durchgeführt wurden), wegen der mehr als 200 000 Einwohner nichtalbanischer Nationalität ihre Heimat verlassen mußten. Zehntausende Objekte, die ihnen gehört hatten, bleiben immer noch von Pristina- und Kosovo-Albanern usurpiert. Eine Heimkehr von Flüchtlingen und Zwangsumsiedlern läßt sich kaum beobachten.

Unter dem „Schutzschild“ der NATO-Bombardements begingen die Kosovo-Albaner fürchterliche Verbrechen – unter anderem entführten sie Serben zwecks illegalen Handels mit menschlichen Organen. Diese Fakten wurden vom Berichterstatter des Europarats Dick Marty im Dezember 2010 veröffentlicht. Seit Juli 2017 funktioniert unter der Ägide der Europäischen Union der zuständige

Sondergerichtshof, dessen Aufgabe es ist, die Schuldigen zu bestrafen. Aber bisher wurde noch niemand angeklagt. Wir gehen davon aus, daß alle mit diesen Verbrechen verbundenen Kämpfer aus der sogenannten Befreiungsarmee des Kosovo vor Gericht gestellt werden müssen – egal, welche Posten sie jetzt in Pristina bekleiden.

Wir stellen fest, daß die NATO mit ihrem Überfall auf Jugoslawien vor 20 Jahren die Mechanismen zerstörte, die jahrzehntelang Frieden und Sicherheit in Europa gesichert hatten. Dabei wurde das Kosovo-Problem nicht gelöst – im Gegenteil: Die Region bleibt nach wie vor die größte Quelle der Instabilität und der Krisenerscheinungen auf dem Balkan. Aber hätte es denn anders geschehen können, wenn man bedenkt, daß die NATO frühere Kämpfer der „Befreiungsarmee des Kosovo“ in Pristina an die Macht geführt hat, die später außer Kontrolle ihrer Beschützer geraten sind?

Die schwere Last der Verantwortung für ein solches Vorgehen und für dessen Folgen liegt voll und ganz auf der Führung der Allianz und ihrer Mitgliedsstaaten, die sich an der Aggression gegen Jugoslawien beteiligten. Dieser schändliche Fleck wird den Ruf der NATO auf ewig beschmutzen. Ihn kann auch die intensive Einbeziehung der Länder der Region in die Allianz nicht beseitigen, welche die Trennungslinien auf dem Balkan immer tiefer und die gesellschaftlichen Kontroversen immer krasser machen.

(Red. bearbeitet)

„Partnerschaft“ nach Art der USA

Auf dem Gipfel der Asiatisch-Pazifischen-Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) im November 2018 in Papua-Neuguineas Hauptstadt Port Moresby riet US-Vizepräsident Michael Pence den am Gipfel teilnehmenden Ländern: „Nehmen Sie keine Kredite an, die Ihre Souveränität gefährden können. Schützen Sie Ihre Interessen. Erhalten Sie sich Ihre Unabhängigkeit. Machen Sie es wie Amerika: immer Ihr eigenes Land zuerst ... Wir suchen Zusammenarbeit, keine Kontrolle. Wir ertränken unsere Partner nicht in einem Schuldenmeer, wir gefährden nicht Ihre Unabhängigkeit. Wenn Sie eine Partnerschaft mit uns eingehen, dann sind wir Ihre Partner, und wir alle sind erfolgreich.“

Wie sieht eine solche „Zusammenarbeit“ und „Partnerschaft“ mit den USA aus? In einem Beitrag, den das „Voltaire-Netzwerk“ am 29. Januar veröffentlichte, schrieb Thierry Meyssan: „Die Vereinigten Staaten haben ein Projekt für das Karibik-Becken, welches das Pentagon im Jahr 2001 angekündigt hat. Es ist ein destruktives und tödliches, ein verwerfliches Projekt. Daher bemühen sie sich, eine akzeptable Legende zu finden. Wir sehen das in Venezuela: Der Anschein verdeckt allmählich die Realität; während der Demonstrationen geht die Vorbereitung des Krieges weiter.“

Am 23. Januar organisierten sowohl die Anhänger Maduros als auch die Opposition in Caracas Demonstrationen. Auf letzterer erklärte sich Juan Guaidó zum Übergangspräsidenten. Die Regierungen der USA, Kanadas, Großbritanniens und Israels erkannten den neuen „Präsidenten“ sofort an. Die Europäische Union folgte. Washington gelang es in der Folgezeit, ein Viertel der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen davon zu „überzeugen“, das Ergebnis der venezolanischen Präsidentschaftswahlen vom Mai 2018 und damit die Legitimität der zweiten Amtszeit des Präsidenten Maduro nicht anzuerkennen. Gegenwärtig hat also die Bolivarische Republik Venezuela einen verfassungsmäßig gewählten Präsidenten und einen selbsternannten Übergangspräsidenten.

Dieses Szenarium ist nicht neu. In Syrien wurden „innere Unruhen“ (2011) drei Jahre später in eine Aggression durch eine Söldnerarmee verwandelt. Das syrische Modell



Anti-US-Drohnen-Graffiti in Sanaa (Jemen)

funktionierte nur teilweise. Das lag daran, daß sich Rußland und China im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen widersetzten. Außerdem bewiesen das Volk und die Regierung Syriens eine große Widerstandsfähigkeit. Und schließlich unterstützte die russische Armee die syrische Armee gegen die ausländischen Söldner und die NATO. Die USA kündigten an, sich aus Syrien zurückzuziehen. Das Pentagon hat für die Dschihadisten keine Verwendung mehr. Washington gelang es nicht, den syrischen Staat zu zerschlagen. Aber sie verletzten ihn schwer. Trump wird das Finanzministerium in Marsch setzen, um den Wiederaufbau des Landes und des Staates zu stören.

In Venezuela übernahm die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) die Rolle, die in Syrien die Arabische Liga spielte. OAS-Generalsekretär Luis Almagro, der im Dezember 2018 aus der linken Frente Amplio, der Regierungspartei Uruguays, wegen seiner US-getreuen Positionen zu Venezuela und Nicaragua ausgeschlossen wurde, hat den „Präsidenten“ Juan Guaidó anerkannt.

In Venezuela wollen die USA unter Ausnutzung von Guaidó zunächst den rechtmäßigen Präsidenten Nicolás Maduro stürzen, um dann ihr Hauptziel anzusteuern, den Staaten des Karibischen Beckens die Rumsfeld-Cebrowski-Doktrin der Zerstörung der

Staatsstrukturen aufzuerlegen. Im kalten Krieg zur Zeit der UdSSR wollten die USA ganz Amerika kontrollieren und jeglichen Einfluß des „Ostblocks“ dort ausschließen. Heute geht es ihnen darum, den weiteren Vormarsch der Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik zu stoppen und verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Washington will die natürlichen Ressourcen dieser Region, vor allem das Erdöl, mit geringstmöglicher nationaler Kontrolle und zu den niedrigsten Kosten ausbeuten. Deshalb planen die Strategen der USA, die nationalen staatlichen Strukturen zu zerschlagen. Die Länder dieser Region sollen faktisch Protektorate der USA werden.

In seiner Rede anlässlich des 85. Todestages des nikaraguanischen Nationalhelden Augusto C. Sandino am 21. Februar 2019 sagte Comandante Daniel Ortega, daß die Herrschenden der USA die Welt als eine unipolare betrachten. „Wir stehen in einem Kampf, in dem sich expansionistische Interessen bewegen ... Sie denken, daß die Fronten ständig durch militärische Kraftspiele eingeschränkt werden müssen. Obwohl die Welt in der Wirtschafts-, Handels- und militärischen Ordnung seit einiger Zeit multipolar geworden ist, weigern sie sich anzuerkennen, daß diese Welt so bleiben muß.“

Für das Karibikbecken können die Staaten Lateinamerikas und der Karibik gemeinsam diesen teuflischen Plan durchkreuzen. In der erwähnten Rede sagte Comandante Daniel Ortega: „Wir müssen unsere Waffen in den enormen Reichtümern unserer Nationen in Lateinamerika und der Karibik sehen. Der wichtigste Reichtum sind unsere Völker mit ihrer Identität; kreative, unternehmerische und kämpferische Völker und dann die natürlichen Ressourcen der gesamten Region ... Wenn wir uns in der lateinamerikanischen und karibischen Region gut entwickeln und fest vereinen, dann können wir eine große Macht für den Frieden werden ...“ Und es bedarf der internationalen Solidarität mit Venezuela, Nicaragua und Kuba!

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Im Visier: Venezuela, Nicaragua, Kuba

Unter den jetzigen Umständen könne man nur für oder gegen den Frieden, könne man nur für oder gegen den Krieg sein, sagte der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez während einer Pressekonferenz am 20. Februar, als er den entscheidenden Moment ansprach, den die Region angesichts der Drohung der Vereinigten Staaten, in Venezuela einzudringen, erlebt. Es seien deshalb Momente, in denen „die Einhaltung und die Gültigkeit der Prinzipien des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen entschieden werden. Entschieden wird, daß der Grund für die Legitimität einer Regierung in

der Unterstützung und Abstimmung ihrer Bürger liegt und kein ausländischer Druck die souveräne Ausübung der Selbstbestimmung ersetzen kann.“ Dies sagte Rodríguez, nachdem die kubanische revolutionäre Regierung am 13. Februar die Absicht der Vereinigten Staaten angeprangert hatte, zu intervenieren, und unter anderem die Bewegung von Militärtransportflugzeugen von US-Stützpunkten an den Orten ansprach, wo sich Einheiten des Kommandos für Spezialoperationen und des Marine Corps befinden, die für verdeckte Aktionen, auch gegen Führer anderer Länder, eingesetzt werden.

In diesem Fall bezog er sich auf die Flüge, die zwischen dem 6. und 10. Februar die US-Militärbasen am Flughafen Rafael Miranda (Puerto Rico), den Luftwaffenstützpunkt San Isidro (Dominikanische Republik) und andere in der Karibik anfliegen, und verurteilte den Druck und die Handlungen der Regierung von Washington bei der Vorbereitung eines militärischen Abenteuers, das als „humanitäre Intervention“ in Venezuela getarnt ist, Vorbereitungen, die immer noch anhalten. Er erinnerte daran, daß Präsident Donald Trump erklärt hatte, daß „alle Optionen möglich sind“.

Unter Hinweis auf die Regierungserklärung betonte der Außenminister: „Wir erleben eine Fabrikation humanitärer Vorwände, wobei eine Frist gesetzt wird, innerhalb der der Eintritt von ‚humanitärer Hilfe‘ mit Gewalt erzwungen werden soll, was an sich schon ein Widerspruch ist: Es ist nicht möglich, daß sich wahre humanitäre Hilfe auf Gewalt, auf Waffengewalt oder auf die Verletzung des Völkerrechts stützt, ein Ansatz, der tatsächlich einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellt.“ Er erinnerte daran, daß Kuba die Bemühungen von Mexiko und Uruguay und anderen unterstütze, die versuchen, einen Weg des Friedens und des Dialogs zu finden, und forderte die internationale Gemeinschaft auf, sich zu mobilisieren, um jede Maßnahme zu verhindern, die sich für eine Intervention eigne, die in den Händen US-amerikanischer Fundamentalisten liege und ganz Lateinamerika erreichen würde.

Diese Warnung kam der Drohung der Regierung von Präsident Donald Trump gegen Venezuela zuvor, der am 19. Februar auf einer Konferenz an der International University of Florida in Sweetwater, Miami, sehr beredt, präzise und brutal war.

Einerseits forderte er die venezolanischen Militärangehörigen auf, ihr Vaterland zu verraten, indem er ihnen auf naive Weise drohte, sie würden „alles“ verlieren, wenn sie den „Diktator“ Nicolás Maduro weiterhin unterstützten. Neben anderen erstaunlichen Überlegungen und Drohungen stellte er die Behauptung auf: „Die Tage des Sozialismus sind gezählt, nicht nur in Venezuela, sondern auch in Nikaragua und Kuba.“ Er spielte „kalten Krieg“. Das Imperium entblößte sich, zeigte sein altersschwaches Gesicht, seine absolute Dekadenz.

Außenminister Rodriguez lehnte diesen Versuch der Einschüchterung von Trump ab und sagte, US-amerikanische Analysten hätten die Rede in Florida als Wahlkampf eingestuft, als einen Versuch, auch die demokratischen Führer (in den USA) einzuschüchtern, die Wähler allgemein und vor allem die mit dem System unzufriedenen Jugendlichen, die vom Präsidenten beschuldigt werden, den Sozialismus einführen zu wollen.

Für Rodriguez war der wichtigste „theoretische Beitrag“ von Trump in seiner Rede die Einbeziehung des McCarthyismus in die Monroe-Doktrin der Behauptung einer einzigen imperialistischen Macht, „dem er einen extremen, altmodischen Kalten-Kriegs-Antikommunismus hinzufügte“.

Aufrüstung für die Intervention

Neben eine Information der Regierung Kubas über die Luftbewegungen in der Karibik schrieb der Fachjournalist Tom Rogan in seinem Artikel „Die US-Militärmacht konzentriert sich stillschweigend in der Nähe von Venezuela“ (am 15. Februar im „Washington Examiner“ veröffentlicht), daß die US-Regierung zwei ihrer Flugzeugträger, die Theodore Roosevelt und das amphibische Angriffsschiff USS Boxer, das die 11. Expeditionseinheit der Marine (MEU) an Bord hat, entsandt habe. Die Charakteristika der MEU „würden ein angemessenes Gleichgewicht zwischen einem Versuch des Umstimmens des Regimes von Nicolás Maduro und der Androhung einer Invasion darstellen“, sagte Rogan.

In den vergangenen Tagen haben mehrere Medien das Auslaufen einer Angriffsgruppe mit Flugzeugträgern (CGS) vor der Küste von Florida in einer Flotte bestätigt, die aus dem Flugzeugträger USS Abraham Lincoln (CVN-72), einem Raketenkreuzer der Klasse Ticonderoga USS Leyte Gulf und vier Zerstörern der Arleigh-Burke-Klasse, USS Bainbridge, USS Gonzalez, USS Mason und USS Nite, sowie einer Fregatte der spanischen Marine Mendez Núñez besteht. Eine echte Bedrohung oder ein Spiel mit der Abschreckung?

Inzwischen bildeten große US-Militärflugzeuge einen Korridor nach Cúcuta, an der kolumbianisch-venezolanischen Grenze, angeblich beladen mit Tonnen von „humanitärer Hilfe“, die mit großer Publizität bedacht wurde. Am 10. Januar bestätigte der Präsident von Panama, Juan Carlos Varela, die Angaben von politischen und sozialen Bewegungen über einen Transfer von mächtigen Artillerie-Hubschraubern aus den Vereinigten Staaten auf den US-Militärstützpunkt in Darien, einer an Kolumbien grenzenden Provinz.

Varela sagte, daß er am 4. Januar nach Florida gereist war, um sich mit dem Kommandanten des US-Südkommandos Craig Faller in seinem Hauptquartier zu treffen, natürlich ohne Erlaubnis des Parlaments und praktisch im geheimen.

Die Vereinigten Staaten haben Venezuela mit Militärstützpunkten in Kolumbien, Aruba, Peru, Paraguay und anderen karibischen Inseln umgeben. In den Gebirgsgegenden von Montes de Oca im kolumbianischen Departamento La Guajira wurden Truppenbewegungen gemeldet. Am 11. Februar gab es an diesem Ort ein ständiges Starten und Landen von US-amerikanischen Kampfflugzeugen und Kampfhubschraubern. Dabei wurden Drohnen, die venezolanische Gebiete fotografieren und filmen, und das Eintreffen gepanzelter Ausrüstung bei der Lufteinheit beobachtet.

Die venezolanische Regierung selbst hat die langjährige Präsenz kolumbianischer paramilitärischer Organisationen an der Grenze zu Venezuela angeprangert, die eine Reihe von Verbrechen und Straftaten begangen haben. Dies wird auch im sogenannten Putsch- oder Masterplan erwähnt.

Der „Masterstroke“ des US-Südkommandos wurde entworfen, als Admiral Kurt Tidd im Februar 2018 noch dessen Befehlshaber war. Die venezolanische Regierung nennt einige paramilitärische Organisationen – die auch im Masterplan eingetragen sind –: der Golfclan, die Uribehos, die Rastrojos, die Águilas Negras, Experten für die Ermordung sozialer und indigener Führer.

Weitere ähnliche wurden geortet: Resistencia Radical Venezolana (Venezolanischer Radikaler Widerstand) oder der „Widerstand der Jesuiten israelischen Ursprungs“, insbesondere in den Bundesstaaten Zulia, Táchira und Apure, mit Gruppen, die in der Nähe der internationalen Brücke Tienditas agieren.

Es gibt Analysten, die auf die Grenzen zu Brasilien blicken: nach Roraima, Manaus und Boavista, insbesondere, nachdem zum ersten Mal in der Geschichte ein General der brasilianischen Armee – in diesem Fall General Aleides Farfas jr., der für das Brigadekommando von Ponta Grossa im Bundesstaat Paraná

verantwortlich ist – zum Unterkommandanten der US-Truppen ernannt wurde, um dem Südkommando anzugehören. Dies hat zu einer echten Krise im militärischen Bereich dieses Landes geführt, da, wie die brasilianische Zeitung „Valor“ schrieb, sich die Möglichkeit ergeben könnte, daß Farfas eine Intervention in Venezuela anführe, da er bereits dem Fort Sam Houston zugeteilt würde, das dazu bestimmt ist, an diesen Aktionen teilzunehmen.

Der ehemalige Außen- und Verteidigungsminister Celso Amorim sagte, dies würde dazu dienen, „eine eventuelle militärische Intervention der Vereinigten Staaten in Lateinamerika und der Karibik zu legitimieren und einer Einheit dieses Landes eine ähnliche Rolle wie die der NATO zu verleihen, ohne daß zu diesem Zweck ein Vertrag unterzeichnet worden wäre“.

Trumps Drohungen an das venezolanische Militär waren ein Bumerang, denn dieses fühlte sich angegriffen und erniedrigt und gab eine klare Antwort, indem es sich entschlossen zeigte, seine Heimat zu verteidigen.

Das US-Kriegsabenteuer bedroht die gesamte Region, aber auch die Vereinigten Staaten selbst. Das spiegelt sich im Widerstand verschiedener politischer und sogar militärischer Sektoren dieses Landes gegen die Prahlerei Trumps trotz des Medienkrieges wider, der Teil des Schemas dieser asymmetrischen Kriegsführung ist, dieses „hybriden Krieges“ oder welchen Namen man diesem klaren Versuch eines Kolonialkriegs der Aneignung von Ressourcen und Territorien auch geben will.

Aber wir müssen etwas Stärkeres hervorheben, und das ist das Widerstandsvermögen, das die Regierung von Nicolás Maduro, das Volk und die patriotischen Streitkräfte Venezuelas gezeigt haben. Dabei haben sie sehr ernste Situationen überwunden, wie vorher bereits der venezolanische und lateinamerikanische Führer Präsident Hugo Chávez Frias bei dem von den Vereinigten Staaten entworfenen gescheiterten Putsch im April 2002. Von diesem Moment an hat es 25 Wahlen gegeben, die von Chávez und seinem Nachfolger Nicolás Maduro gewonnen wurden, und zwei, die sie verloren, was von der Regierung anerkannt wurde.

Als die Opposition 2016 im Kongreß die Mehrheit erreichte, war das erste und einzige Versprechen und Programm, das der damalige „demokratische“ Parlamentspräsident Henry Ramos Allup ankündigte, daß sie Maduro vor Ende 2016 stürzen würden. Inzwischen sind wir im Jahr 2019. Maduro wurde im Mai 2018 bei Wahlen wiedergewählt, die beobachtet und überprüft wurden und an denen Vertreter der Opposition teilnahmen, die sich lieber zur Wahl stellten, als eine ausländische Macht zu einer Intervention aufzurufen. Dies machte Washington nervös und führte dazu, daß es seine Maske fallen ließ.

Niemand kann so tun, als wisse er nicht, worum es geht. Entweder ist man für den Frieden oder gegen den Frieden, entweder ist man für den Krieg oder gegen den Krieg!

Stella Calloni

(Siehe auch den Beitrag „Top secret: Der ‚Meisterschlag‘ der USA gegen Venezuela“, RF 249, S. 7)

Rüstungsexporte stoppen!

Der Anteil deutscher Rüstungsexporte in Drittstaaten – also außerhalb von NATO und EU – liegt seit Jahren oberhalb von 50 % und ist damit die Regel und nicht die Ausnahme. Allein dieser Umstand reicht aus, um die Einhaltung der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ (kurz: Richtlinien) aus dem Jahr 2000 in Frage zu stellen.

Es war der rot-grünen Regierung damals gelungen, die bestehenden Grundsätze zu verschärfen und erstmals das Kriterium der „Menschenrechte“ einzubringen. Wer sich an den Wortlaut der Richtlinien hält und der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland „besonderes Gewicht“ beimißt und schon bei „hinreichendem Verdacht“, daß die gelieferten Güter zu einer inneren Repression beitragen oder das Empfängerland gar in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt ist, muß automatisch bei einer restriktiven Rüstungsexportpraxis landen. So waren die Erwartungen. Was ist daraus geworden?

Wir sehen Patrouillenboote in Saudi-Arabien, Panzer in Katar und U-Boote in Ägypten – um nur die Exportgenehmigungen des Jahres 2017 aufzuzählen. Sowohl die Finanzkrise in der EU als auch die Sparmaßnahmen der NATO haben die Exporte in Drittstaaten ansteigen lassen. 2015 erreichten die Rüstungsexportgenehmigungen mit 7,8 Mrd. Euro insgesamt einen Höchststand. Ausgerechnet der Nahe und Mittlere Osten, der als konfliktreichste Region weltweit gilt, erhält regelmäßig Rüstungsgüter aus dem globalen Norden, so auch aus Deutschland. Nicht einmal das aktive Eingreifen Saudi-Arabiens im Jemen, also eine Teilhabe an einem tatsächlich ausgetragenen Krieg, hat etwas an dieser Situation geändert. Dabei wäre spätestens das eine Reißleine gewesen, wenn man sehr

großzügig und mit zwei zugehörigen Augen die Auslegung der Politischen Grundsätze ignorieren würde. Nicht nur Saudi-Arabien verstößt gegen Völkerrecht – auch die Türkei hat mit dem Einmarsch in den Norden Syriens Völkerrecht gebrochen. Die Bundesregierung gewährte dessenungeachtet Rüstungsexporte im Wert von über vier Millionen Euro.

Die Liste an zweifelhaften Genehmigungen, die das Gegenteil einer restriktiven Rüstungsexportpraxis sind, ließe sich fortsetzen. Das Bonn International Center for Conversion (BICC) zählt im Jahr 2016 45 Länder, die hinsichtlich ihrer Menschenrechtslage als hochproblematisch einzustufen und dennoch Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte sind. Das Friedensgutachten 2018 stellt der Bundesregierung das denkbar schlechteste Zeugnis aus: Ihre Rüstungsexportpolitik sei weder restriktiv noch friedenspolitisch sinnvoll. Was also läuft schief?

Das Grundproblem mit den Richtlinien ist, daß es sich nur um Richtlinien handelt. Ihnen fehlt jegliche Verbindlichkeit. Es hilft auch nicht, wenn die Bundesregierung behauptet, sie einzuhalten, denn sie sind nicht einklagbar. All das wollen wir mit einem Rüstungsexport-Kontrollgesetz ändern, das wir Grüne seit 2011 fordern.

Konkret würde es um die Aufwertung der bisher unverbindlichen Kriterien der Rüstungsexportrichtlinien gehen. Ziel ist, daß sie auf einer Ebene mit dem Kriegswaffenkontroll- und dem Außenwirtschaftsgesetz stehen und es somit keine unterschiedlichen Ebenen von Verbindlichkeit mehr gibt. Gerade das Nebeneinander verschiedener Normen, zu denen auch der rechtsverbindliche EU-gemeinsame Standpunkt für den Export von Rüstungsgütern zählt, trägt zu Intransparenz und Unübersichtlichkeit bei. Damit soll Schluß sein. Auch das Schließen rechtlicher Lücken, wie dem Export von technischem Know-how,

wie es die Firma Rheinmetall mit ihrer Beteiligung an einer Panzerfabrik in der Türkei nutzt, wäre im Zuge einer gesetzlichen Regelung dringend notwendig. Gleichzeitig ließe sich über die Einführung eines Verbandsklagerechts nachdenken, so wie es im Umwelt- und Verbraucherschutz längst möglich ist. Opfer von Militär und Gewalt würden so erstmals eine Stimme bekommen.

Aber nicht alles läßt sich gesetzlich regeln. Zu einer restriktiven Rüstungsexportpolitik würde auch beitragen, wenn es keine Hermesbürgschaften mehr gäbe, der Rüstungsexportbericht offener und nachvollziehbarer strukturiert wäre, es mehr Endverbleibskontrollen gäbe, diese von geschultem Personal durchgeführt würden und die Federführung nicht mehr beim Wirtschaftsministerium läge, sondern beim Auswärtigen Amt. Auch die Zuständigkeit des Bundessicherheitsrates zweifeln wir an. Eigentlich ist das Grundgesetz in der Hinsicht klar, wenn es die Entscheidung über Rüstungsexporte dem gesamten Kabinett auferlegt und nicht einem ausgelagerten Gremium.

All diese Vorschläge dienen dazu, mehr Licht in das Dunkel von Rüstungsexportgeschäften zu bringen, denn die Bundesregierung ist nicht gewillt, ihre außen- und sicherheitspolitischen Beweggründe mitzuteilen. Eine parlamentarische Kontrolle ist so kaum möglich. Waffen an Drittstaaten gefährden nicht nur Menschenrechte, sondern auch deutsche und europäische Sicherheitsinteressen, sobald sich die Konfliktlinie ändert. Schon zu oft haben vermeintlich stabile Staaten bewiesen, daß sie es nicht sind. Mit großzügigen Rüstungsexporten machen wir selbst die Welt unsicherer. Diesen Irrsinn gilt es zu stoppen.

Katja Keul, MdB

Mitglied der Bundestagsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen

(Aus „Friedens-Forum“, 6/2018)

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Mai!

zum 98. Geburtstag

Rudi Kurz (Berlin) am 9. Mai

zum 94. Geburtstag

Ulrich Müller (Berlin) am 21. Mai

zum 92. Geburtstag

Marianne Wuschko (Hoyerswerda)

am 11. Mai

Ilona Kießling (Leipzig) am 16. Mai

zum 91. Geburtstag

Roland Richter (Chemnitz) am 9. Mai

zum 90. Geburtstag

Gerd Thiede (Suhl) am 16. Mai

zum 85. Geburtstag

Werner Wild (Magdeburg) am 6. Mai

Dieter Möhrke (Schwedt) am 9. Mai

Helga Göllnitz (Chemnitz) am 10. Mai

Teo Tusche (Freital) am 12. Mai

Bernhard Schulze (Leipzig) am 21. Mai

zum 80. Geburtstag

Klaus Eichner (Lentzke) am 4. Mai

Rolf Rotzschke (Halle) am 5. Mai

Dieter Engelman (Elsterwerda) am 8. Mai

Bernd Morgenstern (Petersberg)

am 14. Mai

Wolfgang Mäder (Neubrandenburg)

am 18. Mai

Rüdiger Kramer (Altlandsberg,

OT Wilkendorf) am 22. Mai

zum 75. Geburtstag

Brigitte Queck (Potsdam) am 1. Mai

Waltraud Kreß (Neubrandenburg)

am 19. Mai

Peter Maaßen (Frankfurt a. M.)

am 20. Mai

Peter Baude (Berlin) am 24. Mai

Norbert Wagner (Dessau-Roßlau)

am 24. Mai

zum 70. Geburtstag

Helga Kühn (Bad Dürrenberg)

am 1. Mai

zum 65. Geburtstag

Burkhard Laurich (Derenburg)

am 21. Mai

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Am Krankenbett der Linkspartei

Einer der gründlichsten Kenner der Geschichte der Partei Die Linke ist Ekkehard Lieberam. In einer neuen Publikation des pad-Verlages, die als Diskussionsangebot nicht nur mit Blick auf diese Partei gedacht ist, diagnostiziert er eine schon lange bekannte Krankheit der „Linken“, gegen die nur eine Therapie hilft: „Mehr Marx als Murks“. Aber die Krankheit ist so weit fortgeschritten, daß eine Heilung kaum zu erwarten ist. Zumal der Patient die Therapie verweigert. Die Linkspartei ist ganz offensichtlich nicht die Antwort auf die Frage: „Welche Partei brauchen die abhängig Arbeitenden im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts?“ Sie sei, so der Autor, eine „Sowohl-als-auch-Partei“, die „zwischen weiterer Anpassung und Gegenmachtstrategie“ schwankt, die „zwei Gesichter“ hat, deren Führung „statt den politischen Gegner zu nerven“, über zwei Jahre hinweg vorrangig „sich selbst“ genervt hat. Sie werde zu „einer zweiten sozialdemokratischen Partei mit einigen wichtigen Besonderheiten“. Einen „reformistischen Weg progressiver Reformen“ mittels „Stellvertreterpolitik“ gebe es nicht. Es gehe darum, „die Lohnarbeiterklasse selbst politisch zu stärken“.

In kenntnisreicher Weise und mit theoretischem Tiefgang zeichnet Lieberam in einer Art Soziologie der Krise den Weg der PDS bis zu ihrer Vereinigung mit der WASG und dann zur Linkspartei nach. Deutlich wird, daß die Linkspartei auch dem Entwicklungsprozeß folgt, der den Niedergang der PDS bestimmte, allerdings auf eine andere Art und Weise. Zusammen mit der Führungskrise gebe es noch eine Orientierungskrise, die vor allem im Konzept des Mitregierens der Führung der Linkspartei ihre Ursache habe. Diese sei „ein aktuelles Beispiel für eine Hinwendung einer Partei der Lohnabhängigen, die die Systemfrage stellt, zu einer systemkonformen Parlamentspartei, die sich in das parlamentarische Regierungssystem einordnet, das nicht zuletzt die Funktion hat, die Klassenkonflikte zu verschleiern und zu befrieden“. Der Widerspruch zwischen Integration und Gegenmachtstrategie durchdringt die Politik beider Parteien. „Die Losung ‚Mehr Ramelow wagen‘ ist mit Linksblinken und Systemkritik schlecht vereinbar.“ Dennoch sei Die Linke nach wie vor auch Operationsbasis für eine kämpferische Klassenpolitik.

In den Kapiteln „Kurze Geschichte der ‚Klasse für sich selbst‘“ und „Klassenpolitik und Klassenpartei heute“ gibt der Autor einen Abriss der deutschen sozialistischen Parteigeschichte und formuliert Anforderungen an die Linken insgesamt. Deutlich wird, daß es nicht ausreicht, nur zu sagen, daß keine Partei irgendwann eine Entwicklung umgekehrt hat, sondern stets von dieser umgekehrt wurde. Die subjektiven Faktoren spielen schon eine Rolle. Die Funktion einer „neuen Sozialschicht der Partei“ (Wolfgang Abendroth), die Abwendung vom Marxismus genau in dem Maße, wie

sich sozialistische Parteien auf das parlamentarische Spiel einlassen, wie sie zu „verstaatlichten Parteien“ werden (Lieberam bezieht sich hier auf Johannes Agnoli) und die Anpassung an den desolaten Zustand der Klasse zunimmt – dies alles ist zu berücksichtigen.



„Halb sechs – sie muß kommen, die Weltrevolution“
Zeichnung von Karl Arnold (1883–1953), in „Simplicissimus“, Heft 15, 8. Juli 1919

Ansonsten wäre jegliche Arbeit an der Organisation überflüssig. Jedoch – auch das wird bei Lieberam deutlich: Es gibt ab einem bestimmten Punkt kein Zurück ...

Für den Autor steht fest: „Eine marxistische Linke, die diesen Namen verdient, muß in der Debatte um Lageanalyse und Handlungsorientierung illusionslos das ganze Ausmaß des konterrevolutionären Umbruchs von 1991 begreifen.“ Für die Linkspartei macht er geltend, daß deren innere Auseinandersetzungen kennzeichnen, „daß mit den in ihr um die politische Führung ringenden zwei Führungsduos (um die Parteivorsitzenden und die Fraktionsvorsitzenden) sich ... zwar nicht opportunistische Reform- und Regierungslinke und marxistische antikapitalistische Linke gegenüberstehen, aber eben auch nicht zwei gleichermaßen ‚regierungswillige‘ Führungsgruppen“. Die Wagenknecht-Linie mag mit politischen Illusionen behaftet sein. Aber die Orientierung auf die Entwicklung von Gegenmacht, so Lieberam, stimme.

Die gegenwärtige Epoche sei eine Epoche konterrevolutionärer Umwälzungen, in der wir es momentan mit einer „objektiv gegebenen Orientierungskrise linker Politik“ zu tun hätten, zu der eine „spezifische Orientierungskrise der Linkspartei“ hinzukomme. Mehrfach weist der Autor nach, daß linke Parteien dann ihren Sinn erfüllen, „wenn sie sich als Teil eines politischen Systems des Klassenwiderstandes verstehen und zunächst erst einmal den Klassencharakter

des politischen Überbaus begreifen, verstehen, daß, das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher der politischen Form aus dem Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren

Produzenten hervowächst.“ Davon sei bei der Linkspartei wenig übriggeblieben. Klassenpolitik sei dann erfolgreich, wenn sie auf „Distanz zu den Regierenden geht und sich auf ganz wenige Themen ... konzentriert ... Kleinere marxistische Parteien wie insbesondere die DKP haben in diesem Kampf ihren wichtigen Platz.“

Der Autor zweifelt daran, daß angesichts der „Konfrontationsregie“ und der „Niedertracht“ in der Linkspartei „zwischen den beiden Führungsgruppen dennoch ein sachlicher Gedankenaustausch über den Weg des Kampfes für soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Außenpolitik der Bundesrepublik sowie ein politisches Miteinander noch möglich sind.“ Der Aufbruch für einen politischen Richtungswechsel verlange „nach einer neuen außerparlamentarischen Opposition, nach politischer Auseinandersetzung, im Handgemenge“. Deshalb weise die Sammlungsbewegung Aufstehen in die richtige Richtung.

Die streitbare Schrift von Ekkehard Lieberam ist sehr verständlich geschrieben. Allein das in ihr veröffentlichte Zahlenmaterial, das quantitativ belegt, was inhaltlich behauptet wird, ist das Studium des Textes wert. Es sollte sich kein Marxist die Gelegenheit entgehen lassen, mit Lieberam in die Geschichte der Linken einzutauchen. Die Titelblatt-Illustration „Gottvertrauen“ setzt den I-Punkt aufs Ganze.

Herbert Münchow
Leipzig

Ekkehard Lieberam: Am Krankenbett der Linkspartei. Therapie: Mehr Marx als Murks. pad-Verlag, Bergkamen 2019, 84 S., 5 €. Bestelladresse: pad-verlag@gmx.net oder: Am Schlehdorn 6, 59192 Bergkamen

► **Christoph Butterwege u. a.: Rechtspopulisten im Parlament**
Polemik, Agitation und Propaganda der AfD

Die Rechtspopulisten nur als „Rattenfänger“ oder „braune Demagogen“ abzutun, führt zur Unterschätzung der mit den Wahlerfolgen dieser Parteiformation einhergehenden Gefahren. Butterwege, Hentges und Wiegel analysieren klar: Nur ein konsequenter Kampf gegen die äußerste Rechte, der zivilgesellschaftliche Aktivitäten und außerparlamentarische Initiativen einschließt, kann eine Normalisierung der parlamentarischen AfD-Repräsentanz verhindern.

Westend-Verlag, Frankfurt a. M. 2018, 256 S., 20 €

Gespräche über die Abkehr vom Sozialismus

Klaus Kukuk, bekannt für seine Analysen der Vorgänge in der ČSSR im Jahre 1968, hat eine Übersetzung der drei Gespräche angefertigt, die Michail Gorbatschow und Zdeněk Mlynář in den Jahren 1993 und 1994 in Wien, Moskau und Prag geführt haben.

Der Gesprächsband hat drei Hauptteile. Im ersten Teil wird – anknüpfend an ihre gemeinsame Studienzeit an der Moskauer Lomonosow-Universität von 1950 bis 1955 – ihre Sicht auf die Sowjetunion der 50er Jahre präsentiert. In einem zweiten Gespräch konzentrieren sie sich auf die Amtszeit von Gorbatschow, und im dritten Teil werden wichtige Elemente ihrer konzeptionellen Vorstellungen vom Sozialismus und zu internationalen Entwicklungslinien behandelt.

In ihren Gesprächen geht es zwar um zentrale Fragen der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft und der internationalen Auseinandersetzungen, aber ihre Betrachtungen zur gemeinsamen Studienzeit, zur Geschichte der Sowjetunion und zur Außenpolitik der UdSSR in den 80er Jahren sind davon geprägt, ihr eigenes Verhalten zu rechtfertigen und als positiv und alternativlos zu präsentieren. Das Problem besteht darin, daß sie versuchen, dem Leser ihr subjektives Verhalten als Rechtfertigung des Revisionismus zu vermitteln. Es geht ihnen nicht darum, die Geschehnisse objektiv und unter dem Gesichtspunkt des Lernens zu betrachten. Sie stellen Deformationen in den Mittelpunkt, identifizieren diese mit Sozialismus und wollen so „beweisen“, wie schwer sie es hatten, wie ausweglos ihre Situation war. Sie beteuern, Marxisten zu sein, Sozialismus zu wollen und sind in Wirklichkeit bemüht, den Revisionismus als Marxismus zu verkaufen.

Sich, ihre Konzeption und ihre Politik entlarven sie selbst. So stellt Mlynář im dritten Gespräch fest: „Wenn wir unsere heutige Vorstellung von Sozialismus knapp zusammenfassen wollen, können wir das ungefähr so formulieren: Sozialismus ist vor allem ein Entwicklungsprozeß, eine bestimmte Tendenz, die in der Industriegesellschaft danach strebt, Werte zu realisieren, die mit der sozialistischen Idee verbunden sind.“ Und Gorbatschow fährt fort: „Und wir zwei sollten uns öffentlich zu dem großen Fehler bekennen, den wir als Vertreter der kommunistischen Ideologie begangen haben, als wir Bernsteins These ‚Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts‘ als Verrat am Sozialismus erklärten. Der Sinn von Bernsteins Gedanken bestand darin, daß der Sozialismus nicht als System begriffen werden darf, welches infolge des gesetzmäßigen Zusammenbruchs des Kapitalismus entsteht, sondern daß Sozialismus die schrittweise Realisierung des Prinzips der gleichberechtigten Selbstbestimmung der Menschen bedeutet, welche die Gesellschaft, die Ökonomie und den Staat schaffen.“

Indem sie Bernstein, den Stammvater des Revisionismus, zu ihrem Bannerträger machen, weisen sich beide als würdige Vertreter des Spießbürgers aus, der die Notwendigkeit des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus verworfen hat

und ein Übereinkommen mit der Bourgeoisie sucht.

Sie beteuern, daß es ihnen sowohl in der ČSSR als auch in der UdSSR um eine Erneuerung im Sinne der Stärkung des Sozialismus gegangen wäre. Gorbatschow spricht z. B. in Zusammenhang mit der Perspektive der UdSSR nach 1990 davon, daß er davon ausgeht, „daß schon ein neuer Sozialismusbegriff wirken würde“. Diskutiert wurde zwischen ihnen über diesen „Begriff“ offensichtlich schon lange vor den im Buch behandelten Gesprächen! Sonst hätte Mlynář nicht zu Gorbatschow sagen können: „Aber erinnere dich bitte: Als wir uns 1989 trafen, schätzten wir die Lage in den Ländern des realen Sozialismus einschließlich möglicher Perspektiven des Sozialismus im Sinne eines dritten Weges anders ein.“ Mlynář spricht wohl nicht zufällig von einem „Übergang von einem totalitären System zur Demokratie“ von „einer Systemveränderung“, die „sehr kompliziert und widersprüchlich“ sei. Und Gorbatschow bestätigt: „Es war mir bewußt, daß der Weg zu einer neuen Gesellschaft sehr kompliziert sein würde, daß es notwendig war, ihn Schritt für Schritt, also auf evolutionären Wegen zu gehen ...“ An anderer Stelle sagt er: „Erst Ende 1987 gelangten wir zu dem Schluß, daß wir ohne eine politische Reform nicht auskommen würden. Die ersten freien Wahlen öffneten neuen Leuten den Weg zur Macht. ... Es begann ein unabhängiges Parlament zu arbeiten, das schwierige Entscheidungen im Geiste der Perestroika übernahm. Mühsam, aber stetig begann sich die Struktur der Regierung zu verändern, es erfolgte die Demontage der alten Staatsmaschinerie. Neue gesellschaftliche Organisationen schossen wie Pilze nach dem Regen aus dem Boden. In der Gesellschaft brodelte es, uns allen war manchmal unwohl, aber wir behielten die grundlegende Entwicklungsrichtung bei.“ Es wurden also politische Machtpositionen erobert und gesichert, es wurde die „Demontage der alten Staatsmaschinerie“ durchgeführt, indem man „neue gesellschaftliche Organisationen“ schuf, und „in der Gesellschaft brodelte es“ – Instabilität war angesagt. Eine nicht unbekannt Strategie – schon 1968 in der ČSSR und auch 1989/1990 sowie danach, von Jugoslawien, Syrien und bis heute in Venezuela gültig! Auch Mlynář gestand, daß in der ČSSR 1968 in acht bis zehn Jahren ein politischer Wettbewerb verschiedener politischer Parteien in einer grundsätzlichen Veränderung des Systems enden sollte. In der ersten Etappe bedeutete das, alle möglichen Formen weltanschaulichen Meinungsstreits zuzulassen, verschiedenen Gruppen zu ermöglichen, sich zu äußern und sich am politischen Entscheidungsprozeß zu beteiligen. Und erst danach, nach ungefähr zwei Legislaturperioden, wurde es für möglich gehalten, „freie“ Wahlen durchzuführen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte die Partei durch Herausbildung verschiedener ideologischer Strömungen, Plattformen und Fraktionen aufgeweicht und zu einem Organismus sozialdemokratischen Typs entwickelt werden. Das sollte im wesentlichen die

„Erneuerung“ des Modells des politischen Systems in der Tschechoslowakei werden.

Beachtenswert ist dabei auch eine weitere Aussage von Mlynář: „Ich war gleichermaßen überzeugt, daß es – bliebe Frieden! – eine endgültige Lösung nur durch die Überwindung der totalitären Macht geben könnte. ... Dein Aufstieg warf plötzlich neue Fragen auf. ... Trotz dieser Selbstzweifel mußte ich in der Presse, bei Fernsehauftritten und in wichtigen politischen Konsultationen eine eindeutige Haltung beziehen. Im Westen war ich zudem der einzige, der dich persönlich gut kannte – zumindest aus der gemeinsamen Studienzeit. Nicht nur Journalisten, auch Politiker wie Kreisky und Brandt, Diplomaten und Informationsspezialisten aus den USA und auch aus China waren plötzlich an Konsultationen mit mir interessiert.“

Diesen Rahmen muß man schon beachten, will man die zahlreichen Aussagen zu den Grundfragen des Sozialismus wie Partei, Demokratie, Staat usw. und des weltweiten Kampfes um nationale und soziale Befreiung und Frieden richtig bewerten. Ihre Aussagen, Wertungen und Positionen zu innenpolitischen Fragen und zu den internationalen Entwicklungen werden bestimmt von dem Standpunkt, den Gorbatschow so formuliert: „Die gegenwärtige Gesellschaft ist nicht mehr geprägt vom Konflikt zweier Klassen. Es ist erforderlich geworden, Probleme der weiteren Entwicklung außerhalb dieses Schemas zu suchen. Das gilt auch für die Entwicklung von Institutionen einer demokratischen Gesellschaft. Ich sehe heute eine hoffnungsvolle Möglichkeit für die Weiterentwicklung der Konzeption der sozialen Partnerschaft.“ Und Mlynář sekundiert an anderer Stelle, „daß man den Sozialismus nicht als antikapitalistische Formation begreifen dürfe“.

Wie gesagt: eine entlarvende Publikation!

Prof. Anton Latzo



Michail Gorbatschow und Zdeněk Mlynář: Gespräche in Wien, Moskau und Prag. Herausgegeben und übersetzt von Klaus Kukuk. Verlag am Park, Berlin 2019, 236 Seiten, 15 €

Journalismus als Eskorte der Macht

Ich gebe zu: Ein wenig bin ich neidisch. Dieses Buch hätte ich gern selbst geschrieben. Der Journalist David Goeßmann macht das, was eigentlich wir Medienforscher machen müßten. Er fragt, was seine Kolleginnen und Kollegen seit dem Sommer 2015 über Flüchtlinge berichtet haben. Lieferten sie das, was die Demokratie braucht? Zum Beispiel: Informationen für gute öffentliche Debatten. Die Regierung in Frage stellen. Sagen, was die Wissenschaft weiß. Solche Sachen.

Die wichtigste Antwort: Zwischen Politik und Medien paßt kein Blatt Papier. Der Journalismus als Eskorte der Mächtigen und nicht als ihr Gegenüber oder gar als ihr Kritiker. Man hat uns Bürgerinnen und Bürger „eingeschworen“ auf den „offiziellen Kurs“ – „durchrigide Filterung dessen, was als real und notwendig die öffentliche Bühne betreten durfte“. Ein „Armutzeugnis“, sagt der Klappentext. Wenn David Goeßmann richtig liegt, wird dieses Buch nicht auftauchen im Medienmainstream. Alle auf „Parteilinie“, beim Deal der EU mit der Türkei sogar Heribert Prantl, der ansonsten noch einigermaßen gut wegkommt bei Goeßmanns „komplexer journalistischer Gegenrecherche“.

Zu dieser Recherche gehören Inhaltsanalysen. Methodisch keine große Nummer. Artikel zählen in der Pressedatenbank. In aller Regel reicht das schon. Die „Flüchtlingskrise“ schlägt den Klimawandel (um den Faktor sieben) und den Atomkrieg sowieso. Das eine Schiffsunfall vor Lampedusa (im April 2015) schlägt auch eindeutig das nächste (ziemlich genau ein Jahr später), obwohl sich die Umstände und die Zahl der Toten gleichen. Dazwischen liegt die Erfindung der „bedrohten Republik“. Wo Günter Jauch bei Fall eins noch eine Schweigeminute einlegt (live im Ersten, Sonntagabend), gibt es bei Fall zwei kaum noch Resonanz. David Goeßmann über die „Wahrheit“, die „nicht ausgesprochen werden darf“: Der „reichste Kontinent der Welt“ will „Schutzsuchende mit aller Macht draußen vor der Tür halten“.

Damit wir das akzeptieren, werden uns Märchen erzählt. Im Fernsehen natürlich, aber auch in der „Süddeutschen“, im „Spiegel“, in der FAZ. Man muß uns Märchen erzählen, sagt David Goeßmann, weil die meisten von uns helfen wollen und auch keine Angst haben, daß unser Land überfordert sein könnte, egal wie viele da kommen. Keine „abfallende Tendenz“, keine „gekippte Stimmung“. Allenfalls „Schwankungen“, wenn es in der Öffentlichkeit besonders hitzig wurde, in der „Grundhaltung“ aber immer positiv.

Die Märchen sind es, die nicht nur Medienforscher interessieren sollten, sondern jeden Zeitungsleser. Fake News da, wo wir Orientierung suchen. Der „Mythos von den flüchtlingsfreundlichen Medien“ zum Beispiel, gefüttert auch von einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung, die den Journalisten (in den Worten von David Goeßmann) vorwarf, 2015 „gehorsam der naiv-humanen Merkel-Regierungslinie gefolgt“ zu sein. Die „Gegenrecherche“ sagt: „substanzlos“. Selbst im Spätsommer keine Euphorie, nirgends. Statt dessen „Probleme

wie Kontrollverlust, Orientierungschaos, kommunale Überbelastung, Druck auf den Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Terrorgefahr, Kriminalität, Integrationsschwierigkeiten, Ablehnung und Feindlichkeit der Bevölkerung gegenüber Fremden“. Warum diese Studie trotzdem als „Kronzeuge des Medienversagens“ rauf und runter zitiert wurde? „Selbstkasteiung“ und „Fake-Kritik“ mit „Effekt“, sagt David Goeßmann. Eine „disziplinierende Botschaft“. Fortan seien auch „liberale Kritiker wie Heribert Prantl“ verstummt.

Und dann war da Köln. Für David Goeßmann ein „Fake-Skandal“, bei dem Realität, Wissensstand der Polizei oder „kriminologische Erkenntnisse“ keinerlei Einfluß „auf die Berichterstattung“ hatten. Die Silvesternacht 2015/16 wurde so groß, weil das zur Linie der Herrschenden paßte.

Den Nachweis liefert ein Verfahren, das man von Noam Chomsky kennt: Medienberichte mit anderen Quellen vergleichen (hier: die Rekonstruktion der Ereignisse in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß) und nach vergleichbaren Ereignissen suchen. Das Oktoberfest in München, der Mißbrauchsskandal in der katholischen Kirche (wobei es die Einzahl hier nicht wirklich trifft), #MeToo. Wer bis hierher gekommen ist und die Medienrealität ohnehin kennt, der weiß, was jetzt folgt: ein „komplett anderer Berichterstattungsmodus“. Ein paar „emotionslose Meldungen“ über „Entgleisungen“ im Bierrausch, in der Zeitung ganz hinten. „Die PR-Strategien der Kirche“ und die „Eindämmungspolitik der politischen Klasse“ („beide vielfach miteinander vernetzt“). Und eine „Tätergruppe“ aus der „liberalen, säkularen Männerschicht“, die vom „Nachrichtenbetrieb so gut es ging aus der Schußlinie gebracht“ wurde.

David Goeßmann ist Journalist, wie gesagt. Das hat den Vorteil, daß man seinen Wälzer in einem Rutsch lesen kann, trotz der enormen Menge an Details und obwohl es tief hineingeht in die Materie. Wann ist ein Flüchtling zum Beispiel ein Flüchtling (also jemand, der nach der Genfer Konvention tatsächlich hierbleiben darf)? Um wie viele Menschen würde es sich handeln, wenn wirklich „alle“ kämen? Warum macht es für die, die aus anderen Gründen weg wollen von daheim (Armut, Hunger, Klima), wenig Sinn, es in Europa zu versuchen? Was genau wurde „aufgemacht“ im Spätsommer 2015, was hat es mit Schleppern und Schmugglern auf sich, was mit den „Terror-Inszenierungen“, die uns immer wieder heimsuchen, und was vor allem mit der „Erzählung“, mit der uns

die „Abwehrpolitik“ verkauft wird? Alles PR. Regierungs-PR, eins zu eins übernommen von denen, die wir dafür bezahlen, genauer hinzuschauen, die aber trotzdem einfach kopieren, was der Apparat ausspuckt. Daß ein „Exodus“ droht, mit ungeheuren Folgen. Daß Deutschland nicht mehr kann. Und daß wir genug haben von den Flüchtlingen.

Die Redaktionen selbst bleiben in diesem Buch allerdings eine Black Box. Hin und wieder deutet das Wort „Filter“ an, daß sich David Goeßmann auf das Propagandamodell von Herman und Chomsky (1988) bezieht, entwickelt für einen kommerziellen Medienmarkt in einer Welt ohne Internet. Die „freie Presse“ gibt es bei David Goeßmann nur in Anführungszeichen, und an einer Stelle geht es auch um Besitzverhältnisse und „die Interessen der Elite“, um „milliardenschwere Verlegerdynastien und Medienkonzerne“, die versuchen, uns abzulenken – „weg von der Politik, hin zu Unterhaltung, Sport und Konsumismus“. Das alles erklärt noch nicht wirklich, warum die Regierenden durchkommen konnten mit ihrer „Erfindung der bedrohten Republik“. Ein bißchen zu tun bleibt also für die Medienforscher.

Michael Meyen
(Blog Medienrealität)

David Goeßmann: Die Erfindung der bedrohten Republik. Wie Flüchtlinge und Demokratie entsorgt werden. Das Neue Berlin, Berlin 2019, 464 S., 18 €



Unsichtbarer Kolonialismus als Fluchtursache

Die wirtschaftliche und soziale Situation von afrikanischen Ländern wie Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad hat sich seit ihrer „Unabhängigkeit“ in den 60er Jahren kaum verändert, vor allem nicht ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von Frankreich, der alten und neuen Kolonialmacht. Übertrieben? Nur ein Beispiel: In acht Ländern der Region (Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Senegal und Togo) gilt die Gemeinschaftswährung CFA-Franc. Die Abkürzung steht für „Franc de la Communauté Financière d'Afrique“ (Franc der Finanzgemeinschaft Afrikas). Frankreich führte ihn 1945 in seinen Kolonien ein, damals hieß die Währung schlicht Franc „Colonies Françaises d'Afrique“ (Französische Kolonien Afrikas). 1958 ersetzte Paris die „Colonies“ durch „Communauté“. Bei der ebenfalls Franc CFA abgekürzten Gemeinschaftswährung von sechs benachbarten Staaten (Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, Republik Kongo, Tschad und Zentralafrika) wurde „Colonies“ durch „Coopération“ ersetzt: „Franc de la Coopération Financière en Afrique Centrale“ (Franc der Finanzkooperation von Zentralafrika). Beide Währungen sind mit einem Kurs von 655,957 CFA-Franc je Euro fest an die europäische Gemeinschaftswährung gekoppelt. Und das ist der Clou: Diese Kopplung führt zu einer hohen Bewertung des CFA-Franc. Das heißt, Exporte aus den CFA-Staaten werden teuer, Importe, zumal die subventionierten aus der EU, billig. Seit der Unabhängigkeit haben die meisten der CFA-Staaten noch nie eine positive Außenhandelsbilanz erzielt, daher Schulden aufgehäuft, die mit Milliardenbeträgen bedient werden müssen. Es handelt sich um eine fast perfekte fiskalische Maschinerie, um die afrikanische Wirtschaft am Boden zu halten oder zu zerstören, sich eine korrupte Oberschicht in den betreffenden Staaten zu kaufen, deren Vermögen stetig ins französische Versteck wandern, und schließlich mehr Geld aus diesen Ländern Richtung Paris zu pumpen, als je dorthin in Form sogenannter Entwicklungshilfe gelangte – und das seit mehr als 60 Jahren. In Afrika nimmt die Kritik daran in den vergangenen Jahren zu. 2017 fanden dort und in Europa große Kundgebungen statt, auf denen „die perversen Auswirkungen des postkolonialen Geldes“ angeprangert wurden. Die Forderung

„Degage France!“ (Hau ab, Frankreich!) wird heute in Burkina Faso wie in den anderen 13 CFA-Ländern, in denen insgesamt etwa 150 Millionen Einwohner leben, von verschiedenen Initiativen erhoben. Bei den Präsidentschaftswahlen am 24. Februar in Senegal gehörte sie zu den wirkungsvollen Losungen der Opposition. In der Bundesrepublik ist weder von diesem monetären Ausplünderungsinstrument noch vom wachsenden Protest viel zu hören. Immerhin sendete z. B. der „Deutschlandfunk“ am 20. Dezember 2018 einen aufschlußreichen „Hintergrund“ von Benjamin Moscovici zu diesem Thema unter dem Titel „Frankreich und der unsichtbare Kolonialismus“. Untertitel: „In West- und Zentralafrika setzt Frankreich die Ausbeutung seiner ehemaligen Kolonien fort – unter anderem über eine Währung, die alte Machtverhältnisse zementiert und die wirtschaftliche Entwicklung blockiert. Die Folgen: Armut, Konflikte und Migration.“

Der Autor führt die heutige Situation bis auf 1960, das „afrikanische Jahr“ der Unabhängigkeit, zurück und zitiert aus einem Brief des damaligen französischen Finanzministers Michel Debré an seinen Amtskollegen aus Gabun vom Juli jenes Jahres. Darin schreibt Debré unverblümt: „Wir geben Euch die Unabhängigkeit unter der Bedingung, daß sich der Staat nach seiner Unabhängigkeit an die vereinbarten Handelsverträge hält. Das eine geht nicht ohne das andere.“ Moscovici: „Bis heute sichert sich Frankreich mit diesen alten Verträgen einen bevorzugten Zugang zu den Ressourcen in den ehemaligen Kolonien. Im Falle Gabuns heißt es in dem Vertrag beispielsweise: ‚Die Republik Gabun verpflichtet sich, der französischen Armee strategische und rüstungsrelevante Rohstoffe zur Verfügung zu stellen. Der Export dieser Rohstoffe in andere Staaten ist aus strategischen Gründen nicht erlaubt.‘“ Bis heute kaufe Frankreich in West- und Zentralafrika aufgrund solcher Verträge strategische Rohstoffe weit unter dem Weltmarktpreis: Erdöl, Gas, Uran, Thorium, Beryllium, Lithium. Aus Niger holt sich Paris z. B. 40 Prozent seines Uranbedarfs und zahlt dafür ein Drittel des üblichen Preises – eine Einsparung von Milliarden Euro Jahr für Jahr, die durch nichts, schon gar nicht durch „Entwicklungshilfe“, kompensiert wird. Das Land, so Moscovici, sei eines der ärmsten der Welt und „das wohl extremste Beispiel“ für das seinerzeit geschaffene Vertragssystem.

Das „Kernstück kolonialer Kontinuität und finanzieller Kontrolle“ ist nach Auffassung des Autors aber der CFA-Franc: Frankreich druckt die Geldnoten und prägt die Münzen, es hat allein das Recht zu Auf- oder Abwertung und verlangt, daß 50 Prozent aller Währungsreserven der 14 CFA-Staaten in Paris deponiert werden. In den Zentralbanken West- und Zentralafrikas, die 2014 mehr als 14 Milliarden Euro in Paris lagern mußten, sitzt jeweils ein französischer Vertreter mit Vetorecht. Moscovici zitiert einen

Aktivisten der Anti-CFA-Bewegung: „Ich sage nicht, daß der Franc CFA der einzige Grund für die Unterentwicklung unserer Länder ist. Aber es ist einer der wichtigsten. Der Franc CFA ist ein System finanzieller Repression.“ Und warum bestehen die afrikanischen Politiker nicht auf Veränderungen? Der frühere Weltbank-Ökonom Abdourahmane Sarr in der Sendung: „Die Elite profitiert von dem überbewerteten CFA-Franc. Diese Leute haben kein Interesse daran, daß sich etwas an dem System ändert, das sie reich gemacht hat.“ Und schließlich der ivoirische Exfinanzminister Mamadou Koulibaly, der 2000 den Franc CFA öffentlich ablehnte und daraufhin auf persönliche Intervention von Jacques Chirac, dem damaligen französischen Präsidenten, geschafft wurde: „Solange Europa die Politik Frankreichs in der CFA-Zone mitträgt, wird Europa auch die Folgen dieser Politik mittragen müssen. Solange werden Sie mit Massenmigration aus den frankophonen Teilen Afrikas leben müssen.“

In der bundesdeutschen Migrationshysterie spielt diese Fluchtursache keine Rolle. Dabei deutet viel darauf hin, daß Präsident Nicolas Sarkozy Frankreich nicht nur mit dem Krieg in Libyen 2011 ins Schlingern brachte. Sein Nachfolger François Hollande mußte 2013 Mali und damit wahrscheinlich auch alle anderen Staaten der Region mit einer Armee vor dem Kollaps retten. Denn ohne westafrikanische Staatsfassaden funktionieren das CFA- und das Ausplünderungsvertragssystem nicht. Der Feldzug wurde aber Paris so teuer, daß die Bundeswehr noch im selben Jahr zu Hilfe gerufen werden mußte und nun mit insgesamt fast 1000 Soldaten in ihrem auch offiziell gefährlichsten „Einsatz“ buchstäblich in der Wüste sitzt. Die zur Entlastung der Europäer gedachte „G5-Sahel“-Truppe ist eine Fata Morgana; ihr Zweck ist zu offensichtlich: nicht die Wahrung afrikanischer, sondern ausschließlich französischer und damit EU-Interessen. Sarkozy hat mit seinem Feldzug fast ein großes Reich zerstört, nämlich das eigene koloniale.

Auf das ist Frankreich aber in um so größerem Maße angewiesen, je größer der wirtschaftliche Vorsprung Deutschlands wird. An einer schwächeren französischen Wirtschaft mag die Bundesrepublik bis zu einem gewissen Grad Interesse haben, das gehört zur Konkurrenz. An einem Absturz Frankreichs aber hat sie keins, der würde auch die deutsche Exportwalze stoppen. Deutsche Soldaten sichern daher u. a. in Mali und Niger ein Kolonialsystem, auf das Paris finanziell angewiesen ist, das aber zugleich zuverlässig Armut, Korruption, Terrorbanden, Staatszerfall und Flucht hervorbringt. Eine nicht sehr komfortable Lage. Laut einem Internet-Lexikon gehen im übrigen „80 Prozent des gesamten französischen Militärkooperationsbudgets“ in die CFA-Region. Die Währung wird mit Waffen gestützt. Etwas anderes ist Kolonialisten noch nie eingefallen.

Arnold Schölzel

Joachim Zappe

begeht am 19. Mai seinen 75. Geburtstag. Als Vorsitzender der Regionalgruppe Strausberg engagiert sich Genosse Zappe ideen- und erfolgreich für das politische Miteinander der linken Parteien und Vereine in der Stadt.

Wir gratulieren herzlich und sagen danke schön!

„Die Zeiten der Verteilung sind vorbei“ (BDI)

Der Historiker Götz Aly mag die SPD künftig nicht mehr wählen. Zu sehr haben ihn die sozialpolitischen Versprechungen der SPD auf deren Debattencamps verärgert. Da steht er nicht allein. Auch die FDP (Zitat: „SPD-Spendierhosen-Politik zum Schaden Deutschlands“), die CDU (Zitat: „Bei der SPD geht die reine Verzweiflung um“) oder der Bundesverband der Deutschen Industrie (Zitat siehe oben) können nicht verstehen, warum man das aus ihrer Sicht erfolgreiche Hartz-IV-Modell und die angeblich notwendig gewordenen Kürzungen der Renten plötzlich kritisiert. Aly zum Beispiel vermutet in der „Berliner Zeitung“ vom 13. 11. 2018, „daß die fetten Jahre nicht ewig währen“. Und weiter heißt es, daß „kein vernünftiger Mensch glaubt, unsere Rentner könnten ohne weiteres mehr Geld bekommen, ohne daß die Jüngeren darunter leiden müßten. Das glaubt kein Mensch, jedenfalls keiner, der bis drei zählen kann.“

Nun weiß man nicht, ob Aly und seine Mitstreiter nur bis drei zählen können oder ob sie darüber hinaus schon einmal vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) gehört haben. Das BIP erfaßt nämlich den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft in der sogenannten Entstehungsrechnung. Die „Verteilungsrechnung“ des BIP zeigt, daß diesem produzierten Gesamtwert die Einkommen aller Wirtschaftssubjekte entsprechen. Dieses (freilich sehr ungleich verteilte) Einkommen steht also den privaten Haushalten, den Unternehmen und dem Staat für konsumtive und investive Verwendungen zur Verfügung – wenn wir zunächst vom Ausland absehen. Werden die hergestellten und daher natürlich auch angebotenen Güter nicht komplett nachgefragt, bleiben die Unternehmen auf einem Teil ihres Angebots sitzen. Üblicherweise kommt es zu diesem Szenario, wenn die Gesellschaft insgesamt zuviel spart. Sie lebt dann offenkundig unter ihren Möglichkeiten.

In allen Volkswirtschaften sind es die privaten Haushalte (zu denen auch die „Unternehmer-Haushalte“ zählen), die sparen. Natürlich legen nicht alle Haushalte Geld zur Seite, sondern nur die wohlhabenderen. In Deutschland beispielsweise sparen 30 % der Haushalte keinen Cent und weitere 20 % kaum etwas. Üblicherweise werden die Ersparnisse (in Deutschland rund 5 % des BIP) der reicheren Haushalte von den Unternehmen zur Finanzierung von Investitionen und vom Staat zur Schließung des Haushaltsdefizits als Kredit nachgefragt. Im (selten erreichten) Gleichgewicht würde die Kreditaufnahme den Ersparnissen entsprechen, so daß die Nachfrage gelockert wird.

Aber in Deutschland ticken die Uhren anders. Hier sparen dank der Umverteilungen der letzten Jahre mittlerweile sogar die Unternehmen (ca. 3 % des BIP) und der Staat (knapp 1 % des BIP). Wenn aber alle weniger ausgeben als sie einnehmen, ist das Angebot größer als die Nachfrage, und die Unternehmen werden in der Folgeperiode entsprechend weniger produzieren. Eine geringere Produktion

führt zwingend zu sinkenden Konsumtions- und Investitionsmöglichkeiten in der Zukunft. Die Gesellschaft hat sich arm gespart. Das nennen Volkswirte das Sparparadoxon.

Allerdings gibt es eine Lösung für das skizzierte Problem. Die Unternehmen können den Überschuss ans Ausland verkaufen. Diese Lösung hat freilich einen Haken. Es können nicht alle Länder gleichzeitig Exportüberschüsse erzielen, sondern den Überschüssen des einen entsprechen die Defizite des anderen. Defizite wiederum müssen bezahlt werden, so daß Kredite aufgenommen und/oder Vermögenswerte verkauft werden müssen. Diese Zusammenhänge sind keinesfalls mysteriös, sondern spiegeln die simple Logik einfacher Buchführung wider. Und sie helfen uns zu verstehen, warum es nicht immer reicht, nur bis drei zu zählen.

In Deutschland werden seit vielen Jahren die produzierten Güter im Inland nicht umfassend nachgefragt. Deutschland lebt unterhalb seiner Möglichkeiten, während Defizitländer wie die USA über ihre Verhältnisse leben. Die Differenz zwischen Angebot und Nachfrage wird von Deutschland exportiert. Da die Exporte größer sind als die Importe, entsteht ein sogenannter Leistungsbilanzüberschuß. Dieser ist seit 2007, also der letzten großen Krise, geradezu explodiert. Er beläuft sich seither jährlich auf 6 % bis 8 % des BIP. Spiegelbildlich haben sich Forderungen und Nettovermögen gegenüber dem Ausland drastisch erhöht, während deren Schulden sprunghaft angestiegen sind. Nun wird auch verständlich, warum es immer wieder vom Ausland, aber auch von der EU-Kommission und sogar vom Internationalen Währungsfonds, Kritik an den deutschen Leistungsbilanzüberschüssen gibt.

Das offizielle Deutschland verteidigt die Überschüsse, indem ein Märchen erzählt wird. Demnach sind die deutschen Produkte derart beliebt, daß sich deutsche Unternehmen der Nachfrage durch das Ausland kaum erwehren können. Tatsächlich aber sind die Exportüberschüsse das Resultat einer langjährigen Lohndumpingstrategie. Werden bei der Lohnentwicklung die Produktivitätsfortschritte berücksichtigt, so erhält man die sogenannten Lohnstückkosten. Sie sind in Deutschland von Mitte der 90er Jahre bis 2012 faktisch nicht gestiegen, obwohl sie selbst nach Empfehlung der Europäischen Zentralbank jährlich um rund 2 % hätten steigen sollen, um der Gefahr einer Deflation zu entgehen. In Europa existiert kein Land mit einer vergleichbar dysfunktionalen Lohnentwicklung. Im Ergebnis aber hat sich Deutschland einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den anderen Ländern erspart. Beispielsweise beläuft er sich gegenüber Frankreich auf rund 20 %, gegenüber Italien auf etwa 30 % und gegenüber Griechenland und Spanien auf zirka 40 %.

Es wäre demnach im engen Wortsinn notwendig, daß sich Deutschland mehr leistet: Die Renten und Hartz-IV-Sätze könnten ebenso wie die Mindestlöhne angehoben oder dringend benötigte staatliche Infrastrukturprogramme durchgeführt werden. Wenn dazu hohe Einkommen stärker besteuert würden, würde die Sparquote sinken, und das Ausland könnte aufatmen. Es könnte nun mehr exportieren und damit Schulden abbauen. Der Rückgang unserer Exporte würde durch die erhöhte Inlandsnachfrage kompensiert werden.

Es reicht eben nicht, nur bis drei zählen zu können.

Henri Arweiler
Berlin

Theodor Weißenborn: Querschüsse – Gedanken und Memoiren eines Ketzers

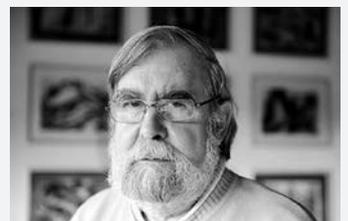
Diese Textsammlung verdankt ihr Entstehen der lebenslangen kritischen Auseinandersetzung des Autors mit wissenschaftlichen, politischen und kirchlichen Autoritäten.

Weißenborn macht mobil gegen Bevormundung, Machtanmaßung und Unterdrückung, räumt auf mit religiösen Mythen, Dogmatismus und Denkfaulheit, weckt kritische Rationalität und sucht im Geist humanistischer Aufklärung mitzuwirken an der Veränderung hiesiger bestehender ungerechter Verhältnisse. Seine Texte enthalten keine Heilslehre und sind keine „Ratgeber für alle Lebenslagen“. Aber sie markieren Schritte auf dem Weg zu einem selbstbestimmten Leben, motivieren zum Kirchenaustritt und tragen bei zur Solidarisierung aller Freundinnen und Freunde des freien Denkens.

„Querschüsse“ sind Lehr- und Lernmittel für Gruppenarbeit und emanzipatorischen Schulunterricht und als Sozialkritik dringend geboten, gerade da, wo sie unerwünscht sind.

46 ketzerische Essays (nebst einer Liste empfehlenswerter Literatur) zu finden unter:

www.theodor-weissenborn.de



Neuer Liebesgesang an Stalingrad

Sie, die den Bogen des Arc de Triomphe
demütigten
und die Wasser der Seine durchbohrt haben
mit dem Einverständnis des Sklaven,
sie blieben stecken in Stalingrad.

Sie, die Prag, die Schöne über die Tränen,
über dem Verstummen, dem Verratenen,
seine Wunden tretend, durchzogen,
kamen um in Stalingrad.

Die in Griechenlands Grotte bespien,
den Stalaktiten aus verstümmeltem Kristall
und sein klassisches gelichtetes Blau,
wo nun sind sie, Stalingrad?

Die Spanien eingäschert und zerbrochen,
hinter sich gefesselt ließen das Herz
dieser Mutter von Steineichen und Soldaten,
zu deinen Füßen verfaulen sie, Stalingrad.

Die in Holland Tulpen und Wasser
mit blutigem Schlamm bespritzten
und Schwert und Peitsche verbreiteten,
nun schlafen sie in Stalingrad.

Die in Norwegens weißer Nacht
mit dem Geheul eines angehetzten Schakals
diesen eisigen Frühling verbrannten,
sie verstummen in Stalingrad.

Ehre dir, für das, was herbeiträgt die Luft,
was besingen man muß, und fürs Gesungene,
Ehre für deine Mütter und deine Söhne
und deine Enkel, Stalingrad.

Ehre dem Kämpfer im Meeresdunst,
Ehre dem Kommissar, dem Soldaten,
Ehre dem Himmel hinter deinem Mond,
Ehre der Sonne von Stalingrad.

Bewahre einen Fetzen unbändigen Schaumes
mir,
bewahr mir ein Gewehr, bewahre mir
einen Pflug,
daß man es lege auf mein Grab
mit einer roten Ähre deines Landes,
damit man wisse, wenn es noch
einen Zweifel gibt,
daß in Liebe zu dir ich gestorben
und du mich liebt,
und wenn ich nicht kämpfte an deiner Hüfte,
ich lege zu deiner Ehre diese dunkle Granate,
diesen Liebesgesang an Stalingrad.

Pablo Neruda

*Auszüge aus Nerudas zweitem Gesang
für Stalingrad, aus dem Spanischen
übertragen von Erich Arendt*

*(Aus: Pablo Neruda, Aufenthalt auf Erden,
Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig 1973)*



Graphik: Siegfried Lachmann

Der Brand auf dem Opernplatz

Zum Jahrestag der Bücherverbrennung auf dem Opernplatz in Berlin am 10. Mai 1933

Das war nicht neu, das waren alte Dinge,
das war zu allen dunklen Zeiten Brauch:
War je ein Regiment der Finsterlinge
von Angst bedrängt, daß es der Geist bezwinge,
umwölkte es verfallner Götzen Bauch
mit Blutdampf, Brandgeruch und Opferrauch.

Ich nenne Finsterlinge jene Brut,
in deren innerem Wesen es beruht,
des Unrechts Privilegien zu erhalten.
Sie stellt des Unrechts gärenden Gewalten
Gewalt entgegen, um sie auszuschalten.
Sie selber lebt vom Unrecht, das sie tut.

Wir wissen doch, weshalb sie uns verbrannten:
Der deutschen Feigheit, die wir tief erkannten,
wir hatten dieser Feigheit Mut gemacht.
Millionen Feuer hatten wir entfacht,
daß er nicht irrlief beim Beginn der Nacht.
Drum wissen wir, weshalb sie uns verbrannten.

Das war nicht neu. Wer je den Massenglauben
an gottgesetzte Ordnung unterwühlt,
den hieß es seiner Stimme zu berauben.
Denn dieser Stimme Schall
zerbrach die Schrauben
und drohte wie ein Donner zu zerstauben,
was nur die Dummheit noch zusammenhielt.

Drum griffen sie in ihrem ersten Grimme
nach unsrem Wort mit ihrer Mörderhand.
Sie zündeten ein Feuer auf im Land
und glaubten, daß es in der Glut verglimme.
Sie glaubten, sie verbrannten unsre Stimme.
Doch war es nur Papier, was sie verbrannt.

Wir sind noch da. Wir sind noch nicht begraben.
Wir sind nicht schmachlich aus der Welt geflohn.
Sie fühlen unsre Stimme sie bedrohn.
Denn nichts als Angstwut brüllt aus ihrem Hohn,
weil wir dem Regiment nicht Ruhe gaben.
Sie wissen, daß wir scharfe Waffen haben.

Wer in die Hände fiel der Niedertracht,
sie hat den Mund der Wahrheit stumm gemacht.
Doch seine Stimme ist nicht umgebracht;
sie lebt in unsrer Bruderschaft Gedächtnis.
Aus unsrem Munde in der Zeiten Nacht
erschalle neu lebendig ihr Vermächtnis!

Wir sind noch da. Nicht müde des Gefechts.
Wir schreiten über die im Kampf Verglühten.
Wir scheuchen aus der Dämmerluft der Mythen
die Henkermeister und die Troglodyten,
bis siegreich aufflammt über dem Gekrächz
das Wort der Wahrheit und das Wort des Rechts!

Erich Weinert (1935)

„Wenn du kämpfen mußt, wirst du die Angst überwinden“

Am Ende unseres Gesprächs auf ihrer sonnigen Veranda in Suchumi, schon im Stehen, das leere Glas noch in der Linken, sagte sie, und ich erinnere mich genau an diese leise gesprochenen Worte: „Siehst du, mein Söhnchen, wir sind friedliebende Menschen. Hier in Abchasien, im ganzen Sowjetland. Kämpfen und töten wollte keiner damals. Man hat uns dazu gezwungen. Wir mußten es tun. Wir mußten den Faschismus besiegen. Wer denn, wenn nicht wir? Und du nun bist aus dem deutschen Staat, wo die Arbeiter und Bauern die Macht haben wie bei uns. Das stimmt mich froh. Das mußt du mir glauben, Söhnchen. Und ihr müßt machen, ihr jungen Leute, daß euer Land, daß die DDR kräftig bleibt. Ein starker Sozialismus ist wichtig. Denn es gibt den Faschismus noch in der Welt ...“ Sie umarmte mich unten vor dem Gartentor und wünschte mir ein langes Leben.

Das also ist Meri Awidsba. Gütig und sanft, zornig und aufbrausend, ein wenig still und aufmerksam, nachdenklich und behutsam vor allem. Ich hatte mir diese Frau, die als erste in Abchasien ein Flugzeug steuerte, anders vorgestellt. Energischer vielleicht, nicht freundlich mütterlich nach all dem, was sie erlebt hat in den Kriegsjahren. Hier ihre Geschichte, jedenfalls das, wovon sie selbst am lebhaftesten sprach.

Sie ist sieben Jahre alt, als in Suchumi am Schwarzen Meer die Sowjetmacht einzieht. Das war am 4. März 1924. Meri hat zu dieser Zeit zwei Leidenschaften: ihre Geige und das Fliegen. Musizieren, gewiß, das war gerade die richtige Beschäftigung für ein Mädchen, ein abchasisches Mädchen. Aber Fliegen? Wer zum Teufel hat sie nur darauf gebracht? Jahre später tritt Meri heimlich dem Aeroklub bei. Nur ihr Bruder Schali weiß davon. Und er sagt's den Eltern an dem Tage, da Meri zum ersten Mal ganz allein fliegt. Die erzählen's den Nachbarn, nachdem sie sich von dem Schreck ein bißchen wenigstens erholt haben, und die Nachbarn sagen es wieder den Nachbarn.

Die Alten, einer wie der andere, blicken unablässig zum Himmel. Einige knien im Gras und beten, auf daß der Spuk ein Ende habe und Gott den Himmel wieder den Möwen und Adlern

überlasse. Der Mensch möge sich nicht erheben – so hoch.

Als die Maschine landet, galoppieren die Alten hin, ziehen Meri aus dem Flugzeug, befühlen und betasten sie erstaunt. Und wenn nicht ein paar Jungs vom Aeroklub dazwischengegangen wären, wer weiß, sie hätten womöglich noch das ganze Flugzeug auseinandergenommen, um nachzusehen, ob nicht doch ein geheimnisvolles Etwas oder ein anderer das Luftungetüm gesteuert hatte. Die Jungs nehmen Meri auf die Schultern und tragen sie mit lautem Hurra vom Platz. „Ach ja, mein erster Flug. Ich fühlte mich wie ein Vogel, wirklich. Es war schön, unbeschreiblich schön. Und wichtig. Auch deshalb, weil ich damit bewies, daß ein abchasisches Mädchen mehr kann als kochen und schöne Augen machen.“

Wenig später, es war 1935, delegiert sie das Komsomol-Gebietskomitee zur Fliegerschule nach Bataisk. In einem von Meris ersten Zeugnissen heißt es: Fliegerische Eigenschaften ausgezeichnet, das Aneignen der Fliegerprogramme fällt leicht, fliegt gern. Im Dezember '39 verletzt sie sich bei einer Sportübung. Es ist schlimmer, als es im ersten Moment aussieht. Meri muß die Schule verlassen. Sie ist noch nicht vollständig gesund, da bricht der Krieg aus. Meri Awidsba zieht die Uniform der Roten Armee an. Sie wird Navigationsoffizier, dann Kettenführer im 46. Tamaner Frauen-Gardefliegerregiment der Nachtbomber. Diese Bomber sind kleine und langsame zweisitzige Doppeldecker.

Während des Großen Vaterländischen Krieges steigt Meri 477mal mit ihrem Flugzeug auf. 477mal! Und jeder Einsatz verlangt der jungen Frau alles, aber auch alles ab an Mut und fliegerischem Können.

Einmal, 1942, hat das Regiment Befehl, Waffen, Munition und Lebensmittel in das „Kleine Land“ bei Noworossisk, einen Brückenkopf, zu fliegen, wo Rotarmisten in der Einkreisung kämpfen. Zwei Maschinen sollten das Feuer der Faschisten auf sich lenken, damit die anderen leichter durchkommen. Eine dieser Maschinen fliegt Meri. Das Flugzeug hat die Positionslampen an und kreist über den deutschen Stellungen. Von dort kommt auch

bald wütendes Flakfeuer. Die Granaten explodieren dicht bei dicht, und die Leuchtspurgeschosse aus den automatischen Waffen zischen nahe an der Maschine vorbei. Meris Bomber erhält Treffer, ihre Kameradin wird verwundet. Meri gelingt es trotzdem noch, die Bomben abzuwerfen. Die Luftoperation wird erfolgreich beendet. Kein Flugzeug wird abgeschossen. Diesmal nicht. „Krieg ist das Furchtbarste, was es gibt. Und der Frieden, ich denke, er ist das Kostbarste auf Erden. Aber wenn es nötig ist, dann muß er auch mit der Waffe verteidigt werden. Wenn du wirklich kämpfen mußt und willst für unsere gerechte Sache, dann wirst du sogar die Angst überwinden. Viele Mädchen haben wie ich gekämpft. Viele haben es nicht überlebt, konnten nicht den Sieg mit uns feiern. Eine ist Shenja Rudnewoi, die lustige Shenja. Sie war Navigationsoffizier im Regiment und saß damals über Noworossisk in meiner Maschine ... Meri Awidsba feiert den Sieg in Berlin. Ihr letzter Feldflugplatz sind die Wiesen im Treptower Park. Nicht mit Bomben fliegt sie von hier aus ins Zentrum der Stadt, sondern mit Flugblättern, die auffordern, den sinnlosen Widerstand einzustellen. Bei einem dieser Flüge wird sie schwer verwundet. Erst sieben Jahre nach dem Krieg kann sie wieder auf den Beinen stehen und gehen, in einem Korsett.

Seit 1953 ist Meri Awidsba Deputierte des Obersten Sowjets der Abchasischen Autonomen Sowjetrepublik und kümmert sich um die Belange der Veteranen. Sie ist auch Vorsitzende des Elternkomitees der 10. Mittelschule in Suchumi. Und die Kinder lieben ihre Meri, „weil sie so viele Geschichten weiß und eine berühmte Frau ist“. „Als Deputierte hat man viel, viel Arbeit. Ich tue diese Arbeit von Herzen gern. Und ich nehme mir immer auch Zeit für die Kinder. Das muß einfach sein. Auch für ihre Zukunft haben wir doch unser Blut vergossen. Wenn ich Frieden sage, dann sage ich auch immer gleich Kinder dazu. Das gehört zusammen, verstehst du, Söhnchen? Aber wir müssen wachsam bleiben, wir hier, ihr in der DDR, alle friedliebenden Menschen auf der Welt ...“

Klaus Rossner

(Aus „Jugend“, Berlin, 3/1979)

Das Blockadebuch

Täglich erreichen uns Nachrichten von Krieg und Katastrophen: Opfer in Libanon, Gastote in Indien, erschlagene Bauern in Nicaragua, gemordete Freiheitskämpfer in El Salvador, Chile, Verhungernde in Äthiopien. Überall weinen Mütter, Väter, Freunde um ihre Nächsten. Werden sie gehört?

Mehr als 50 Millionen Tote des zweiten Weltkrieges! Welches Menschenhirn faßt das Leid, das in dieser Zahl liegt?! Dresden, Leningrad, Hiroshima und Nagasaki – Stätten unfassbaren Leids.

Leningrad! Drei Millionen Menschen wideretzten sich neuhundert Tage lang den

erbarmungslosen Angriffen der faschistischen deutschen Wehrmacht, widerstanden oder erlagen den Geschossen und Bomben, dem Hunger und der Kälte. Es gibt gute Bücher, die den Kampf um Leningrad festhalten, wissenschaftliche und künstlerische. Sie schildern die Ereignisse, wahrhaftig und überzeugend. Mit Erregung las ich die drei Bände der „Blockade“ von Alexander Tschakowski (Volk und Welt, Berlin 1974). Mit tiefer Bewegung erinnere ich mich der Kapitel in Olga Bergholz' „Tagessterne“ (Kultur und Fortschritt, Berlin 1963). Jetzt aber kommt zu uns ein Buch, das sich von allem unterscheidet,

was ich bisher über diesen Krieg las. Es ist der zweite Teil des Gesamtwerks; er umfaßt drei Tagebücher von Augenzeugen, ergänzt durch Auszüge aus anderen Aufzeichnungen und durch kurze Kommentare der Autoren. Und dieses Buch sollte jeder lesen. So also war das. Das also haben faschistische Heere angeordnet. So also sieht Krieg aus!

Plötzlich haben die nicht mehr vorstellbaren Millionen ein Gesicht: das des Historikers Knjasew und seiner Frau Maria, das des sechzehnjährigen Schülers Jura Rjabinkin, das der jungen Lidija Georgijewna Ochapkina und ihrer beiden Kinder Tolja und Nina.

So also erlebten sie das Grauen der Blockade, den Hunger, die 30 Grad Kälte. So überlebten sie, und so starben sie, trotz des Kampfes der Soldaten, trotz der Bemühungen der Partei, der staatlichen Organe und der Leningrader selbst, die alles taten, um Leben zu retten. „Uns interessierten die Quellen“ und „Wir wollten den realen Prozeß kennenlernen, der nicht von der Kenntnis des späteren Sieges korrigiert war“, schreiben die Autoren. „Unsere Helden wußten nichts vom Sieg. Sie wußten nicht, ob sie überleben würden und was aus Leningrad und aus dem Land werden würde.“ Aber sie glaubten „an den Triumph der Gerechtigkeit“, und dieser Glaube wurde stärker, obwohl sich ihr Leben radikal verschlechterte.

Ungeschminkt enthüllen die Tagebücher der drei den unvorstellbar harten Alltag der Leningrader. Die Blockade mit ihren extrem unmenschlichen Bedingungen zeigte „die abstoßendsten und erhabensten Erscheinungsformen des Menschen“. So unterschiedlich die drei waren, die in den ausgewählten Tagebüchern zu uns sprechen, sie vermochten alle drei „das Beste, das Menschliche in sich zu bewahren und sogar zu festigen“. Denn sie hatten einen Halt, in sich selbst und in einer Tätigkeit oder einem Interessengebiet, trugen Verantwortung gegenüber ihren Angehörigen oder gegenüber den ihnen anvertrauten Schätzen der russischen Kultur. Sie alle waren das, was Knjasew die „passiven Verteidiger Leningrads“ nannte. Denn die „Blockade war“, wie die Autoren schreiben, „Widerstand, sich widersetzen auf allen Ebenen und in allen möglichen Richtungen, vom Hauptquartier in Moskau bis zu dem kleinen Radius G. A. Knjasews oder Jura Rjabinkins“. Ohne diesen Widerstand hätte Leningrad nicht verteidigt werden können.

Die Schreibenden wissen nichts von den großen Vorgängen des Krieges. Weder von der Bombardierung und Vernichtung der Lebensmittelvorräte in den Badajew-Lagerhäusern, dem Beginn der Hungersnot, noch von dem Kampf um die Trasse über den Ladogasee, die spätere „Straße des Lebens“, noch von den Bemühungen der Wissenschaftler unter Leitung von Professor Scharkow, Brot aus Zellulose zu machen. Sie arbeiten, heben Gräben aus, löschen Brandbomben, hungern, frieren, nehmen unvorstellbare Leiden auf sich, bestatten die Toten, verhungern oder werden in letzter Minute evakuiert. Was sind schon Worte angesichts der menschlichen Qualen, die aus ihren Aufzeichnungen sprechen.

Über jeden Tag führen Knjasew und Jura Rjabinkin Tagebuch. Knjasews Aufzeichnungen, umfassend 1200 maschinengeschriebene Seiten, sind wohl die aufschlußreichsten. Ein Leningrader Intellektueller, durchdrungen vom Geist echter Humanität, berichtet bis zum vierhundertsechzehnten Kriegstag am 11. August 1942, dem letzten im geliebten Leningrad, über das, was er, ein körperbehinderter Mann, erlebt. Seine Aufzeichnungen sind „durchdrungen von einem Empfinden für die geschichtliche Tragweite der Ereignisse“. Ihn interessieren Fakten und Einzelheiten des Kriegsverlaufs, das Denken und Verhalten der Menschen. So sind seine Aufzeichnungen, die von einer

unerschütterlichen Menschlichkeit getragen sind, wie die Verfasser schreiben, zugleich von „außerordentlichem, zuweilen einzigartigem ... historischem Wert“. Er spürt die tödliche Gefahr. Die Verantwortung für die Handschriften Lomonossows, Mendelejews, Puschkins und anderer Großer seines Volkes läßt seine Arbeit nie erlahmen – trotz Fliegeralarm, Hunger und Kälte. Und auch die Liebe zu seiner „heldenhaften Frau“ hält ihn aufrecht. Der Humanist Knjasew richtet seine Aufzeichnungen an „meinen fernen Freund,



Mitglied der künftigen kommunistischen Gesellschaft, dem der Krieg fremd und organisch zuwider sein wird ...“. Werden wir seine Botschaft aufnehmen?

Der Schüler Jura Rjabinkin wird in dieser Zeit des Schreckens sechzehn Jahre alt. Was er zu tragen hat, ist zu schwer für die Schultern dieses vielseitig interessierten, begabten Jungen. Sein Tagebuch, das er von Beginn bis zu seinem Hungertod führt, zeigt einen ganz anderen Menschen in dieser grauenvollen Welt des Sterbens. „Hauptsache, wir bleiben am Leben.“ So steht es fast am Beginn seiner Aufzeichnungen. „Vieles in diesem noch ungefestigten Charakter wird gebrochen und umgeformt“, schreiben die Autoren. „Allmählich verengt sich Juras Gedankenwelt und beschränkt sich auf Essen, Wärme und physiologische Vorgänge.“

„Ich sitze und weine“, lesen wir mit Erschütterung. „Ich bin doch erst sechzehn! Die Hunde, die diesen Krieg vom Zaun gebrochen haben!“ Er spürt, wie er verhungert, und setzt alle Hoffnung auf die Evakuierung. Als sie endlich kommt, ist es zu spät für ihn. Wir wissen nicht, wo er starb. Immer aber sollten gerade uns seine Worte verfolgen: „Ich sterbe, ja ich sterbe und möchte doch so gern leben, wegfahren, leben, leben!“

Lidija Georgijewna Ochapkinas Tagebuch birgt vielleicht die schwersten Leiden, aber auch einen beispiellosen Kampf dieser selbstlosen, ausgehungerten Frau um das Leben ihrer beiden kleinen Kinder, von denen das eine, Ninotschka, kurz nach der Rettung stirbt. Sie schrieb, im Unterschied zu den beiden anderen, ihre Erinnerungen unmittelbar

nach dem Tag des Sieges nieder. Die Autoren wählten diese Erinnerungen aus der Fülle des Materials, weil sie gewissenhaft und wahrheitsgetreu den Kampf dieser Mutter wiedergeben.

Zahlreiche andere kurze Auszüge aus Berichten ergänzen das authentische Bild des Lebens und Sterbens, der Leiden und des Ankämpfens gegen Tod und Niederlage.

Besonders wir Deutschen müssen den beiden Autoren für dieses Buch danken. Adamowitsch, der als junger Partisan in Belorußland die Greuel deutscher und einheimischer Faschisten erlebte und darüber schrieb, brachte die Erfahrung mit dokumentarischer Prosa ein. Daniil Granin, Leningrader und aktiver Verteidiger seiner Stadt, hat oft über sie geschrieben. Die Blockade hat ihn lange beschäftigt. Wir ahnten es, als wir in „Die schöne Uta“ davon lasen, wie er dem ehemaligen deutschen Kampfflieger Max L., der damals Leningrad bombardierte, sein Leningrad zeigte und Vergangenheit und Gegenwart miteinander ringen ließ.

Wie unsagbar schwer es den Autoren wurde, darüber schreibt Granin. Daß er die Arbeit hinwerfen wollte, weil er die Berichte der Augenzeugen nicht mehr ertragen konnte. Damals hatten die Autoren, erst am Anfang der Arbeit, schon viertausend Stenogrammsseiten zusammengetragen. Dazu kamen die vielen Briefe und Tagebücher. Das alles mußte „wieder und wieder gelesen, geprüft, ausgewählt und erneut zusammengefügt“ werden, entsprechend dem Hauptziel, „nicht nur die Tragödie einer belagerten Stadt zu zeigen, sondern das kämpfende, heroische, durch den Willen der Partei zusammengeschweißte Leningrad“. Das Leningrad, das laut geheimer Direktive 1 – a 1601/41 des Stabes der deutschen Kriegsmarine „Über die Zukunft der Stadt Petersburg“ vom 22. September 1941 dem Erdboden gleichgemacht werden sollte. Wenn an jedem 9. Mai Tausende von Leningraderern zum Piskarjowskoje-Friedhof gehen, um der Toten der Blockade zu gedenken, und die in Granit gemeißelten Worte lesen „Niemand ist vergessen und nichts ist vergessen“, werden für sie jetzt noch mehr dieser Toten Stimme und Gesicht haben.

Es sind sowjetische Menschen – gestorben, weil deutsche Heere dieses Land mit Krieg überzogen. Heute mahnen diese Toten all jene, die nicht zulassen, daß ein neues Leningrad, ein neues Dresden, ein neues Hiroshima möglich wird. Nie wieder soll ein Sechzehnjähriger in einem Krieg rufen müssen: „Ich sterbe ... und möchte doch so gern leben!“

Marianne Lange

Aus „Weltbühne“, Nr. 8/1985

Ales Adamowitsch / Daniil Granin: Das Blockadebuch. Verlag Volk und Welt, Berlin 1984, 368 S., 42 Fotos

Das Blockadebuch (Erster Teil) erschien 1987, ebenfalls bei Volk und Welt (336 S., 32 Fotos). Dieser Teil der beiden eigenständigen und doch zusammengehörenden Bücher besteht – neben Auszügen aus Tagebüchern, Briefen, Rundfunkmanuskripten, Blockadededichten – vorwiegend aus Interviews der Autoren mit Überlebenden.

Ein offener Brief Heinrich Manns von 1945

An das befreite Berlin

Ihr werdet dem eingedrungenen Feind nicht zuzubeln: das wird weder verlangt, noch würde euer Anstand es zulassen. Ihr werdet auch nicht gegen ihn demonstrieren, laut oder stumm, als wären die Sieger nichts als Feinde. Sie sind auch Befreier.

Betrachtet eure Befreier, Berliner. Sie haben es alle die Zeit nicht leichter gehabt als ihr; im Gegenteil, ihnen war von euren Gebietern, die schon glaubten, sie geböten über das ganze Europa, viel Schlimmeres zgedacht, als ihr jemals zu fürchten hattet. Nur mit äußerster Kraft konnten sie die Drohung – die ihr waret! – von sich abwenden.

Was das fertige Unglück betrifft, ist es merkwürdig ähnlich ausgefallen, bei ihnen und bei euch. Auch dort zertrümmerte Städte, hungernde, frierende Menschen, Krankheiten, und ganze Generationen so gut wie ausgetilgt. Wir vergessen keinen Augenblick, Berliner, zu wem wir sprechen. Wenn ihr, schrecklich, wie es euch jetzt geht, uns dennoch anhört, haben wir euch zu danken, euch zu rühmen. Bedenkt nur, eure Sieger, ihre Angehörigen zu Hause, mehrere ihrer Nationen sind durch ganz dasselbe Elend gegangen. Manches Volk steckt tief darin, wie ihr. Und der Toten sind überall die schauerlichen Legionen.

Wie heißt das? Ihr und sie tragen, ob Sieger oder Besiegte, viel von dem gleichen Schicksal: Wie hätte man das sonst genannt? Wenn alles geschehene Unrecht zu streichen ginge? Brüderlichkeit würde es heißen. Das Wort hat recht, trotz allem. Vergeßt es nicht, vergeßt es nie wieder! Ein Fehler ohnegleichen war es immer, das eine Volk für das überlegene auszugeben, als wären nur ihm die Macht und das Glück bestimmt. Zuletzt ergibt sich eine ungeheure Gleichheit aller – im Leiden.

Eure Eroberer haben euch befreit von den Urhebern, den vorsätzlichen, durchaus bösen Veranstaltern eures Leidens; das rechnet ihnen an. Sie taten es nicht um euretwillen,

euch meinten sie zu bestrafen für das angeordnete Elend der Welt, ihr eigenes Elend. Tatsächlich aber geben sie euch die Gelegenheit, die ihr allein nicht gefunden oder nicht ergriffen hattet: euch selbst zu befreien. Nur von einem Eroberer befreit sein heißt noch gar nichts. Ihr müßt es selbst tun. Andere haben eure Unterdrücker besiegt. An euch, zu verhüten, daß sie wiederkehren.

Ihr habt, kurz gesagt, eure Revolution zu machen. Jede moderne Nation, die groß wurde und Achtung errang, hat ihre Revolution gehabt – die eine vor hundert und mehr Jahren, die andere kürzlich. Die deutsche Revolution ist versäumt: daher die beiden deutschen Kriege, die vergeblich geblieben sind, wie der dritte fehlschlagen würde. Ein Volk, das sein eigenes Land erobert und befreit hat, braucht keine fremden Kriege. Ein freies Volk will andere nicht knechten.

Die abgetretenen Lügner haben euch, mit oder ohne Erfolg, weisgemacht, ihre Machterschleichung, ihr Terror, ihre Schandgesetze, Betrügereien und Morde seien eine Revolution gewesen. Ihr könnt jetzt wissen, was es wirklich war: die gewaltsame Verhinderung eurer Revolution.

Sie hielten eure soziale Befreiung auf, dafür sind sie gemietet worden von den Ausbeutern in Deutschland und außerhalb. Zwölf Jahre lang durften sie prassen, stehlen, töten, ihre Unzucht mit der Macht treiben und sie ausbreiten, bis die Erde unter Blut und Trümmern versank – alles, weil einige Trustmagnaten sie gegen die Völker benutzten. Sonst hätten Hitler und Genossen nicht ihr erstes Schafott aufgestellt, nicht ihre erste Schlacht geliefert. Berliner Arbeiter und ihr Intellektuellen, ihr waret meistens gewohnt, die öffentlichen Vorgänge auf das Wirtschaftliche zurückzuführen. Wenn die lügnerische Rassenlehre euch nicht dumm gemacht hat, dann wißt ihr, daß weniger blonde Bestien und Herrenmenschen

euch gegen die Welt, gegen eurer Land und Volk mißbraucht haben. Vielmehr waren es gewöhnliche Geldmacher, geschäftlich überall verfilzt, an Deutschland nicht, nur an ihrem Weltgeschäft interessiert.

Ihr Beauftragter Hitler war undeutsch wie sie. Womit verabschiedet sich der abgehauene Lump von euch zum Schluß, wie heißt sein Wort? Er werde nichts hinterlassen als Trümmer, Ratten und die Pest. Recht freundlich, der Führer, dem Deutschland sich einst „bedingungslos ergeben“ hatte. Er hat es verdient, wie man sieht. Dankt ihm!

Vor allem bedankt euch bei seinen Geldgebern, die ihn und seinen entsetzlichen Unfug über euch gebracht haben. Ruht nicht, bis der letzte von ihnen verschwunden und unschädlich ist, wenigstens soweit sie in Deutschland sitzen. Den großen Generalstab abschaffen? Richtig, aber damit allein wären neue Katastrophen nicht abgewendet. Die Junker entmachten? Richtig, aber der Adel ist ohnedies im Untergang. Die Industriellen und Finanzleute sind der Feind, den ihr schlagen sollt. Das könnt nur ihr selbst. Versagt ihr, kann auch kein fremder Sieger helfen.

Heinrich Mann
(RF-Archiv)

Heinrich Mann hatte 1936 im Pariser Exil zu den Gründern des Ausschusses zur Vorbereitung einer Deutschen Volksfront gehört. Am 9. Mai 1945 wandte er sich mit einem offenen Brief, der von der in Mexiko herausgegebenen Zeitschrift „Freies Deutschland“ gedruckt wurde, „An das befreite Berlin“. Für den kämpferischen Humanisten bildete die Arbeiterbewegung den Kern des antifaschistischen Zusammenschlusses, für den er sich auch nach dem militärischen Sieg über den Nazismus einsetzte, weil dessen ökonomische und soziale Voraussetzungen noch zu vernichten waren.

Das Ensemble „Grenada“ grüßt aus Moskau

Wir sind Mitglieder des Moskauer Musikensembles „Grenada“, das seit 45 Jahren besteht und in den ersten Jahren seiner Entwicklung die hervorragende Schule des „Festivals des politischen Lieds“ in Berlin durchlaufen hat. Wir nahmen 1977, 1978 und 1987 daran teil und brachten 1987 ein Lied unseres Ensembles „Der Thälmannplatz“ mit nach Berlin – über die Gedanken, die uns auf dem Ernst-Thälmann-Platz in Moskau kamen. Wir sind davon überzeugt, daß denjenigen, die vergessen, nach wem dieser Platz benannt wurde, die Gefahr einer Wiederbelebung des Faschismus droht.

Unser Ensemble existiert immer noch. Heute gehören ihm viele junge Leute an – wir sind alle Gleichgesinnte untereinander,

und wir sind Eure Gleichgesinnten. 1987 wurden wir in Berlin mit der goldenen Arthur-Becker-Medaille ausgezeichnet, worauf wir alle sehr stolz sind. Ich sende Euch Fotos unserer Festivalauftritte (u. a. mit „Floh de Cologne“ und dem Ensemble „Tiempo nuevo“) sowie Fotos von heute. Wir waren sowohl in der DDR als auch in der BRD viel unterwegs, aber in den letzten Jahren wurden unsere Kontakte zu linken Deutschen unterbrochen. Wir freuen uns sehr, daß Ihr und Eure Genossen weiterkämpft, und wir bitten Euch, uns zu Euren Freunden zu zählen. Über unsere Arbeit erhalten Ihr Informationen auf unserer Website www.agrenada.ru. Das Lied „Der Thälmannplatz“ habe ich zusammen mit meinem Mann Sergej ge-

schrieben – ich habe den Text geschrieben, von ihm stammt die Musik. Das Lied erklang das erste Mal 1987 beim Berliner Festival, und es wurde vom ganzen Saal im Palast der Republik aufgegriffen. Wir haben fast geweint, als wir aus dem Saal gingen und den Gruß „Rot Front!“ von Tausenden Zuhörern hörten, die stehend mit uns sangen! Als das Eröffnungskonzert beendet war, sangen viele beim Verlassen: „Rot Front, Genosse Thälmann, Rot Front, Rot Front!“ Wir haben das Lied geschrieben, da wir sehr stolz waren, als in Moskau in der Nähe der Metrostation Aeroport (nicht sehr weit von unserer Wohnung) ein Denkmal für Ernst Thälmann errichtet wurde. Für uns ist er ein hervorragender Mensch, ein Held!



Das Moskauer Ernst-Thälmann-Denkmal wurde am 3. Oktober 1986 auf dem Platz am Leningrader Prospekt unweit des Tschapajew-Parks in Anwesenheit von Erich Honecker (SED), Herbert Mies (DKP) und Horst Schmitt (SEW) feierlich eingeweiht.

Leider fühlte man gegen Ende der 80er Jahre, daß bei uns starke antisowjetische Tendenzen aufkamen, die letztendlich zum Zerfall der UdSSR führten. In dieser Situation war die Zuwendung zu Thälmann, die Erinnerung an ihn, sehr wichtig. Deshalb haben wir dieses Lied geschrieben.

Tatjana Wladimirskaja
Moskau

Der Thälmannplatz

Langsam verhüllt weißer Schnee
Hochstraßen, Boulevards und Grünanlagen ...
Für mich wurde der Ernst-Thälmann-Platz
eine denkwürdiger Moskauer Ort.

Auf dem Platz steht ein Denkmal,
gewidmet dem legendären Kämpfer.
Die Sonne wirft funkelnde Lichter
auf sein entschlossenes Antlitz ...

Rot Front, Genosse Thälmann, Rot Front,
Genosse Thälmann, Rot Front!

Wir dürfen nicht unsre Überzeugung verlieren,
auch wenn wieder Fackeln im Dunkeln lodern
und schon wieder verblendeter tierischer Haß
in kahlgeschorenen Schädeln pocht.

Damit das Leben nicht so gemächlich verrinnt
auf spießbürgerliche Art,
gehe ich zum Denkmal Thälmanns –
des legendären Kämpfers!

*(Dank an Genossin Cilly Keller in Hamburg,
die uns diese Zeilen übermittelt hat.)*

Freizeit ist für die „Grenadas“ fast ein Fremdwort

Spätestens seit ihrer ersten Festivalteilnahme vor nunmehr zehn Jahren (1977) hat der Name „Grenada“ einen sehr guten Klang. Doch die Moskauer Enthusiasten prägen schon fast 15 Jahre ganz entscheidend die Entwicklung und das Niveau der Bewegung des politischen Liedes in der Sowjetunion.

Begonnen hat es mit dem Interesse und der Liebe einiger junger Moskauer Studenten, Ingenieure und Historiker für lateinamerikanische Folklore. Das Nachsingen von Liedern der Nueva Trova genügte ihnen schon bald nicht mehr, und „Grenada“ – diesen Namen entlehnten sie einem Gedicht des sowjetischen Dichters Michail Swetlow, das in der Sowjetunion zu einem Symbol des Internationalismus geworden ist – profilierte sich im Laufe der Jahre mehr und mehr zu einem führenden Ensemble des politischen Liedes in ihrer Heimat. Von den Gründungsmitgliedern gehören heute noch die Leiterin der Gruppe, Tatjana Wladimirskaja (promovierte Historikerin mit dem Spezialgebiet Geschichte der chilenischen Arbeiterbewegung) und der Pianist Viktor Gorochow (Lehrer für Geschichte an einer Oberschule) zum Ensemble. Sergej Wladimirski, Tanja Meschkowa, Fernstudentin und Erzieherin in einem Lehrlingswohnheim, und das Ehepaar Natascha und Andrej Pawlow, sie Absolventin des Instituts für Kultur und er Diamantenschleifer und Meister in einem Technikum, gehören bereits zur zweiten „Grenada“-Generation. Zum ersten Mal mit auf Reisen ist Valerij Belski (Bassist der Gruppe und Ingenieur in einem Forschungsinstitut für Bauwesen). Für ihn stellt das Festival gewissermaßen die Feuerprobe dar. Zum Repertoire von „Grenada“ gehören sowohl internationale politische Lieder, die in erster Linie von Tanja ins Russische übertragen wurden, als auch Lieder sowjetischer Autoren und – für sie ganz wichtig – eigene Lieder zu sie bewegenden Problemen. Ganz vornean steht für sie der Kampf um den Frieden und die internationale Solidarität. Für Arrangements und die Musik sind in erster Linie Sergej und Viktor zuständig. „Grenada“ findet sein Publikum in Moskau und an anderen Orten der Sowjetunion. Darüber hinaus führten Reisen nach Finnland, Kuba, Nikaragua, Mexiko, Kostarika, in die ČSSR, die BRD, nach Polen und in die DDR. Das Wort

Freizeit ist für alle „Grenadas“ fast ein Fremdwort. Abendliche Proben und Auftritte, Fernseh- und Rundfunkaufnahmen lassen dafür kaum Platz. Selbst im Urlaub ist „Grenada“ auf Reisen. Die große Popularität der Gruppe in der Sowjetunion beruht nicht nur auf ihrer künstlerischen Qualität. Sie ist auch Resultat



Beim 17. Festival des politischen Liedes (Berlin, 15. bis 22. Februar 1987)

der umfangreichen organisatorischen Arbeit bei der Vorbereitung von Veranstaltungen des politischen Liedes in allen Teilen der Sowjetunion und der engagierten Unterstützung anderer Gruppen. Seit vielen Jahren pflegt „Grenada“ enge Kontakte zu Gruppen und Solisten in vielen Ländern, vor allem in Lateinamerika. Von der Singebewegung in der DDR haben sie nach eigener Einschätzung viele Anregungen und Lieder übernommen.

Aus einem Bericht von Swetlana Slapka in der „Festivalzeitung“ (16. 2. 1987)

Aus der Rede Bertolt Brechts bei der Verleihung des Lenin-Friedenspreises in Moskau

Worauf unsere Hoffnung auf Frieden beruht

Es ist eine erstaunliche Gepflogenheit der Sowjetunion, dieses höchst erstaunlichen Staates, alljährlich einige Leute mit einem Preis für Bemühungen um den Weltfrieden auszuzeichnen. Ein solcher Preis scheint mir der höchste und meist erstrebenswerte von

riesiger wurde vorbereitet. Von hier aus, von unten aus, waren die versteckten Ursachen dieser Kriege zu erkennen; diese Klasse hatte sie zu bezahlen, die verlorenen und die siegreichen. Hier, in der Tiefe, hatte auch der Friede einen kriegerischen Aspekt.



Preisverleihung im Kreml am 25. 5. 1955. Nikolai Tichonow (bei der Laudatio), Bertolt Brecht, Helene Weigel (hinter ihnen der Dolmetscher)

allen Preisen, die heute verliehen werden können. Was immer man Ihnen einreden will, die Völker wissen: Der Friede ist das A und O aller menschenfreundlichen Tätigkeiten, aller Produktion, aller Künste, einschließlich der Kunst zu leben.

Ich war 19 Jahre alt, als ich von Ihrer großen Revolution hörte, 20, als ich den Widerschein des großen Feuers in meiner Heimat erblickte. Ich war Sanitätssoldat in einem Augsburger Lazarett. Die Kasernen und sogar die Lazarette leerten sich, die alte Stadt füllte sich plötzlich mit neuen Menschen, in großen Zügen aus den Vorstädten kommend, von einer Lebendigkeit, welche die Straßen der Reichen, der Ämter und Kaufleute nicht kannten. Einige Tage lang sprachen Arbeiterfrauen in den schnell improvisierten Räten und wuschen jungen Arbeitern in Soldatenkitteln die Köpfe, und die Fabriken hörten die Befehle der Arbeiter.

Einige Tage, aber was für Tage! Überall Kämpfer, aber zugleich friedliche Leute, aufbauende Leute!

Die Kämpfe führten, wie Sie wissen, nicht zum Sieg, und Sie wissen, warum. In den folgenden Jahren der Weimarer Republik waren es die Schriften der Klassiker des Sozialismus, die durch den großen Oktober neu belebt worden waren, und die Berichte von Ihrem kühnen Aufbau einer neuen Gesellschaft, die mich diesen Idealen verpflichteten und mit Wissen versahen.

Die wichtigste der Lehren bestand darin, daß eine Zukunft für die Menschheit nur „von unten her“, vom Standpunkt der Unterdrückten und Ausgebeuteten aus, sichtbar wurde. Nur mit ihnen kämpfend, kämpft man für die Menschheit. Ein riesiger Krieg hatte stattgefunden, ein

Zuninnerst der Sphäre der Produktion und allüber die Sphäre der Produktion herrschte die Gewalt, sei es die offene des Flusses, der die Dämme zerreißt, oder die geheime der Dämme, die den Fluß niederhalten. Es handelte sich nicht nur darum, ob Kanonen hergestellt

wurden oder Pflüge – in den Kriegen um den Brotpreis sind die Pflüge die Kanonen.

Das ganze Leben kämpfen die Menschen im Kapitalismus um ihre Existenz – gegeneinander. Die Völker, die sich eine sozialistische Wirtschaft erkämpft haben, haben eine wunderbare Position bezogen, was den Frieden betrifft. Die Impulse der Menschen werden friedlich. Der Kampf aller gegen alle verwandelt sich in den Kampf aller für alle. Wer der Gesellschaft nützt, nützt sich selbst. Wer sich selbst nützt, nützt der Gesellschaft. Gut haben es die Nützlichen, nicht mehr die Schädlichen. Der Fortschritt hört auf, ein Vorsprung zu sein, und die Erkenntnisse werden niemandem mehr verheimlicht, sondern allen zugänglich gemacht. Die neuen Erfindungen können mit Freude und Hoffnung empfangen werden, anstatt mit Entsetzen und Furcht.

Ich selbst habe zwei Weltkriege erlebt. Jetzt, an der Schwelle des Alters, weiß ich, daß von neuem ein ungeheurer Krieg vorbereitet wird. Aber ein Viertel der Welt ist jetzt befriedet. Und in anderen Teilen befinden sich die sozialistischen Ideen im Vormarsch.

Der Friedenswunsch der einfachen Menschen allüberall ist tief. In den intellektuellen Berufen kämpfen viele, auch in kapitalistischen Staaten, mit verschiedenen Graden des Wissens für den Frieden. Aber es sind die Arbeiter und Bauern in ihren eigenen Staaten und in den Staaten des Kapitalismus, auf denen unsere beste Hoffnung für Frieden beruht.

Es lebe der Frieden! Es lebe Ihr großer Staat des Friedens, Staat der Arbeiter und Bauern!

Bertolt Brecht (1955)

GEGEN DEN KRIEG

Krieg kommt nicht aus einer schwarzen Wolke,
Krieg ist nicht ein Sommerhagelschlag,
Krieg geht um wie Seuche unterm Volke,
Mitternachtsgespens am hellen Tag.

*Bannt den Spuk,
treibt die Gespenster aus,
denn ihr wißt ja, wer die
Nachtgespenster sind,
diese Welt ist kein Gespensterhaus,
und der Mensch von heut ist
kein verschrecktes Kind.*

Mit den Bösen geht es nicht im guten.
Palmenwedel sind kein Argument,
wenn in Griechenland die Bauern bluten
und im fernen Vietnam der Himmel brennt.

Bannt den Spuk ...

Malt drei Kreuze über eure Türen –
halten werden sie die Bomben nicht!
Kriegsverbrecher werden Kriege führen,
bis man ihnen ihre Hälse bricht.

*Bannt den Spuk,
treibt die Gespenster aus,
denn ihr wißt ja, wer die
Nachtgespenster sind,
diese Welt ist kein Gespensterhaus,
und der Mensch von heut ist
kein verschrecktes Kind.*

Kuba
(Kurt Barthel,
1914–1967;
dieses Gedicht
entstand 1962)



WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Wer erfüllte das Potsdamer Abkommen?

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen

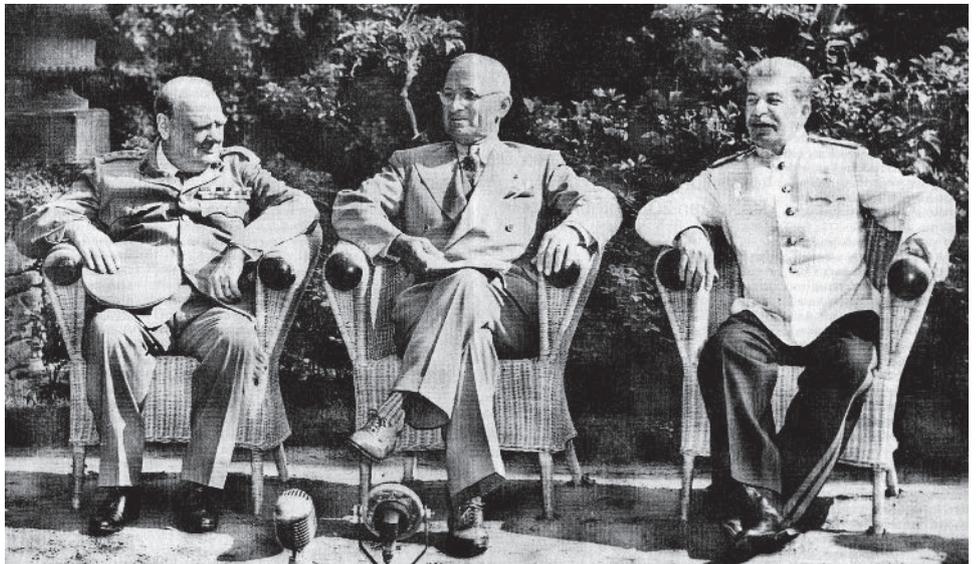
Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen. **RF**

17. Juli 1975

Das State Department der USA behauptete vor einiger Zeit in einer „Berlin-Broschüre“, die Besatzungspolitik der Westmächte hätte sich im wesentlichen an das im Potsdamer Abkommen festgelegte Programm zur Behandlung Deutschlands gehalten, während die Sowjetunion schon bald die „Mehrzahl der positiven Prinzipien des Potsdamer Protokolls“ ignoriert habe. Die historischen Tatsachen beweisen eindeutig den gegenteiligen Sachverhalt. Die Sowjetunion handelte auch nach der Niederwerfung Hitlerdeutschlands konsequent als Anwalt jener Forderungen des antifaschistischen Befreiungskampfes, die das Potsdamer Abkommen geprägt haben. In der Anfangsphase des Alliierten Kontrollrates – dem aus den Oberbefehlshabern der vier Besatzungsmächte gebildeten obersten Kontrollorgan in Deutschland – wurden gemeinsam eine Reihe wichtige Beschlüsse zur Verwirklichung des Potsdamer Abkommens gefaßt, z. B. über die Aufhebung von Nazigesetzen und eine demokratische Umgestaltung des deutschen Rechts- und Gerichtswesens – ein Beschluß, der u. a. vorsah, daß ehemals aktive Nazis nicht weiter als Richter oder Staatsanwälte tätig sein dürfen. In der Direktive Nr. 24 vom 12. Januar 1946 einigten sich die Besatzungsmächte auf die Entfernung von Nationalsozialisten, Militaristen und allen Personen, die nach ihrer Vergangenheit bzw. ihrer Einstellung in der Nachkriegszeit Geist und Buchstaben des Potsdamer Abkommens feindlich gegenüberstanden, nicht nur aus Verwaltungs- und Regierungsämtern, sondern auch aus verantwortlichen Stellungen in der Wirtschaft. Und es wurde der bedeutsame Grundsatz proklamiert: „Es ist wesentlich, daß die leitenden deutschen Beamten an der Spitze von Provinzen, Regierungsbezirken und Kreisen erwiesene Gegner des Nationalsozialismus sind, selbst wenn dies die Anstellung von Personen nach sich zieht, deren Eignung, ihren Aufgabenkreis zu erfüllen, geringer ist.“ Im Rahmen der Maßnahmen zur Gewährleistung des Friedens wurde mit Gesetz Nr. 9 des Alliierten Kontrollrates das Eigentum des IG-Farben-Konzerns beschlagnahmt, der eine wesentliche Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges durch den Hitlerfaschismus gespielt hatte. In dieser Anfangsphase des Alliierten Kontrollrates erwiesen sich die Lebenskraft des Potsdamer Abkommens und die mit ihm begründete Möglichkeit einer koordinierten

Vier-Mächte-Politik in Deutschland. Es war keineswegs so, wie in der bürgerlichen Geschichtsschreibung häufig behauptet wird, daß eine gemeinsame Verwaltung Deutschlands durch Mächte, die eine unterschiedliche gesellschaftliche und politische Ordnung repräsentieren, von vornherein unmöglich gewesen sei. Erst in dem Maße, wie

und gemeinsam den „Weg der Demokratie, des Rechts und der Freiheit, des Friedens und der Achtung vor anderen Völkern“ unter Ausschaltung der „verhängnisvollen Kräfte der Vergangenheit“, der „Kräfte des Militarismus, der Reaktion und des Hitlerfaschismus“ gehen. Und weiter hieß es in dieser Erklärung: „Die Beschlüsse der Berliner (d. h.



In Potsdam noch einig bei der Festlegung der Nachkriegsordnung in Deutschland: Winston Churchill (Großbritannien), Harry S. Truman (USA) und Josef W. Stalin (UdSSR)

die Westmächte den Boden des Potsdamer Abkommens verließen, wurde die Vier-Mächte-Verwaltung zum Scheitern gebracht. Betrachten wir die Entwicklung der vier Besatzungszonen in Deutschland unter dem Blickwinkel des Potsdamer Abkommens, so zeichneten sich allerdings von Anfang an und in der Folgezeit in zunehmendem Maße unterschiedliche Entwicklungen ab, wobei die Unterschiede zwischen den Besatzungszonen der Westmächte graduell, zwischen ihnen und der sowjetisch besetzten Zone grundsätzlicher Art waren. Die Übereinstimmung der Entwicklung im Osten Deutschlands mit dem Potsdamer Abkommen trat von Anfang an deutlich zutage. Sie entsprang einer positiven Einstellung zu den Potsdamer Beschlüssen sowohl seitens der Sowjetischen Militäradministration als auch der deutschen antifaschistisch-demokratischen Parteien. So erklärte am 12. August 1945 der vier Wochen vorher gebildete Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Berlin: Die Einheitsfront werde die Fehler von 1918 verhüten

der Potsdamer) Konferenz stehen am Anfang dieses neuen Weges. Sie geben die Möglichkeit zur friedlichen Erneuerung unseres Vaterlandes.“ Alle nationalistisch gefärbten Klagen über die durch faschistische Verbrechen verursachten Nachkriegsbedingungen wurden eindeutig zurückgewiesen und die Pflicht zur Wiedergutmachung anerkannt. Wilhelm Pieck, der Vorsitzende der KPD, stellte auf dem ersten Nachkriegsparteitag dieser Partei im April 1946 eindeutig fest: „Wir sind uns völlig dessen bewußt, daß die Potsdamer Beschlüsse für lange Zeit die Grundlagen unseres Handelns bilden. Wir haben uns mit Vorbedacht auf den Boden dieser Beschlüsse gestellt; denn wir wissen, daß Geist und Buchstabe die Ausrottung des Nazismus, Militarismus und Imperialismus fordern, um die Welt vor einer neuen Aggression des deutschen Monopolkapitals zu bewahren. Diese Aufgaben entsprechen voll und ganz den Interessen unseres Volkes. Darum wünschen wir nur, daß uns im Kampf für die Verwirklichung dieser Aufgaben keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt

werden. Wir sind entschlossen, Garantien für den Aufbau eines demokratischen, freien und friedlichen Deutschlands zu schaffen.“

In der sowjetischen Besatzungszone erhielt die revolutionäre Arbeiterbewegung so günstige Entwicklungsbedingungen wie noch niemals zuvor in der deutschen Geschichte. Sie nutzte sie für die Organisation und Mobilisierung breiter Massen der Arbeiterklasse und anderer verbündeter Klassen und Schichten. Das erwies sich als entscheidend für einen demokratischen Neuaufbau in Über-



Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte. Dietz-Verlag, Berlin, 1968

einstimmung mit dem Potsdamer Abkommen. Die Arbeiterklasse mit ihrer revolutionären Vorhut, aus deren Reihen der konsequenteste antifaschistische Widerstandskampf geführt worden war, erwies sich auch als die demokratische Hauptkraft für die Lösung jener umfassenden Aufgaben, die mit Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung bis zum Aufbau neuer gesellschaftlicher Grundlagen gestellt waren.

Im Osten Deutschlands wurden Betriebe und Verwaltungen, Polizei und Justiz, Schulen und Hochschulen konsequent von Faschisten und Militaristen gesäubert. Entsprechend dem Potsdamer Abkommen übernahmen allerorts bewährte Antifaschisten und Demokraten die Verantwortung. Dabei mußten schrittweise schwierige Aufgaben wie die Heranbildung von Betriebsleitern, Verwaltungsfachleuten, von Neulehrern und Volksrichtern gelöst werden. Die antifaschistisch-demokratischen Maßnahmen erstreckten sich jedoch vor allem auch auf die gesellschaftlichen Grundlagen von Militarismus und Faschismus. Die Großgrundbesitzer, die Nazi- und Kriegsverbrecher in der Industrie wurden im Zuge breiter demokratischer Massenbewegungen enteignet und damit endgültig entmachtet, die Organisatoren des faschistischen Gewaltregimes zur Verantwortung gezogen. Es war

kennzeichnend für die Sowjetische Militäradministration, daß sie die Entscheidungen der antifaschistisch-demokratischen Kräfte über den Charakter der zu errichtenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung in jeder Weise förderte, zumal sie in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen getroffen wurden.

Die geschichtliche Praxis weist eindeutig aus, daß das Potsdamer Abkommen im Zuge der Entstehung und Entwicklung der DDR verwirklicht wurde, daß hier das Vermächtnis des antifaschistischen Befreiungskampfes der Völker seine Erfüllung fand. Auf diesem Wege entstand – nach der Bildung des westdeutschen Separatstaates – die Deutsche Demokratische Republik als sozialistischer deutscher Friedensstaat, der Geist und Buchstaben des Potsdamer Abkommens eindeutig gerecht wird und dessen Friedenspolitik diesem Abkommen voll entspricht.

Selbst in antisowjetisch ausgerichteten Darstellungen, die in der BRD erschienen sind, wird von einigen Autoren anerkannt, daß die in der sowjetischen Besatzungszone realisierten Maßnahmen, wie es in einer der Abhandlungen heißt, „nicht so weit von der ursprünglichen Gesamtplanung der Verbündeten“ entfernt gelegen hätten, daß die sowjetische Besatzungspolitik „sich auch im einzelnen auf die Potsdamer Abmachungen berufen konnte“.

Zu entgegengesetzten Erkenntnissen führt die Analyse der Entwicklung in den Westzonen Deutschlands bzw. in der BRD. Deren Entwicklung wurde nicht von den Potsdamer Beschlüssen und denen des Alliierten Kontrollrates geprägt, mehr noch, sie führte zu Resultaten, die diesen Beschlüssen entgegengesetzt waren. Es können hier nur einige Aspekte dieser Politik hervorgehoben werden. So sprachen sich 72 Prozent der Wähler Hessens für die Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher und die Überführung ihres Eigentums in Gemeineigentum aus; in Nordrhein-Westfalen und in anderen Landtagen wurden ähnliche Gesetze sowie solche über eine erweiterte Mitbestimmung verabschiedet. Die westlichen Militärregierungen machten diese Gesetze rückgängig bzw. sie verhinderten ihre Durchführung. Auf diese und andere Weise blockierten sie eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung in den Westzonen, für die Kommunisten, auch viele klassenbewußte Sozialdemokraten, Gewerkschafter und bürgerliche Demokraten eintraten. Selbst wenn man nur die Elle der bürgerlichen Demokratie anlegt, wird offenbar, daß das Potsdamer Abkommen in den Westzonen nicht verwirklicht wurde. Die Westmächte stützten sich auf solche deutschen Politiker und Verwaltungsbeamte, die in ihrer Mehrzahl keineswegs antifaschistischen Widerstand geleistet hatten, am Herkommen des Faschismus mitschuldig waren, wenn sie nicht gar als Mitglieder der Nazi-Partei oder ohne Mitgliedsbuch an der faschistischen Politik direkt beteiligt gewesen waren. Solche Männer wie Adenauer, Abs und Pferdenges waren ebenso erbitterte Gegner des Potsdamer Abkommens, wie sie alle weitergehenden antifaschistisch-demokratischen Veränderungen ablehnten.

Die westlichen Militärregierungen erweckten zeitweilig den Anschein, als ob sie das Potsdamer Abkommen zumindest teilweise durchführten. Dazu gehörten solche Maßnahmen wie die Entnazifizierung und die Konzernentflechtung. Doch entgegen allen Beteuerungen wurden auch auf diesen Gebieten die Potsdamer Beschlüsse nicht erfüllt, sondern verfälscht und schließlich in ihr Gegenteil verkehrt. Die unter dem Begriff „Entnazifizierung“ ergriffenen Maßnahmen führten keineswegs zur Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher, sie liefen vielmehr in zahllosen Fällen auf deren Rehabilitierung hinaus. Und der „Entnazifizierung“ folgte nach der Schaffung der BRD mit dem Gesetz 131 und anderen Maßnahmen die Renazifizierung auf dem Fuße. Der britische Historiker Michael Balfour konstatierte: „Den meisten Versuchen, bekannte Nazis ihrer Stellung in der Gesellschaft zu entkleiden, war keine Dauerhaftigkeit beschieden.“ Und die sogenannte Entflechtung lief auf eine Reorganisation der Konzerne und Großbanken hinaus, die in den Händen ihrer alten Eigentümer verblieben, den Haupt- und Mitverantwortlichen für Faschismus und zweiten Weltkrieg. Die auf der Tagesordnung stehende demokratische Bodenreform wurde durch ein Siedlungsprogramm ersetzt; Eigentum und Macht des Großgrundbesitzes blieben erhalten.

Auf diese Weise wurden die Westzonen Deutschlands einer Separatentwicklung unterworfen, die eine Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage und die Möglichkeit der Schaffung eines das ganze deutsche Territorium umfassenden deutschen demokratischen Staates untergrub. Der Übergang der Westmächte zur antisowjetischen Politik des kalten Krieges, die Schaffung eines westdeutschen Separatstaates, seine Militarisierung und Einbeziehung in das imperialistische Blocksystem besiegelten den Bruch des Potsdamer Abkommens. Diese Politik wurde mit aktiver Unterstützung der in den Westzonen führenden bürgerlichen und sozialdemokratischen Politiker durchgeführt, die von Anfang an gegen das Potsdamer Abkommen Front gemacht hatten. Adenauer verkettete es als angebliche „Quelle allen Übels“, dem das deutsche Volk ausgesetzt sei und betrachtete, wie ein exponierter westdeutscher Historiker formulierte, das Potsdamer Abkommen „als Ausgangspunkt für die Gefährdungen, denen Deutschland und Europa“ ausgesetzt seien.

Die mit dem Potsdamer Abkommen geschaffenen Möglichkeiten, ein Europa der Sicherheit und Zusammenarbeit auf der Grundlage der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu schaffen und die deutsche Frage demokratisch zu regeln, diese Möglichkeiten wurden von den herrschenden Kreisen der Westmächte und von der westdeutschen Bourgeoisie und ihren Helfershelfern in Verfolgung imperialistischer Interessen bewußt blockiert. Sie schlossen sich zu einer Anti-Potsdam-Fronde zusammen. Die daraus resultierende Politik stürzte die Völker Europas in die Konflikte des kalten Krieges und beschwor oft eine akute Kriegsgefahr herauf, die nur dank der Stärke des sozialistischen Lagers und seiner Friedenspolitik überwunden werden konnte.

BUCHTIPS

- **Matthias Krauß: Die Große Freiheit ist es nicht geworden**
Was sich für die Ostdeutschen seit der Wende verschlechtert hat

In Euphorie wegen der Wiedervereinigung mag er nicht ausbrechen. Nach dem Einigungsvertrag wurde der Osten zum Armenhaus Deutschlands, das bis heute alimentiert werden muß, das hoch verschuldet ist und selbst nach der Konjunktur der vergangenen zehn Jahre wenig mehr als die Hälfte dessen erwirtschaftet, was es verbraucht.



In den zehn Jahren vor der Wende wurden in Ostdeutschland mehr als eine Million Kinder mehr geboren als in den zehn Jahren danach. Das und der Wegzug der Jugend veränderte die Sozialstruktur Ostdeutschlands grundlegend.

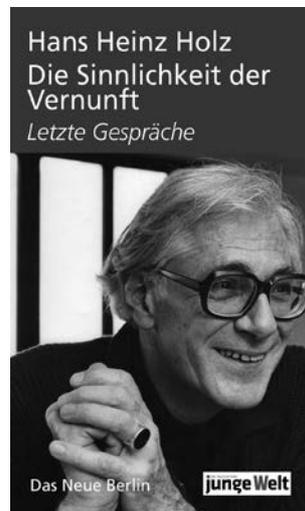
Das Neue Berlin, Berlin 2019, 256 S., 14,99 €

- **J. Oehme / A. Schölzel / H. H. Holz: Die Sinnlichkeit der Vernunft**
Letzte Gespräche

Im Kampf gegen die Nazis gereift, greift Hans Heinz Holz nach 1945 als politischer Journalist in die Kämpfe gegen die Remilitarisierung der BRD und gegen die Notstandsgesetze ein. Seine Promotion wird 1951 aus politischen Gründen abgelehnt. 1970 muß seine Berufung als marxistischer Philosophieprofessor nach Marburg von der Studentenbewegung erkämpft werden. Der international anerkannte Wissenschaftler und Kommunist forscht und lehrt fortan zu allen Bereichen der Philosophie, zu Ästhetik und Politik.

Nach der Konterrevolution von 1989/90 veröffentlicht er im Essener Neue-Impulse-Verlag die drei Mut machenden und Orientierung gebenden Bücher „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“ (1991), „Kommunisten heute. Die Partei und ihre Weltanschauung“ (1995) und „Sozialismus statt Barbarei“ (1999). Im Gespräch führt Holz anhand seines Lebenswegs ungezwungen und

allgemeinverständlich in dialektische Philosophie und Ästhetik ein und schildert die politi-



schen Kämpfe in Westdeutschland seit 1945 und seine Teilnahme an ihnen als Kommunist und Philosoph.

Das Neue Berlin, Berlin 2018, 336 S., 20 €

- **Lucas Zeise: Das Finanzkapital**
Reihe Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie

Daß in Gelddingen demokratische Regeln nichts gelten, wurde uns am Beispiel Griechenland drastisch vor Augen geführt: Auf das überwältigende Nein der Bevölkerung



zum Diktat der Troika folgte das Ja der von ihr gewählten Regierung. Auch wenn es im Alltag parlamentarischer Republiken nicht immer offensichtlich ist, wird in Krisen deutlich, wie die Herrschaft des Finanzkapitals funktioniert. Wer ist dieses Finanzkapital, das Rudolf Hilferding 1909 und Lenin 1917 untersucht haben. Und wie herrscht es heute? Besonders interessiert Lucas Zeise dabei die Rolle des Geldkapitals, der Banken, Versicherungen, Hedgefonds

und Schattenbanken. Wie kommt es, daß die Gläubiger-Schuldner-Beziehung die politischen Verhältnisse dominiert? Wie kommt es, daß sich die politisch Mächtigen unter dem Druck der Finanzmärkte befinden? Wer reguliert diese oder unterläßt es, sie zu regulieren? Wie funktioniert international die Hackordnung unter den Finanzkapitalisten? Warum dominiert immer noch der Dollar, und wird er als dominante Währung abgelöst?

PapyRossa-Verlag, Köln 2019, 140 S., 9,90 €

- **D. Helmbold: Mehr Kunst als Werbung. Das DDR-Filmplakat**
1945–1990

Herausgegeben von der DEFA-Stiftung

Das Filmplakatschaffen in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR ist klar umrissen: Es gibt das erste Plakat (aus dem Jahr 1945) und das letzte (es entstand 1990). In diesem Zeitraum schufen über 400 Graphiker rund 6400 Plakate, denn für jeden Film, der in die Kinos kam – seien es DEFA-Produktionen wie „Ich war neunzehn“, europäische Kunstfilmimporte wie „La strada“ oder Hollywoodfilme wie „Tootsie“ –, wurde ein eigenes Plakat gebraucht. Sie alle sind in diesem Buch versammelt. Bei den Entwürfen wurden alle graphi-



schen Techniken angewandt, alle Stile der klassischen Moderne adaptiert. Und so liefert der Band nicht nur einen Gang durch 45 Jahre Filmgeschichte, sondern auch einen Überblick über die unterschiedlichen Phasen künstlerischer Gestaltung und Ästhetik in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Sichtbar wird die Vielfalt der visuellen Sprachen der Gestalter und deren Mut zur graphischen Reduktion. So ist das Buch auch Beleg dafür, daß Filmwerbung in der DDR eine eigenständige künstlerische Gattung war, deren Vielgesichtigkeit Filmfreunde erstaunen und Graphiker begeistern wird. Nach Jahrgängen sortiert, enthält der Band neben den Abbildungen aller Plakate auch die filmographischen Angaben und Aufführungsjahre der Filme sowie die Namen der Plakatgestalter.

Bertz+Fischer-Verlag, Berlin 2018, 672 S., 6385 Abbildungen, Format 28 x 32,5 cm, 96 €

Eugen Leviné im April 1919

Die Szene ist verbürgt und nachzulesen in Ernst Tollers Autobiographie „Eine Jugend in Deutschland“. Sie spielt im roten April 1919, als erstmals, wenn auch nur für kurze Zeit, auf deutschem Boden eine proletarische Staatsmacht existierte: Ein Trupp der soeben gegründeten Roten Armee zieht in München ins Gefecht gegen einen Haufen Weißgardisten, der sich in einer Kirche verschanzt hat, und eröffnet – da es um Leben oder Untergang der Räterepublik geht – das Feuer. Was geschieht? „Ringsum die Fenster öffnen sich. Eine Stimme brummt in tiefem Baß: ‚Des is ja noch schöner, jetzt schiassens gar mitten in da Nacht!‘“



Ruhe, wie man liest, galt also im weißblauen Freistaat Bayern – einer Schöpfung der Novemberrevolution übrigens – nicht wenigen Einwohnern nach wie vor als die erste Bürgerpflicht. Diese Haltung des Kleinbürgertums zur Revolution änderte sich natürlich auch nicht, als die Betriebs- und Kasernenräte am 13. April 1919 eine aus fünfzehn Kommunisten, Sozialdemokraten und Unabhängigen bestehende Koalition mit der Exekutive und der Legislative betrauten. Dieser von Eugen Leviné (KPD) geführte Aktionsausschuß, der Bayerns Zweite Räterepublik ausrief, vermochte zwar mit Unterstützung der Münchner proletarischen Massen entscheidende politische Maßnahmen einzuleiten. Jedoch fehlte die Zeit, bedeutsame Veränderungen herbeizuführen, auch im Denken der Kleinbürger und Bauern, der potentiellen Verbündeten. Dazu, wie wir inzwischen wissen, braucht es mitunter Jahrzehnte. Der alle und alles überragende Kopf jener großen Tage war der 36jährige Eugen Leviné. Auf ihn trifft, bedauerlicherweise, das gleiche zu, was der Publizist Friedrich Hitzer über die gesamte Münchner Räterepublik mitteilt: Den

konsequentesten Revolutionären unter Führung der Kommunisten war es in der letzten Phase des Kampfes um die Macht gelungen, „für zwei Wochen die Herrschaft der Bourgeoisie auszuschalten, was diese – im Unterschied zu den revolutionären Organisationen der Arbeiter und Bauern – nie vergaß“. An den Berufsrevolutionär Eugen Leviné zu erinnern scheint daher hundert Jahre nach den bayrischen Vorgängen mehr als geboten.

Leviné, 1883 in Petersburg in gutbürgerlichem Hause geboren, übersiedelte vierzehnjährig mit seiner Mutter nach Deutschland, studierte in Heidelberg, promovierte dort. 1903 schloß er sich der Sozialrevolutionären Partei Rußlands an. Er stand zwei Jahre später auf den russischen Revolutionsbarrikaden, wurde inhaftiert, kam wieder frei und kehrte nach Deutschland zurück. Hier trat er der SPD bei, wurde schließlich Spartakist und Gründungsmitglied der KPD. Die Zentrale der Partei schickte ihn, einen der engsten Mitarbeiter der ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Anfang März 1919 nach München, die dortige „Rote Fahne“ zu übernehmen. Der an revolutionären Erfahrungen reiche Leviné soll, so berichten Zeitzeugen, seine Zuhörer fasziniert haben durch eine rhetorisch blendende und in der Logik der Argumentation bestechende Sprache. Vermutlich einer der Gründe dafür, daß ihm die Koalition der Linkskräfte die verantwortliche Position an ihrer Spitze übertrug. Zweimal – am 13. und 27. April – sprach ihm die Vollversammlung der Münchner Betriebs- und Kasernenräte das Vertrauen aus. Nicht von ungefähr. Mit Klugheit und taktischem Geschick, mit feinem Gespür für das Machbare, hatte er im März begonnen, in Betrieben und

Wohnbezirken Parteizellen aufzubauen; verglichen mit den Parteiorganisationen in den anderen deutschen Städten war man in München bald am weitesten fortgeschritten, die KPD in den Volksmassen zu verwurzeln. Dies wurde bald spürbar. Doch zeigten sich zugleich erste Mängel in der Tagesarbeit: „Ich habe den Eindruck“, hatte er schon nach kurzem Aufenthalt in Bayerns Hauptstadt und intensivem Studium der Lage erklärt, „als lege man in München zuviel Wert auf die große Politik, als beschäftige man sich zu sehr mit der Frage einer großen Zukunft und vernachlässige darüber das gegenwärtig Notwendige, das dazu bestimmt ist, jene Zukunft einmal zu tragen.“

Natürlich weckte diese auf politische Überzeugung und Massenarbeit orientierte Politik Widerspruch bei denen, die auf die instabilen staatlichen Verhältnisse bauten, wo quasi schon ein Schuß den Sieg bringen könnte. Als Leviné solchen Illusionen entgegentrat und davor warnte, loszuschlagen, bevor die Bataillone ausreichend gerüstet seien, trug ihm das heftige Beschimpfung von den sehr heterogen zusammengesetzten eigenen Reihen ein. Toller und Schnepfenhorst, so ist überliefert,

titulierten ihn als „Saupreußen“, der „uns an unseren revolutionären Arbeiten stören“ wolle. Trotzdem, vielleicht gerade wegen seiner kompromißlosen Forderungen wuchs der in der revolutionären Theorie, übrigens auch literarisch hochgebildete Leviné binnen kurzer Zeit in die Rolle eines bedeutenden Arbeiterführers hinein.

Das erklärt, weshalb die Anfang Mai mit Mord und Terror in München einfallende Reichswehr, die Freikorps und die hinter ihnen stehende Klasse auf den Kopf des untergetauchten Leviné 10 000 Mark Belohnung aussetzten. Zwei Verräter teilten sie sich. „Wegen eines Verbrechens des Hochverrats“ verurteilte ihn wenig später, am 2. Juni 1919, das „Standrechtliche Gericht München“ in einer öffentlichen Sitzung zum Tode. Vor diesem Gericht hielt Leviné seine letzte Rede, in der er jene bemerkenswerte Sentenz formulierte, die weiterlebte durch die Jahrzehnte und heute noch oft zitiert wird, nicht selten ohne Kenntnis der Quelle: „Wir Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub. Dessen bin ich mir bewußt. Ich weiß nicht, ob Sie mir meinen Urlaubsschein noch verlängern werden oder ob ich einrücken muß zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Ich sehe jedenfalls Ihrem Spruch mit Gefäßtheit und mit innerer Heiterkeit entgegen ...“

Trotz heftiger Proteste aus nahezu allen Lagern und Parteien – ein Telegramm vom 24. Mai trug die Unterschriften von Albert Einstein, Hellmut von Gerlach, Hugo Haase, Maximilian Harden, Max Hodann, Karl Kautsky, Helene Stoecker und anderen – wurde Eugen Leviné am 3. Juni 1919 im Gefängnishof Stadelheim bei München hingerichtet. Es war der erste Justizmord der Weimarer Republik.

Todes-Anzeige.

Am 5. Juni starb in Stadelheim mein lieber Sohn, der Arbeiterführer

Eugen Leviné.

Er besiegelte die Treue seiner Überzeugung mit dem Tode. Auf dem neuen Friedhofe der israelitischen Gemeinde fand er seine letzte Ruhestätte.

München, den 7. Juni

Rosalie Leviné

Zehn Jahre später schrieb Erich Mühsam: „Leviné war eine große revolutionäre Persönlichkeit, voll Leidenschaft, Tatkraft, Klugheit und voll von Fanatismus, ohne den es keine Genialität und keinen Todesmut für ein Ideal gibt. Wer so vor seinen Richtern stand wie Eugen Leviné, wer so wie er den Todesspruch entgegennahm und so den tödlichen Kugeln seinen Treueschwur an die Weltrevolution entgegenrief – der gehört der Revolution aller Zeiten, und wer sie liebt, gleichviel, ob er in allen Auffassungen mit Eugen Leviné übereinstimmt, wird Männer seiner Art lieben müssen. Hätten wir ihrer mehr!“ Dem ist nichts anzufügen.

Gestützt auf einen Beitrag von
Frank Schumann

(„Weltbühne“ Nr. 15/1984)

Dienst beim Ostergottesdienst

Der Sonntagsdienst besteht heute aus der Begleitung der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner zum evangelischen Gottesdienst in die auf demselben Gelände gelegenen Kirche. Zwölf Heimsassen wollen dabei sein, die meisten in Rollstühlen, die Mehrheit dement.

Ich nehme zum ersten Mal an einer solchen religiösen Zeremonie teil und harre neugierig der Dinge, die da kommen. Die Pfarrersfrau setzt sich zu Beginn der Veranstaltung eine rote Kappe auf, nimmt ein überdimensionales „Taschentuch“ zur Hand und beginnt, auf laienhaft-übertriebene schauspielernde Art die Maria zu geben, die am Grab Jesu trauern will, dann aber von einer Stimme beim Namen gerufen wird. Wie sich herausstellt, bzw. wie sie kindergartenpädagogisch erklärt, soll diese Stimme die von Jesus sein. Ihre Stimme ist etwas quiekend und schwer zu ertragen, das Mikrofon weiß sie nicht richtig zu handhaben, und die Gemeinde versteht kaum ein Wort dieser Darbietung. Meine dementen

Begleiterinnen sitzen einigermaßen gebannt da; meine Sitznachbarin Frau S., die nur dabei ist, weil sie zu jedem Angebot mitkommt, schaut sich die Vorstellung an, schaut dann mich an und sagt nur: „Oh Gott.“

Der Rest der Veranstaltung besteht im Singen von Liedern, deren simple Texte („Je-Je-Jesus ist besser, Je-Je-Jesus ist größer, Je-Je-Jesus ist stärker“) zu den schlagerartigen Softpop-Melodien passen wie der Becher zum Henkel; außerdem noch aus dem Hersagen von Glaubenssätzen, die wirken wie affirmative Kühlschranksprüche: man möchte gerne dran glauben, weil die Zweifel so riesig sind, daß man sie immer wieder mit der Beschwörung einer weder selbst erfahrenen noch irgendwie greifbaren „Wahrheit“ vertreiben möchte.

Alles in allem bin ich erschüttert über das Niveau und frage mich, ob das hier vielleicht ein Kindergottesdienst ist. Insgesamt komme ich mir nämlich eher vor wie im Kindergarten als in einem Ort der Einkehr, der Besinnung oder gar der

Meditation; von einer würde- und weihvollen Feier eines Ereignisses, das sich immerhin um Leben, Tod und Wiedergeburt/Auferstehung dreht, ist nichts zu spüren. Der religiöse Anlaß der Feier wird gnadenlos infantilisiert und seines spirituellen Gehaltes und damit seiner Botschaft beraubt – zugunsten einer krampfhaft auf modern getrimmten Show auf Vorschulniveau, die nur ein Vehikel darstellt für die Propagierung von Dogmen und Sprechblasen der Rechtgläubigkeit. Zurück zu meinen dementen Schützlingen: Am Ende des Gottesdienstes geht die Pfarrerin reihum, gibt jedem die Hand und sagt dabei: „Frohe Ostern! Jesus ist wahrhaftig auferstanden!“

Als sie bei meiner Sitznachbarin angekommen ist, läßt sich diese bereitwillig die Hand schütteln, hört sich den Spruch an und schaut die Kirchenfrau neugierig an. Dann antwortet sie: „Gut! Kann ich mitkommen?“

Kay Strathus
Düsseldorf

Über Reichtum und eine notwendige Erfindung

Was heißt denn reich sein? Reich im Sinne von üppig oder von vermögend? Reich geschmückt, reich begabt oder reich begütert? Oder reichlich? Im Sinn von viel, unzählig wie Sand am Meer, in Hülle und Fülle?

Reich sein bedeutet für mich Leben, Lebensglück, Zufriedenheit. Geld ist dabei nur ein Mittel, und ich habe nie zugelassen, daß es Selbstzweck wird. In meinem ersten Leben bis 1989 brauchten wir über Geld nie nachzudenken, nicht üppig, aber sicher hat die Familie aus einem gemeinsamen Topf gelebt. Die Gespräche mit anderen Menschen drehten sich um gelesene Bücher, Ausstellungen, Sport, Musik, Familie, Arbeitsinhalte, auch Wartezeiten aufs Auto und Ersatzteilbeschaffung. Nach dem Westen haben wir nie geschickt.

1986 war ich vierzehn Tage mit einer Delegation in Zypern. Das war beeindruckend, eine Mischung von Meer, Stränden, leuchtenden Wiesen, schneebedeckten Bergen, Ausgrabungen, geschichtsbewußten Menschen und bunter Reklame für überquellende Geschäfte, aber auch

mit Prostituierten und eindeutigen Angeboten am Abend. Einige Tage vor Reise-Ende habe ich gesagt: „Ich will wieder zurück in meine graue DDR.“

Nun ist bei uns auch alles bunter geworden, nur mit dem Geschichtsbewußtsein ist das so eine Sache. Und auch der Reichtum hat sich nicht eingestellt. Obwohl, es hat sich das Verhältnis zum Geld schon geändert. Wo ich auch bin, überall wird geredet über Arbeitslosigkeit, Steuererhöhungen, unsichere Zukunft, Finanzen. Wieviel kostbare Lebenszeit wird nun vergeudet mit Sorgen um Geld und der Jagd danach. Angestrebte und versprochene Werte wie Freiheit und Demokratie sind zu Worthülsen verkommen. Ohne Mittel und ohne Perspektive bleiben sie Makulatur, kommen sich Unzählige betrogen und verhöhnt vor. Wen wundert es, wenn heimlich der Gedanke aufkommt: „Ich will zurück in meine graue DDR.“ Das wird nicht ausgesprochen und hört sich so an: „Die DDR möchte ich nicht zurück, aber ...“ Für mich war nach der Rückwende das Bedrückendste, meinen Schülern keine hoffnungsvolle Zukunft malen zu können.

Wenn ich einen Wunsch frei hätte, wünschte ich mir eine geniale Idee, das Denken der Menschen umzukrempeln, ihre Gehirne umzuprogrammieren. Jedermann wäre bestrebt, alles, was er weiß und kann, so einzusetzen, daß Wasser und Brot, Gesundheit und Glück für sein Haus, seine Straße, seine Stadt, sein Dorf, sein Land, sein Europa, sein Afrika, sein Amerika, seine ganze Welt gesichert wäre. Jedermann vergäße, was Neid, Lug, Trug und Gewalt ist, und er müßte weinen, wenn er einem Schwachen nicht helfen könnte.

Märchen? Spinnererei?

Es wird viel manipuliert für Macht und Reichtum, weniger oder gar nicht über Manipulation aller für alle.

Es müßte ein Genie wie Einstein, Ardenne oder Leonardo da Vinci ein „Gut-Gen“ bauen, in Viren einschleusen und für intensive Verbreitung sorgen. Schneller als AIDS, Geflügelpest, Schweinegrippe, käme das Gute über die Menschen der Erde. Freudig und friedlich würde die Welt neu geordnet ...

Edda Winkel

Kein Aprilscherz: der „Parlamentskreis Pferd“

Das im Berliner Reichstag residierende Parlament ist aktuell tierisch gut aufgestellt. Hinterbänkler von CDU und FDP haben nämlich einen „Parlamentskreis Pferd“ ins Leben gerufen. Warum nicht, wenn es in den letzten Reihen auf den blauen Sesseln sonst schon nichts weiter Sinnvolles zu tun gibt. „Verteidigungs“ministerin Ursula von der Leyen ist selbstverständlich auch mit von der Partie. Die Dame braucht schließlich hin und wieder etwas Erholung von ihrer Rüstungs- und Kriegspolitik.

Eine Brücke zwischen Stadt- und Landbevölkerung schlagen zu wollen, das hat sich der „Parlamentskreis Pferd“ auf seine Fahnen geschrieben. Das ist natürlich mit dem Schwein, der Kuh oder

dem Huhn nicht zu machen. Da muß schon ein so edles Tier wie das Pferd gehalten. Und genau das zeigt die Stoßrichtung in diesem Land, wenn man sich der Sorgen von etwa 4,6 Millionen Reitern auf höchster politischer Ebene annimmt. Es ist eben jene Lobby, die in Armut lebenden Kindern und Rentnern, Hartz-IV-Empfängern, einer permanent vom gesellschaftlichen Absturz gefährdeten Mittelschicht, Alleinerziehenden oder auch den Pflegekräften so bitter fehlt.

Und genau gegen diesen Zustand könnte die einstige Arbeiterpartei SPD nun kräftig wettern. Aber nein! Deren Vorsitzende Andrea Nahles mischt im „Parlamentskreis Pferd“ noch kräftig mit. Selbst ihr Genosse Olaf Scholz hat in seinem

Amt als Bundesfinanzminister verkündet, daß die „fetten Jahre“ für die BRD vorbei seien. Im Klartext heißt das nur, daß der nächste Abschwung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unmittelbar bevorsteht. Das scheint seiner Parteichefin aber relativ egal zu sein. Auf dem hohen Roß sitzend, scheint sie verdrängt zu haben, daß manche ihrer einstigen Wähler sich inzwischen nur noch mit zwei oder gar drei Jobs über Wasser halten können. So erwirtschaften die betroffenen Frauen und Männer auch noch das Steuergeld, von dem Nahles ihre Diäten erhält, mit denen sie sich schließlich eben auch ein eigenes Pferd leisten kann.

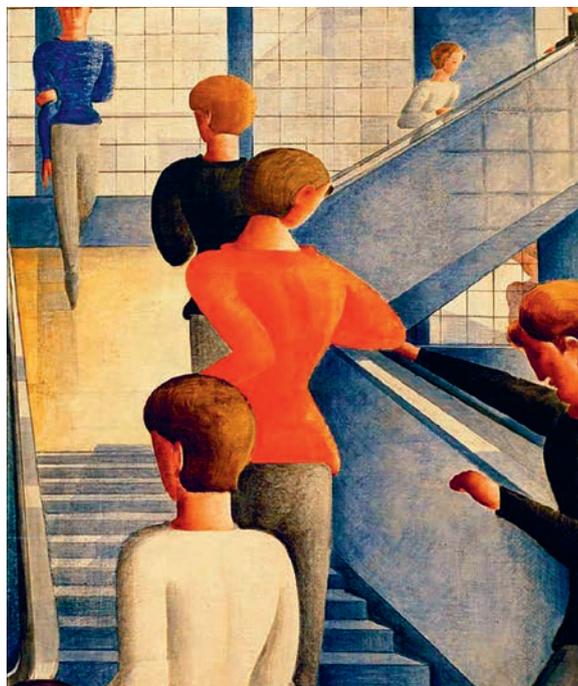
Rico Jalowitzki

Weimar, Dessau, Berlin – 100 Jahre Bauhaus

Eine epochale Innovation in Architektur und Design, in bildender und darstellender Kunst ging ab 1919 von Deutschland aus und entfaltete sich in den darauffolgenden 13 Jahren der Weimarer Republik. Die geistig-ästhetischen Impulse des Bauhauses wirkten und wirken weltweit vorbildhaft und maßgebend. In diesem Jahr wird vielerorts das 100jährige Gründungsjubiläum gefeiert. Museen in Weimar und Dessau, den Wirkungsstätten der Bauhäusler, zeigen sehenswerte Ausstellungen. Die visionären Konzepte der Künstlerinnen und Künstler des Bauhauses sollen darin nachvollziehbar werden. Hinter den damals neuen Lehrmeinungen über die Einheit von Kopf und Hand, Form und Funktion standen sozialistisch inspirierte Ideen von befreiter Arbeit, von menschenwürdigem Wohnen für die Arbeitenden und von deren gerechter Teilhabe an der Kunst.

Bauhaus – das ist heute nicht allein unter Kulturhistorikern ein signalhafter Begriff von umwälzender ästhetisch-künstlerischer Erneuerung, ähnlich wie „Renaissance“ oder „Impressionismus“. Als der Architekt Walter Gropius zusammen mit dem niederländischen Designer Henry Van de Velde in Weimar eine neue Kunstschule gründete, gab er ihr sehr entschieden eine revolutionäre Programmatik: Keine die überkommenen Formen nachahmende Gestaltung mehr, sondern die Funktion bestimme die Form. Damit sei auch der Herstellungsprozeß im Produkt verkörpert – inbegriffen die moderne Weise, mit Maschinen zu fertigen: Statt historisierendem Schnörkelschmuck Klarheit und Sachlichkeit. Ablehnen der entfremdenden Industriefertigung, dafür Besinnung auf den „Schöpfungsakt“, wie ihn die verstandesgeleitete werkzeugführende Menschenhand vollzieht. Die Maschine wird zur Verlängerung der Hand – nicht länger der Mensch zum Maschinenteil! Ein zutiefst humanistisches Ideal hatte 1919 die Gründer des Bauhauses inspiriert: Aufheben der Trennlinien zwischen geistiger und manueller Produktion, zwischen Lehrenden und Lernenden, zwischen Kunst und Handwerk. Das alles artikulierte zugleich scharfe Kritik an den menschenunwürdigen industriekapitalistischen Produktionsverhältnissen. Solcherart Ideengut stand in unmittelbarer Nachbarschaft zu dem der sozialistischen Arbeiterbewegung. Waren es Illusionen? Gropius und Van de Velde hatten für ihr Projekt die Avantgarde der zeitgenössischen Kunst und Architektur gewonnen. Am Weimarer Bauhaus lehrten unter anderen Lyonel Feininger, Oskar Kokoschka, Paul Klee, Oskar Schlemmer, Gerhard Marcks, Wassili Kandinsky. Um ihre Abkehr vom hierarchischen Akademiebetrieb zu betonen, führten sie den Titel Meister statt Professor. Die Studierenden nahmen den Geist der befreiten Gestaltungskraft in sich auf. Im Mittelpunkt der Lehre standen das Bauen und der Bauplatz als ein Ort des Experimentierens mit dem Material. Glas und

Stein, Holz und Metall sowie gewebte Stoffe bildeten die Palette der Materialien. Die jungen Frauen und Männer übten sich in ihrer dreijährigen Ausbildung in Raum-, Farb- und Konstruktionslehre, dazu in strengem Naturstudium.



Als das Bauhaus im April 1919 gegründet wurde, bestand die neue Republik, gleichfalls im provinziellen Weimar aus der Taufe gehoben, gerade drei Monate lang – ein mit konterrevolutionärem Terror tödlich vergiftetes



**Gemälde und Entwurf des Logos:
Oskar Schlemmer**

Beginnen im krisengeschüttelten Nachkriegsdeutschland war das, wie wir heute wissen. Die Arbeiterbewegung war in verhängnisvoll-folgenschwerer Weise gespalten worden: Die junge Kommunistische Partei Deutschlands und die nach rechts gerückte SPD, angeführt von dem nunmehrigen Reichskanzler Friedrich Ebert und dem „Bluthund“ Gustav Noske, trennte fortan ein tiefes Zerwürfnis. Kulturpolitische Klärungsprozesse innerhalb der linkssozialistisch inspirierten Kunstszene gerieten in der Dramatik der wenigen Jahre bis zur Hitlerschen Machtergreifung in den Hintergrund. Dennoch stießen die Bauhäusler innerhalb der gegebenen Freiräume eine

bahnbrechende Erneuerung an. Im Angesicht der sozialen und psychischen Belastungen, mit denen jeder dem Bauhaus-Gedanken Verpflichtete konfrontiert war – ob Lehrer oder Student, ob Publizierender oder Bauender, Malender oder Komponierender –, bedeutete dies neben der künstlerischen auch eine große menschliche Leistung. Nachdem die demagogisch und gewalt-sam auftretende NSDAP im Thüringer Landtag zur Mehrheit gekommen war, nahmen die Anfeindungen und Repressionen gegen die fortschrittlichen Vertreter des Bauhauses zu. Dies betraf vor allem die zahlreichen Künstler jüdischer Herkunft und kommunistischer wie sozialistischer Überzeugung. International geachtete Maler wie Paul Klee sahen sich widerlichen Schmähungen zum Beispiel im Hetzblatt „Der Stürmer“ ausgesetzt. Das Bauhaus zog deshalb 1925 ins sachsen-anhaltinische Dessau um. Ein Bau aus Stahl und Glas, entworfen von Walter Gropius, zeugt bis heute vom Gestaltungswillen der Nutzer, und er demonstriert, daß die Architektur der Moderne in diesen hier ausformulierten konstruktiven Ideen ihre Ursprünge hat. Im Jahr 1930 übernahm Mies van der Rohe die Leitung. Er hatte unter anderem 1926 in Berlin-Friedrichsfelde das Revolutionsdenkmal auf dem Friedhof der Sozialisten geschaffen, das 1935 von den Faschisten vernichtet wurde.

Kulturbarbarei verdunkelte für zwölf Jahre das gesamte Schöpfer-tum des Bauhauses in Deutschland. Die Repräsentanten gerieten unter Verfolgungsdruck, wurden ermordet oder wählten die innere Emigration. Einige konnten auswandern und ihre Laufbahn fortsetzen, zum Beispiel in den kulturellen Zentren der USA oder im damals palästinensischen Tel Aviv.

Die Kunsthochschule in Berlin-Weißensee, eine Gründung nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus, trug als eine der ersten Institutionen den Bauhaus-Gedanken zurück nach Deutschland. 1946 gründeten Kulturschaffende wie der Keramiker Jan Bontjes van Beek und der niederländische Designer und Architekt Mart Stam die neue Lehrereinrichtung. Sie wurde zur Ausbildungsstätte Tausender junger Künstler, Architekten und Formgestalter in der 1949 gegründeten DDR. Der Gedanke der Einheit von baugebundener, angewandter und bildender Kunst beflügelte Absolventinnen und Absolventen bis heute. Ihre kreative Kraft ist verwirklicht in Bauten und Bildern, auf Straßen und Plätzen, in Büchern und Gebrauchsgegenständen.

Wer etwa das „Haus am Horn“ in Weimar besucht, erkennt in dem begehbaren Museum, einem Musterhaus von 1920, bereits die Formensprache der gestalteten Lebenswelt des einundzwanzigsten Jahrhunderts.

Marianne Walz

Buchtipp: Lothar Lang, Das Bauhaus 1919–1933. Idee und Wirklichkeit. Zentralinstitut für Gestaltung, Berlin 1966

Erinnerung an den „Maler mit dem Stern“

Wer war Alfred Frank? Ein Maler und Antifaschist, ein Soldat gegen den Krieg. Die Faschisten ermordeten ihn. Sie vernichteten viele seiner Werke. Was ihrem Zugriff entzogen werden konnte – Selbstporträts, Porträts von Lenin, Liebknecht und Marx, Landschaften, Bilder von der sozialen Not und vom Kampf der Arbeiterklasse – wurde in der DDR gehütet. In diesen Bildern, die als Signum einen kleinen Sowjetstern tragen, Symbol der Zuversicht und des Sieges, ist Alfred Frank lebendig.

Eine Filmerzählung „Der Maler mit dem Stern“ von Ursula und Michael Tschesno-Hell, die unter der Regie von Lothar Dutombé entstand, berichtet von ihm.

„Wenn man die Entwicklung unserer Republik miterlebt, dann denkt man oft an die Genossen, die nicht mehr sind, und dann fühlt man sich verpflichtet, etwas zu tun, daß sie nicht vergessen werden, daß sie weiterleben unter uns. Deshalb schrieb ich die Liebknecht- und Thälmann-Filme, deshalb versuchte ich, gemeinsam mit meiner Frau, mit der Gestalt der Klara Baumann in dem Film ‚Die Mutter und das Schweigen‘ den Müttern und Frauen zu danken, die gegen Faschismus und Krieg kämpften, und deshalb machten wir unseren Film über Alfred Frank“, sagte Michael Tschesno-Hell vor der Erstaussstrahlung am 20. April 1969. „Ohne Menschen wie Liebknecht und Thälmann, wie diese Berliner Arbeiterin und wie dieser Leipziger Künstler wäre unser Leben nicht denkbar.“

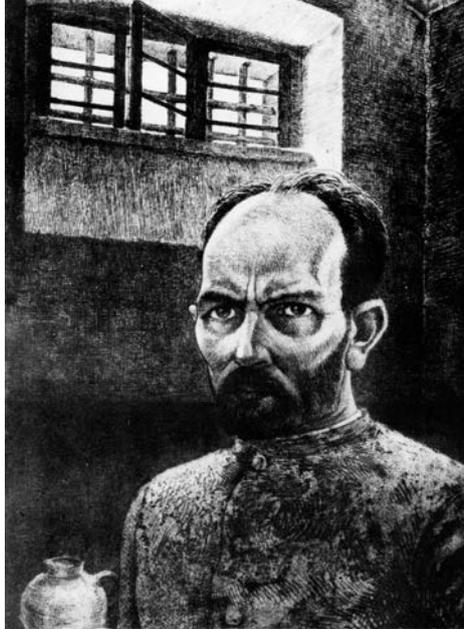
In Gesprächen mit der Lebens- und Kampfgefährtin Gertrud Frank, der zur Zeit der Dreharbeiten Siebzugjährigen, die Folter und Zuchthaus überstand, mit Genossen und Freunden, mit Kollegen und Schülern, aus Tagebuchblättern und Briefen vertiefte und verdichtete sich das Bild eines Mannes, der das Leben liebte und den Tod nicht fürchtete. Ursula und Michael Tschesno-Hell verzichteten in ihrem Film auf eine Spielhandlung. „Alles, was geschieht und gesagt wird, kann man überprüfen, es sind Fakten“, sagen sie. „Vor allem versuchen wir, durch Selbstzeugnisse das ausdrücken zu lassen, was über den Menschen und Künstler Alfred Frank zu sagen ist. Alfred Franks Werke legen Zeugnis ab für ihn. Von ihnen wird auch die zutiefst emotionale Wirkung des Films ausgehen.“

Dennoch wird dieser Film keineswegs ein Film (nur) über bildende Kunst sein. Er wird – so formulierte es Lothar Dutombé – „ein Film sein über die Einheit der Persönlichkeit eines Künstlers. Wir werden in Alfred Frank einem Menschen begegnen, der sein persönliches und politisches Leben in Einklang gebracht hat.“

Frank hat anlässlich einer Ausstellung im Leipziger Kunstverein im Jahre 1923 geschrieben, das Selbstbildnis sei „der beste Schlüssel zur Erkenntnis der psychologischen Beschaffenheit des Künstlers, der klarste Ausdruck seiner Persönlichkeit“.

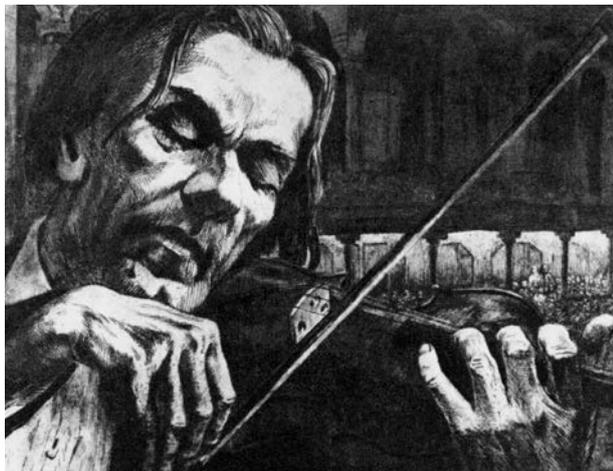
Alfred Franks Selbstbildnisse sind mehr als die Widerspiegelung des eigenen Ichs, es sind Bekenntnisse, Bekenntnisse zu seinem Weg, den er bis zu Ende gegangen ist. Sein 1934

geschaffenes Selbstporträt im Gefängnis ist eine Kampfansage. Es spricht von ungebrochener Entschlossenheit und von der moralischen Überlegenheit des Kommunisten.



Selbstbildnis im Gefängnis (1934)

„Er konnte und wollte sich nicht abfinden mit diesem ‚Man kann nichts tun‘, das die Masse der Deutschen damals schweigen ließ“, erzählt Michael Tschesno-Hell, der den Künstler persönlich gekannt hat. Frank kämpfte nach seiner Freilassung 1934 weiter illegal

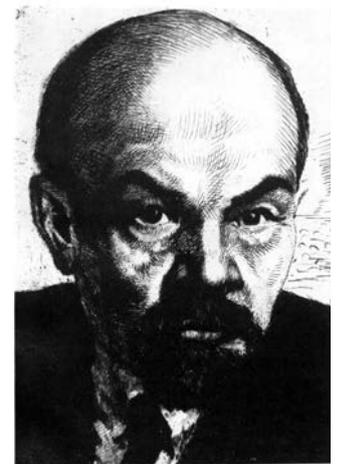


Der rote Geiger (Eduard Soermus; um 1923)

und mit neuen künstlerischen Mitteln. Er schuf Handzettel, gestaltete Schablonen mit antifaschistischen Kampflösungen, und seine revolutionären Graphiken waren in den Straßen Leipzigs zu finden, sogar an den Mauern des Polizeipräsidiums. Die Filmerzählung bringt uns den Künstler und den antifaschistischen Widerstandskämpfer nahe. Sie würde Wesentliches versäumen, wenn sie den Lehrer darüber vergessen würde, denn Alfred Frank war im doppelten Sinne des Wortes ein Menschenbildner. „Er schuf immer für die Menschen, und er lebte mit den Menschen“, erzählt Ursula Tschesno-Hell. „Er leitete Malklassen

der Volkshochschule und sammelte in der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH) junge Leute um sich, fuhr sonntags mit ihnen hinaus in die Umgebung Leipzigs, lehrte sie die Heimat sehen und regte sie an, die Probleme ihres Lebens künstlerisch zu gestalten, denn für ihn war Kunst keine Berufsfrage, sondern ein schöpferischer Prozeß und zum Wesen des Menschen gehörig.“

Alfred Frank wußte, daß sich diese Ganzheit des menschlichen Wesens nur in einer wahrhaft menschlichen, also sozialistischen Gesellschaftsordnung verwirklichen lassen würde. Dafür kämpfte er als Künstler in den Reihen der Kommunistischen Partei. Dieser Kampf ist noch nicht beendet. Er wird überall dort fortgesetzt, wo Menschen sozialer Unterdrückung und geistiger und emotionaler Verkrüppelung ausgesetzt sind. Nicht zuletzt in diesem Sinne ist die Filmerzählung „Alfred Frank – der Maler mit dem Stern“ auch ein heutiger Film. Die Bemühungen des Schöpferkollektivs zielen darauf hin, immer wieder Beziehungspunkte zur Gegenwart zu finden und auf vielschichtige Weise zu gestalten. Dabei werden die verschiedenen künstlerischen Elemente – Bilder, Plastiken, Literatur, Musik und filmische Dokumentationen – miteinander verschmolzen zu einer emotionalen Bilderzählung. Alfred Franks Impressionen vom damaligen Leipzig werden Szenen aus der sozialistischen Handelsmetropole Ende der 60er Jahre gegenübergestellt. Aus den Augen der Kinder armer Leute, welche Alfred Frank zeichnete, spricht die gleiche Not wie aus den Augen vietnamesischer Kinder zur



Lenin (um 1920) Radierung

Zeit der US-Aggression, und wenn in diesem Film Musik von Mikis Theodorakis erklingt, auch dann gehen Vergangenheit und Gegenwart ineinander über.

Geboren wurde Alfred Frank vor 135 Jahren (am 28. Mai 1884) – ermordet wurde er nach einem Urteil des NS-Volksgerichtshofs am 12. Januar 1945.

Gestützt auf einen Beitrag von Ilse Jung

Buchtipp: Alfred Frank – Der Maler mit dem Stern. Nach dem gleichnamigen Fernsehfilm über den Maler und Graphiker. Henschelverlag, Berlin 1971, 112 S., zahlr. Abb.

Erinnerung an einen „Verdienten Lehrer des Volkes“

Ernst Wildangel wurde am 22. Januar 1891 in eine katholische Kaufmannsfamilie geboren. Von 1910 bis 1914 studierte er Neu-philologie in Münster, Bonn und Greifswald. Er nahm als Offizier am Ersten Weltkrieg teil und erhielt das Eiserne Kreuz I. Klasse. Nach seinem Staatsexamen 1919 arbeitete er als Gymnasiallehrer. Von 1919 bis 1923 war er



als Vorsitzender der Zentrums-Partei in Mönchengladbach tätig.

1924 brach er mit der Zentrums-Partei und mit der katholischen Kirche und trat in die SPD ein. Als Oberstudienrat war er in Oberhausen, Moers, Wuppertal und Berlin tätig. 1920 wurde er wegen seiner publizistischen Arbeiten vom Schuldienst suspendiert und erhielt 1930 vom sozialdemokratischen Unterrichtsminister Preußens ein Publikationsverbot. 1930 trat er in die KPD ein. Nach dem Ausüben verschiedener Nebenjobs, unter anderem als Fotograf, nahm Wildangel 1931 eine Lehrtätigkeit an der reformpädagogisch orientierten, von Fritz Karsen geleiteten Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln auf. Wildangel floh im März 1933 kurz vor der drohenden Festnahme durch die Faschisten nach Paris, wo er mit anderen deutschen Emigranten in Kontakt stand. Nach der Besetzung durch deutsche Truppen floh er aus Paris ins unbesetzte Südfrankreich, wo er unter dem Decknamen Pierre Delorme französische Partisanen unter anderem bei der Erstellung von Fotos für gefälschte Ausweise unterstützte. Nachdem die Wehrmacht auch Südfrankreich besetzte, wurde er am 5. Mai 1944 in Toulouse von der SS verhaftet und war bis Mai 1945 unter anderem im Gestapo-Lager Neue Bremm und im Gestapogefängnis Berlin Alexanderplatz inhaftiert. Im Mai 1945 wurde Ernst Wildangel mit dem Neuaufbau des Schulwesens und der

Lehrerausbildung beauftragt. Er arbeitete mit Paul Oestreich und Max Kreuziger zusammen für die Ausarbeitung und Durchsetzung des Berliner Einheitsschulgesetzes. Ab Juni 1945 war er Leiter der Abteilung Lehrerbildung im Hauptschulamt beim Magistrat von Berlin, ab September 1945 Leiter des Hauptschulamts. Im August 1948 wurde er Stadtschulrat von (Groß-)Berlin. Nach der von den Westmächten im Verein mit der CDU-, LDP- und SPD-Führung vollzogenen Spaltung Berlins Ende 1948 blieb er bis zu seinem Tod am 6. April 1951 Stadtschulrat von Berlin.

Am 12. April 1951 wurde Wildangel bei einem Ehrenbegräbnis, dem 30 000 Menschen beiwohnten, in der Grabanlage Pergolenweg in der Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde beigesetzt. Nach Wildangel wurde in der Hauptstadt der DDR die „Ernst-Wildangel-Oberschule“ benannt. 1991/92 wurde dieser Name eliminiert – durch Zusammenlegung mit der Erweiterten Oberschule (EOS) „Max Planck“ entstand das Max-Planck-Gymnasium ...

RF-Archiv

Ich kenne Ernst Wildangel seit seiner Tätigkeit an der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln.

Ernst Wildangel unterrichtete besonders gern und mit Erfolg in den höheren Klassen die Fächer Deutsch, Geschichte und Französisch. Er widmete sich vor allem den Teilnehmern der Arbeiter-Abiturienten-Kurse. Teilnehmer dieser Kurse und andere antifaschistisch eingestellte junge Menschen hatte er in zwei Gruppen zusammengefasst, um mit ihnen in seiner Wohnung Fragen der Politik, Probleme aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der marxistischen Philosophie und der politischen Ökonomie zu diskutieren. An der Karl-Marx-Schule gab es im Anfang des Jahres 1933 eine größere Gruppe des „Nationalsozialistischen Schülerbundes“. Diese Gruppe terrorisierte jüdische Schüler. Ernst Wildangel trat den Übergriffen mutig entgegen. Dadurch wurde er den nazistisch eingestellten Schülern besonders verhaßt.

In Frankreich arbeitete ich an einer von Ernst Wildangel geleiteten Schule, die hauptsächlich von Kindern deutscher Emigranten besucht wurde.

Lilo Hardel

(Strausberg, 5. Mai 1962)

Ernst Wildangel kam von der Weimarer Reformpädagogik und hatte sich bereits unter Fritz Karsen in dessen Neuköllner Karl-Marx-Schule die ersten Sporen verdient. In der Nazizeit nutzte er einen längeren Parisaufenthalt, um als Professor N. zusammen mit dem bereits emigrierten Schriftsteller Maximilian Scheer 1937 die entlarvende Schrift „L'ecole hitlérienne et l'étranger“ herauszugeben. Nach 1945 war er der entschiedenste Verfechter des progressiven demokratischen Einheitsschulgesetzes, das schließlich am 13. 11. 1947 in der Berliner Stadtverordnetenversammlung mit überwältigender Mehrheit

angenommen wurde. Sein Standvermögen war beeindruckend: Schwierigkeiten umging er nicht, sondern nahm sie am liebsten frontal an; abweichende Meinungen hatten nur dann eine Chance, wenn sie mit der ihm adäquaten Entschiedenheit verfochten wurden. Kurz und gut, er war ein ganzer Kerl, eine beeindruckende Persönlichkeit. Sein bevorzugter Arbeitsplatz war nicht der Schreibtisch; er studierte die Probleme immer vor Ort, in der Praxis. Dazu brauchte er Begleiter, mit denen er sich beriet; sie mußten neben erwiesener pädagogischer Begabung eine bestimmte Fachkompetenz besitzen, über die er selbst als Neuphilologe nur in Grenzen verfügte. So sah der zweifellos interessanteste Teil meiner Tätigkeit als Fachschulrat für Geschichte aus. Wenn er als Hospitant auf schwache Leistungen eines Fachlehrers stieß, hatte der Fachschulrat zu demonstrieren, wie es besser laufen könnte. Wildangels Anerkennung für eine solche Leistung blieb immer wortkarg, aber sie besaß großes Gewicht. ...

Ich betrachtete es als ein persönliches Unglück, daß dieser ungestüme und mitreißende Mann, ganze 61 Jahre alt, nach kurzem Krankenhausaufenthalt am 6. April 1951 plötzlich verstarb.

Heinrich Scheel

(Aus: Autobiographische Aufzeichnungen)

Literaturempfehlungen:

- Otto Winzer / Ernst Wildangel: Ein Jahr Neuaufbau des Berliner Schulwesens. Bericht von der Konferenz der Lehrer an den öffentlichen Schulen der Stadt Berlin, 2. September 1946. Verlag Das Neue Berlin, Berlin 1946
- Friedrich Kindel: Ernst Wildangels Kampf für die demokratische Umgestaltung des Berliner Schulwesens. Greifswald (Diss.) 1963



Vor 70 Jahren: Die erste Verfassung der DDR

Stalin hatte 1936 seine Auffassung vom Unterschied zwischen Verfassung und Parteiprogramm erläutert; danach sollte die Verfassung ein „Fazit bereits erzielter Errungenschaften“ ziehen, „Registrierung des Erreichten“ sein, während das Parteiprogramm auf Aufgabenstellung und wissenschaftlich begründete Zukunftsprognose ausgerichtet sei. In den Grundsatzdiskussionen des Verfassungsausschusses des Deutschen Volksrates am 11. Mai und am 6. Juli 1948 geschah nun etwas Merkwürdiges: Otto Grotewohl, Karl Steinhoff, Karl Polak, Peter Alfons Steiniger, Vertreter der revolutionären Arbeiterbewegung in diesem Ausschuss also, distanzieren sich von dieser Stalinschen Auffassung, während sich Exponenten bürgerlicher Kreise, wie Georg Dertinger (CDU), darauf beriefen – und das sogar expressis verbis! Verkehrte Welt, oder doch nicht?

Die historische Situation, in der der Verfassungsausschuss sein Werk zu vollbringen hatte, war durch scharfe Widersprüche und eine krasse Verschärfung der internationalen Situation gekennzeichnet: Die alliierte Kooperationsphase war durch den kalten Krieg abgelöst worden, entfesselt von den herrschenden Kreisen der Westmächte, insbesondere der USA. Deutschland wurde zu seinem ersten Hauptkampfgebiet. Die alliierte Vier-Mächte-Verwaltung zerbrach, die Westmächte führten eine separate Währungsreform durch, nahmen Kurs auf die Schaffung eines westzonalen deutschen Staates, organisierten die Luftbrückenaktion nach Westberlin.

Entgegen den Erklärungen Roosevelts in Jalta, daß die USA-Truppen höchstens zwei Jahre in Deutschland bleiben könnten, nahm die Truman-Administration Kurs auf eine dauernde militärische Präsenz auf deutschem Boden, mit antisowjetischer Ausrichtung. Auf der anderen Seite bildete sich um die Sowjetunion ein Weltlager des Friedens und Fortschritts heraus, ein Weltsystem sozialistischer Staaten. Das alles veränderte die Situation in und um Deutschland, verschärfte die gesellschaftlich-politischen Polarisierungsprozesse zwischen den Westzonen einerseits und der sowjetischen Besatzungszone andererseits.

Die Erfolge der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung im Osten Deutschlands waren bahnbrechend, blieben jedoch auf die sowjetische Besatzungszone begrenzt, in den Westzonen Deutschlands schritt der restaurative Prozeß voran und erfaßte auch Westberlin. Dennoch, die Westmächte und die restaurativen deutschen Kräfte fühlten sich noch keineswegs sicher, fürchteten, wie es in einer internen Studie des State Departments hieß, nach wie vor mögliche Auswirkungen „der weitreichenden sozialen und ökonomischen Veränderungen“ in der Ostzone auf die Westzonen, „wo die Idee der Nationalisierung in den arbeitenden Klassen immer populärer wird“. Und man fürchtete, daß die Vertreter der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung oder, wie sie es nannten, die „prosovietischen Kräfte ... sicherlich sogar in der Macht verbleiben würden, wenn schließlich eine zentrale deutsche Verwaltung und Regierung geschaffen würden“.

Dies hätte natürlich alle imperialistischen Kriegspaktpläne, in die man die Westzonen Deutschlands so oder anders einbeziehen wollte und, der aggressiven strategischen Konzeption entsprechend, auch mußte, gefährdet –



Entwurf der Verfassung (Mai 1949)



Dietz-Verlag, Berlin 1968

deshalb Kurs auf die Zerreißung Deutschlands. Und genau dagegen suchte die auf die Sicherung des Friedens auf deutschem Boden, auf die Errichtung eines demokratischen, fortschrittlichen deutschen Friedensstaates zielende Volkskongreßbewegung alle Kräfte des deutschen Volkes zu mobilisieren. Eine Illusion? Sicher waren, nüchtern betrachtet, die Chancen für einen vollen Erfolg dieses Kampfes nicht so groß, wie es viele damals glaubten und wie es wünschenswert war. Aber man beachte die großen Anstrengungen, die die Gegenseite unternahm, um den Einfluß der Volkskongreßbewegung abzublocken, die Mühen, die sie hatte, ihre eigenen Pläne zu verwirklichen, den Zeitverlust hierbei und die Umwege, die sie gehen mußte.

Unter den gegebenen Umständen war die Aufgabe, vor der sich der Verfassungsausschuss beziehungsweise der Deutsche Volksrat gestellt sah, außerordentlich kompliziert und in gewisser Weise einmalig. Es mußte eine Verfassung

geschaffen werden, die von den antifaschistisch-demokratischen Errungenschaften Ostdeutschlands ausging, die Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses ermöglichte und zugleich westzonale Entwicklungsbedingungen berücksichtigte, eine Verfassung, die für beide möglichen Alternativen einer künftigen Entwicklung nutzbar war: für die Bildung eines deutschen demokratischen Friedensstaates durch Vereinigung aller vier Besatzungszonen oder für die Schaffung einer Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone als Antwort auf die Bildung eines westzonalen Staates.

Für die Lösung dieser Aufgabe gab es kein Patentrezept. Eine große schöpferische Arbeit mußte geleistet werden, bei der es viele kontroverse Diskussionen gab und Kompromisse geschlossen werden mußten. „Keine Partei“, stellte Karl Schuhes als Berichterstatter eines Unterausschusses fest, „wird ihr Programm vollständig verwirklicht finden.“ Dennoch gelang es der SED, in den entscheidenden Grundsätzen ihren Standpunkt durchzusetzen, so hinsichtlich des Prinzips der Volkssouveränität gegenüber dem der bürgerlichen Gewaltenteilung und der Forderung, daß die Verfassung nicht (nur) das Erreichte festzuschreiben habe, sondern daß sie auch „gewisse Prinzipien, die bei uns noch herrschend sind, negieren und andere Prinzipien, die noch nicht in gleicher Weise herrschend sind, weiter emporheben“ müsse (Polak).

Verfassungsausschuss und Volksrat konnten den Zeitpunkt für die Ausarbeitung der Verfassung nicht frei, nach den Notwendigkeiten der Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone bestimmen. Anders als in den Ländern, wo eine volksdemokratische Verfassung bereits die Macht der Arbeiterklasse und den Übergang zum sozialistischen Aufbau reflektierte, war dies in der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik unter den gegebenen Bedingungen noch nicht möglich. Wenn es trotzdem gelang, den gesellschaftlichen Fortschritt als Verfassungsprinzip zu verankern und damit eine verfassungsgemäße Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses in seine sozialistische Etappe zu ermöglichen, was von der Partei der revolutionären Arbeiterbewegung erstrebt, von breiteren bürgerlichen Kreisen jedoch zunächst noch strikt abgelehnt wurde, dann verdient das, als eine bedeutende verfassungsschöpferische Leistung hervorgehoben zu werden.

Diese Verfassung, die vom Volksrat Anfang 1949 der Öffentlichkeit zu einer umfassenden Diskussion unterbreitet und vom 3. Deutschen Volkskongreß im Mai 1949 verabschiedet wurde, konnte so (und auch auf dem Wege einer Reihe von späteren Änderungen und Ergänzungen), nachdem mit der Schaffung der westzonalen Bundesrepublik die Zerreißung Deutschlands Wirklichkeit geworden war, zur Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, zur ersten Verfassung des sozialistischen Arbeiter- und Bauern-Staates, werden.

Rolf Badstübner

(Aus „Weltbühne“, RF-Archiv)

Wie sozial war die DDR tatsächlich?

Die DDR war ein sehr sozialer Staat. Man sprach im Zusammenhang mit den Sozialleistungen auch gerne von der sogenannten zweiten Lohntüte, deren Inhalt oft so groß war wie die ausgezahlten Gehälter der Arbeiter und Angestellten.

Ziel des sozialpolitischen Programms war die „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage des ständigen Wachstums von Produktion und Produktivität“. Als sein Kernstück galt das auf dem VIII. Parteitag beschlossene Wohnungsbauprogramm von 1973. Geplant war, bis 1990 dreieinhalb Millionen neue Wohnungen zu bauen. Damit hatten sich für 50 % der Bürger die Wohnbedingungen entscheidend verbessert. Die dreimillionste Wohnung wurde am 12. Oktober 1988 in Berlin-Marzahn übergeben.

Bei den Produkten des Grundbedarfes (Grundnahrungsmittel, Mieten, bestimmte Textilien, Kinderkleidung) blieben die Preise stabil. Diese Bereiche waren stark subventioniert. So lagen die Bruttomieten für eine fernbeheizte Wohnung zwischen 30 und 130 Mark (0,80 bis 1,20 M/qm), das waren nicht einmal 5 % des Familieneinkommens. Heute beträgt der durchschnittliche Mietanteil 30 % und mehr des Familienbudgets.

Das staatliche Gesundheitswesen war für die Nutzer vollkommen kostenlos. Der Patient war nicht Ausbeutungsobjekt, sondern Ziel der ärztlichen Kunst. Ärzte und Apotheker wurden durch den Staat bezahlt und hatten nicht die Möglichkeit, durch zusätzliche, mitunter zweifelhafte Leistungen weiteres Einkommen zu generieren. Das Gehalt der Ärzte orientierte sich an den Entgelten der anderen akademischen Berufe. Das staatliche Gesundheitswesen war effizient und flächendeckend strukturiert, insbesondere was die Polykliniken als zentrale Behandlungsorte für die Patienten betrifft. Dabei soll nicht übersehen werden, daß aufgrund fehlender Mittel nicht immer die modernste Technik vor Ort vorhanden war. Die Ärzte waren universitär gut ausgebildet. Der Einsatz erfolgte dort, anders als heute, wo sie benötigt wurden, was auch legitim ist, da das kostenintensive Studium durch das Gemeinwesen getragen wurde.

Es existierte ein Recht auf Arbeit. In der DDR war man faktisch unkündbar. Das galt unabhängig davon, ob es Krisen oder Absatzprobleme für die produzierten Güter gab. Heute wird man in diesem Fall entlassen. Dieses Recht und die Bedingungen, unter denen die Arbeit geleistet werden mußte, waren im Arbeitsgesetzbuch aus dem Jahr 1977 festgeschrieben.

Einen weiteren Schwerpunkt im Sozialprogramm der DDR bildete die Gleichberechtigung der Frauen. Oft hört man, die Frauen *mußten* ja arbeiten, da die Löhne in der DDR generell so niedrig waren. Sicherlich war es für die finanzielle Situation der Familien hilfreich, wenn die Ehefrau ihren Verdienst einbringen konnte. Im Sinne der Gleichberechtigung und der persönlichen Unabhängigkeit war die Berufstätigkeit der Frauen ein enormer historischer Fortschritt. Mit einer Beschäftigungsrate von

etwa 90 % der Frauen bezog die DDR einen Spitzenplatz in der Welt. Um dieses Ergebnis zu erreichen, mußten durch den Staat Voraussetzungen geschaffen werden. Wichtig war dabei das gesellschaftliche Bewußtsein, das eine Diskriminierung der Frauen ausschloß und die althergebrachte Rollenverteilung zwischen Mann und Frau zunehmend aufhob. Des weiteren gab es gesetzliche Grundlagen, die Müttern nach der Geburt eines Kindes den Arbeitsplatz sicherten. Der Ausbau eines umfassenden Systems der Kinderbetreuung war ein wichtiges Anliegen des Staates. Das Prinzip „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ war nach geltender Arbeitsgesetzgebung eintragbar. So heißt es im § 2 (3) des Arbeitsgesetzes der DDR: „Das Arbeitsrecht trägt zur konsequenten Verwirklichung des Prinzips ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung‘ bei. Es sichert, daß den Werk-tätigen Löhne nach Qualität und Quantität der Arbeit gezahlt werden und daß Mann und Frau, Erwachsene und Jugendliche bei gleichen Arbeitsleistungen gleichen Lohn erhalten.“



Besonders gefördert wurden junge Familien. So gab es für sie die Möglichkeit, nach der Eheschließung einen zinslosen Kredit in Höhe von 5000 Mark aufzunehmen. Bei der Geburt von Kindern wurden beim ersten Kind 1000 M, beim zweiten Kind 1500 M und beim dritten Kind 2000 M erlassen. Zusätzlich erhielten die Familien bei der Geburt eines Kindes 1000 M. Und, das sollte man auch nicht vergessen, es gab einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergarten- und Krippenplatz. Die Kosten für den Aufenthalt der Kinder betragen in der Krippe ca. 30 M und in der Kinderkrippe ca. 12 M im Monat.

Es gab auch das sogenannte Babyjahr, d. h., die Mütter hatten das Recht, nach der Geburt des Kindes ein Jahr zu Hause zu bleiben. In diesem Fall erhielten sie 80 % ihres Bruttogehaltes. Keine Mutter brauchte im übrigen Angst zu haben, daß sie den Arbeitsplatz verliert. Dieser war ihr gesetzlich gesichert, und hinzu kam, daß ein Elternteil bei der Erkrankung des Kindes eine bezahlte Freistellung bekam. Soziale Errungenschaften, die sich erst jetzt, fast 30 Jahre später, langsam in der BRD durchsetzen.

Für junge Menschen waren Ausbildung und Studium komplett kostenlos. Zusätzlich

erhielten sie ein Stipendium, welches die Grundbedürfnisse abdeckte.

Unbedingt zu erwähnen ist noch die preiswerte Feriengestaltung für Kinder in Ferienlagern: 12 Mark pro Kind oder die Urlaubsaufenthalte in Ferienheimen für Arbeiter und Angestellte: 50 M pro Erwachsenen. Nicht zu vergessen die umfangreichen Subventionierungen der Artikel und Leistungen des Grundbedarfes (Grundnahrungsmittel, öffentliche Verkehrsmittel, Schulspeisung, Betriebskantinenessen, Fernwärme, Strom, Kultur), Solidaritätsleistungen auch für Nicht-DDR-Bürger.

Ein besonders sensibler Bereich des Sozialprogramms war die Absicherung der älteren Menschen, der Rentner. In diesem Zusammenhang wird von den heute Herrschenden regelmäßig von Altersarmut in der DDR gesprochen. Lassen wir auch hier die Fakten sprechen! Es stimmt, daß für einen nicht geringen Teil der älteren Menschen die Renten nicht üppig waren. Erst die Gegenüberstellung der Rentenzahlungen mit der im Alter üblichen Verbrauchsstruktur und den Kosten läßt eine realistische Aussage zur Auskömmlichkeit zu.

Wie sah die Altersversorgung in der DDR tatsächlich aus? Die Finanzierung der Sozialversicherung erfolgte zum geringen Teil aus Beiträgen der Versicherten und zum größten Teil aus dem Staatshaushalt. Die Beiträge zur Versicherung betragen 10 % des Einkommens, höchstens 60 Mark (Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung). Aus diesen Beiträgen ergab sich Ende der 80er Jahre eine Mindestrente von 330 M und bei längerfristig Versicherten eine Rente von über 500 M. Zusätzlich zu dieser Grundversorgung bestand die Möglichkeit, bei einem Einkommen über 600 M, der freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FRZ) beizutreten, bzw. ein Teil der Beschäftigten gehörte einem der Sonderversorgungssysteme an (Intelligenz, Lehrer, Künstler, Bahn, Post, Parteien, bewaffnete Organe). Diese zusätzlichen Rentenzahlungen betrafen etwa 80 % der Altersrentner, die nach 1980 eine Rente bezogen.

Dieses beeindruckende Programm, welches weltweit einmalig gewesen sein dürfte, war natürlich nicht zum Nulltarif zu haben und führte auf einzelnen Gebieten zu nicht unerheblichen Disproportionen. So erfolgte z. B. der umfangreiche Neubau preiswerter Wohnungen zu Lasten der notwendigen Sanierungen der Innenstädte, es fehlten die Mittel für die Ausstattung des Gesundheitswesens mit modernster Technik, der Ausbau und die Instandsetzung der Infrastruktur konnte nicht im notwendigen Umfang realisiert werden. Die umfangreichen Subventionen wurden durch einen kleinen Teil der Bevölkerung zweckentfremdet genutzt. Die sozialpolitischen Maßnahmen führten zu ungeplanten erhöhten Ausgaben im konsumtiven Bereich zu Lasten der Modernisierung des produzierenden Bereiches.

Wir sehen, daß es sich beim Sozialsystem der DDR insgesamt um ein sehr anspruchsvolles Unterfangen handelte. **Andreas Wenzel**

Die Heinrich-Mann-Bibliothek Strausberg

Die Strausberger Volksbücherei wurde 1951 in Heinrich-Mann-Bibliothek umbenannt. Diese Namensverleihung und das Erinnern an den großen humanistischen Romancier Heinrich Mann ist heute wichtiger denn je.

Heinrich Mann, Schriftsteller, bedeutender bürgerlicher kritischer Realist, geboren am 27. März 1871 in Lübeck, gestorben am 12. März 1950 in Santa Monica (Kalifornien), im demokratischen Berlin beigesetzt, entstammte einer alteingesessenen Lübecker Bürgerfamilie. Nach Absolvierung des Gymnasiums wurde Mann Buchhändlerlehrling in Dresden und Verlagsangestellter bei S. Fischer in Berlin.

Er setzte sich als unermüdlicher Publizist und seit 1930 als Präsident der Sektion Dichtkunst der Preussischen Akademie der Künste für eine humanistische Kulturpolitik ein. Seine Stimme erhob er gegen wiedererstehenden Militarismus, chauvinistische Gewaltpolitik und faschistische Barbarei. Manns Werk wurde von den Faschisten verboten und verbrannt. Er emigrierte 1933 über Prag nach Frankreich und später nach Kalifornien. Unübertroffen in der Bloßstellung des wilhelminischen Spießbürgers ist sein Hauptwerk „Der Untertan“ (1912/14). Mit Mitteln der Groteske, Satire und Karikatur wird die gefährliche Machtgebärde der junkerlich-kapitalistischen Gesellschaft im frühen Imperialismus zeitig gebrandmarkt. Mit dem

„Untertan“ wurde Mann zum Warner seines Volkes und griff mit dem preußisch-deutschen Militarismus und Chauvinismus den Faschismus an seiner Wurzel an.

So ist auch sein Appell an die Deutschen nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus bedeutungsvoll. Der aufrechte Demokrat und konsequente Kriegsgegner wandte sich am Tag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 in einem Aufruf „An das Volk von Berlin“ (siehe im vorliegenden RF S. 14). Dort warnte er davor, sich bei der Frage nach der Schuld nur auf den „abgehauenen Lumpen Hitler“ zu konzentrieren.

„Vor allem bedankt Euch bei seinen Geldgebern, die ihn und seinen entsetzlichen Unfug über Euch gebracht haben! Ruht nicht, bis der letzte von ihnen verschwunden und unschädlich ist, wenigstens soweit sie in Deutschland sitzen!“

Er forderte Gründlichkeit beim Ausmisten, das er eine Revolution nannte. „Den großen Generalstab abschaffen? Richtig, ... Die Junker entmachten? Richtig, ... Die Industriellen und Finanzleute sind der Feind, den Ihr schlagen sollt. Das könnt nur Ihr selbst. Versagt Ihr, kann auch kein fremder Sieger helfen. Ruht nicht, bis alle lebenswichtigen Unternehmungen übergegangen sind aus der Privathand in die öffentliche! Solange noch eine der großen Industrien individualistisch betrieben wird, drohen Euch Rechtlosigkeit und Gewalt wie je.“

In der DDR hatte man seine das Gewissen aufrüttelnde Rede beherzigt, heute ist sie von vielen vergessen. Doch die Strausberger Stadtbibliothek kann stolz sein auf solch einen Namensgeber!

H. P.



Umschlagzeichnung: George Grosz

Das Kulturhaus Martin Andersen Nexö in Rüdersdorf

Der Oktober kam in Rüdersdorf wie jedes Jahr mit den üblichen Winden. Der Kalkstaub verteilte sich, einer Dunstglocke gleich, auf alles, was in seinem Einzugsbereich lag. Auf dem Hasenberg war der kalkhaltige Staubniederschlag geringer, und genau hier wurde ab 1954 ein Kulturhaus erbaut, das am 12. Oktober 1956 mit einer Festveranstaltung eröffnete.

Diesem Ereignis ging ein Besuch des 1. Sekretärs des ZK der SED Walter Ulbricht am 6. September 1953 voraus. Dabei hatte Ulbricht den Zementwerkern versprochen, daß sie bald ein eigenes Kulturhaus erhalten. Der Architekt Emil Leibold fertigte Entwürfe an. Das Modell des künftigen Rüdersdorfer Kulturhauses wurde dann in allen Abteilungen des Zementwerkes ausgestellt, und Werk tätige sagten ihre Meinung dazu. Ab Frühjahr 1954 mußte Baufreiheit geschaffen werden, denn der zu dieser Zeit unbebaute Hasenberg war mit einem undurchdringlichen Dornengebüsch bewachsen. Es erfolgte der Aushub des Fundaments und am 15. Juli 1954 die Grundsteinlegung. Viele Rüdersdorfer – unter ihnen auch der damalige Werkdirektor Ernst Reißmann – beteiligten sich

an freiwilligen Arbeitseinsätzen. Allein 350 000 Ziegelsteine wurden in das Fundament verbaut.

27 Monate später öffnete der repräsentative Kulturpalast, der den offiziellen Namen „Martin Andersen Nexö“ und den Spitznamen „Akropolis“ erhielt.

Nicht zu Unrecht, denn das Rüdersdorfer Kulturhaus ist mit seinen Pilastern, Kapitellen und Friesen ein „gebautes Denkmal“, dessen historische und baukünstlerische Bedeutung für die DDR-Architektur der 50er Jahre ebenso unumstritten ist wie seine städtebaulich dominante Wirkung. Zudem war es mit einer Gesamtnutzungsfläche von 2500 Quadratmetern eines der größten Kulturhäuser der DDR.

Kurt Groll leitete das Haus von 1956 bis 1959. Er erinnerte sich an die Eröffnung: „Es war ein feierlicher, historischer Augenblick, als das Werksorchester ‚Weihe des Hauses‘ von Beethoven spielte. Ein prominenter Schriftsteller hielt übrigens die Festrede: Willi Bredel. Unter den Ehrengästen weilte auch die Witwe des Schriftstellers Martin Andersen Nexö, dessen Namen unser Kulturhaus trägt. Sie gab die Zustimmung zur Namensgebung.“

Martin Andersen Nexö (1869–1954) der legendäre dänische Dichter, mit dessen Namen sich für Leser in aller Welt die Romane „Pelle der Eroberer“ und „Ditte Menschenkind“ sowie zahlreiche meisterhafte Erzählungen verbinden, zählte in der DDR zu den populärsten Schriftstellern. In hohen Auflagen wurden seine Bücher publiziert. Die Universitäten Greifswald und Leipzig verliehen ihm die Ehrendoktorwürde. Die Stadt Dresden kürte ihn zu ihrem Ehrenbürger. Schulen, Institutionen und Einrichtungen rechneten es sich zur Ehre an, seinen Namen tragen zu dürfen. So auch das Rüdersdorfer Kulturhaus.

Im Oktober 1956 erfolgte der festliche Einweihungsakt. Seither sind über 60 Jahre vergangen. Mit der Übernahme aller Immobilien der VEB Zementwerke Rüdersdorf durch die Readymix Zement GmbH erhielt auch das Kulturhaus diesen neuen Eigentümer. Gewinn war aber mit dem Kulturtempel nicht zu machen, so daß am 20. September 1994 das Haus als „Schenkung“ ins Eigentum der Gemeinde übergang. Seit 26 Jahren hängt das Haus nun am finanziellen Tropf, und nur dank des Fördervereins und vieler

Sponsoren konnte zum 50. Jubiläum im großen Saal neues Parkett gelegt werden. Martin Andersen Nexö stammte aus ärmsten Verhältnissen, arbeitete als Bauernknecht, Steinbrucharbeiter, Schuhmacher und schließlich als Maurerhandlanger. Während dieser Zeit besuchte er die Volkshochschule, anschließend einen einjährigen Kurs an der Lehrerbildung in Kopenhagen, um dann Lehrer in einem Vorort Kopenhagens zu werden. 1898 erschien sein erstes Buch mit Novellen. „Ich fing an zu schreiben“, so sagt Nexö über sich selbst, „um Luft zu kriegen, um über mein Los zu schimpfen, um ein bißchen Ellenbogenraum für mein Wesen zu bekommen. Ich hatte nichts dagegen, so zu schreiben, daß die guten braven Bürger

dadurch ihren Appetit und ihren Nachtschlaf verloren.“ Noch vor dem Ersten Weltkrieg glückte ihm sein großer Coup: „Pelle der Eroberer“. Nexö schildert die Arbeiter nicht aus der Sicht des bürgerlichen Intellektuellen, nicht als Objekte des Mitleids und Mitgeföhls. Er stellt Pelle von Anfang an als Eroberer dar, der sich als Pionier der Arbeiterbewegung und Streikführer profiliert. Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse führen zurück zu den Romanen „Pelle der Eroberer“ und „Ditte Menschenkind“. Obwohl Thomas Mann den proletarischen Dichter „den Stolz Dänemarks und ganz Europas moralischer Besitz“ nannte, sind seine Bücher in den meisten Büchereien verschwunden. Dabei könnten sie helfen, die

Menschen aufzurichten und geistige Trägheit zu beseitigen.

Dies würde auch dazu beitragen, die Kulturhaus-Kosten aufzubringen, denn die 400 000 Euro Zuschuß der Gemeinde pro Jahr reichen nicht. Eine GmbH versucht, den Status Kulturhaus zu erhalten, und kämpft um seinen Fortbestand.

Insofern paßt kein Name besser zu diesem Haus als „Martin Andersen Nexö“, das in seinem mächtigen Baustil und dem Leben, was sich in ihm abspielt, dem Stil des Dichters entspricht sowie seiner Lebensauffassung, die Menschen zum Nachdenken anzuregen, sie zu bewegen, ihnen Freude und Entspannung zu bringen.

Heinz Pocher
Strausberg

„Sie werden den Sieg über uns voll auskosten“ Zum 27. Todestag von Gerhard Riege

Vor 27 Jahren, am 15. Februar 1992, nahm sich der Thüringer PDS-Bundestagsabgeordnete Gerhard Riege in seinem Garten in Geunitz das Leben. Ein paar Tage vorher hatte die Bundestagsgruppe seiner Partei per Presseerklärung mitgeteilt, daß Riege, damals ein junger Dozent an der Universität Jena, von 1954 bis 1960 als Informant für das Ministerium für Staatssicherheit tätig gewesen war. Herausgefunden hatte man das im Zuge einer freiwilligen Überprüfung der 15 Abgeordneten durch die Gauck-Behörde, an der sich auch Riege beteiligt hatte. Abgeordnete von CDU und CSU hatten ihn schon vorher im Plenum als „Stasi-Heini“ angepöbelt, nun distanzieren sich auch Mitglieder des Thüringer Landesverbandes der PDS von ihm. Bei einer Sitzung des Landesvorstandes in Erfurt am Tag vor seinem Tod wurde Riege von anpassungsbeflissenen Genossen abgekanzelt; er soll als gebrochener Mann nach Jena zurückgekehrt sein.

Der „Stasi“-Vorwurf hat in den Jahren nach 1990 Tausende berufliche Laufbahnen und eben auch Leben von Menschen beendet, die anders nicht kleinzukriegen waren. Von den meisten dieser Tragödien hat nur ein enges persönliches und berufliches Umfeld überhaupt Kenntnis erhalten.

Auch an den Tod des Bundestagsabgeordneten Riege erinnern sich ein Vierteljahrhundert später nur noch wenige. Riege hat einen seiner nüchternen Klarheit wegen beeindruckenden, nicht zuletzt in diesem Punkt hell-sichtigen Abschiedsbrief hinterlassen, in dem sich die nachfolgenden Sätze finden: „Mir fehlt die Kraft zum Kämpfen und zum Leben. Sie ist mir in der neuen Freiheit gebrochen worden. Ich habe Angst vor der Öffentlichkeit, wie sie von den Medien geschaffen wird, und gegen die ich mich nicht wehren kann. Ich habe Angst vor dem Haß, der mir im Bundestag entgegenschlägt, aus Mündern und Augen und Haltungen von Leuten, die vielleicht nicht einmal ahnen, wie unmoralisch und erbarmungslos das System ist, dem sie sich verschrieben haben. Sie werden den Sieg

über uns voll auskosten. Nur die vollständige Vernichtung ihres Gegners gestattet es ihnen, die Geschichte umzuschreiben und von allen braunen und schwarzen Flecken zu reinigen.“ Riege, 1930 in Gräfenroda geboren, war der



Sohn eines Heimarbeiters. Das hieß: Abgang von der Schule nach der achten Klasse und eine Lehre als Postbote. In der sowjetischen Besatzungszone und schließlich in der DDR wurde das begabte Arbeiterkind dagegen gefördert. Riege konnte 1949 das Abitur nachholen und in Jena Rechtswissenschaft studieren. 1957 promovierte er, ein paar Jahre später war er Professor. In den 80er Jahren galt Riege als führender Experte auf dem Gebiet des Staatsbürgerschaftsrechts; mit Kollegen aus der Bundesrepublik stand er in regem Austausch.

Die „vollständige Vernichtung“ Gerhard Rieges begann zwei Jahre vor seinem Tod. Der bei vielen Studenten und Kollegen beliebte Staatswissenschaftler und Dekan der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät wurde am 23. Februar 1990 im zweiten Wahlgang zum Rektor der Universität Jena gewählt. Eine medial befeuerte Kampagne der „Aktionsgemeinschaft zur demokratischen Erneuerung der Hochschule“ (ADEH), die nicht bereit war, den ehemaligen „SED-Funktionär“ und

Volkskammerabgeordneten als Rektor zu akzeptieren, erzwang mit lächerlichen Betrugsvorwürfen eine Wiederholung der Wahl, zu der der persönlich zutiefst getroffene Riege nicht erneut antrat. Alles lief wie am Schnürchen: Der ADEH-Mann Ernst Schmutzer wurde neuer Rektor und Riege ein paar Wochen nach dem Ende der DDR von der Universität entlassen. Er kämpfte mit juristischen Mitteln um seine Wiedereinstellung und hatte die beinahe durchgesetzt, als ihn seine eigene, um Gleichschritt mit der Bürgerpresse bemühte Partei als „Stasi-Zuträger“ outete und damit beruflich endgültig erledigte.

Rieges Tod sorgte 1992 zumindest einige Tage lang für betretene Blicke. Sprecher aller Bundestagsparteien taten in kurzen Erklärungen ihre Betroffenheit kund. Der Thüringer CDU-Landtagsabgeordnete Gottfried Müller mahnte zur Mäßigung; der Fall Riege zeige, daß „Schlagzeilen töten können“. Das war ein bißchen viel für die Blätter, in denen die DDR damals täglich neu zur Strecke gebracht wurde. „Der Spiegel“ rief Müller zur Ordnung und unkte: Die „SED-Nachfolgepartei“ könne nach dem „Freitod“ Rieges versuchen, die „Stasi-Debatte abzuwürgen“. Daran freilich hat in der PDS weder 1992 noch später irgendein „Vordenker“ gedacht.

Die Trauerfeier für Gerhard Riege fand am 5. März 1992 im Jenaer Lutherhaus statt; mehr als 1000 Menschen nahmen an ihr teil. Daß Riege heute dennoch weitgehend vergessen ist, dürfte auch etwas mit dem schlechten Gewissen seiner Parteifreunde zu tun haben. Der eine oder andere wird zumindest ahnen, daß der Jenaer Wissenschaftler nicht nur, wie Susanne Hennig-Wellsow, Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzende der Linkspartei in Thüringen, am Freitag erklärte, von „anderen Parteien“ und den „Medien“, sondern von PDS-Genossen fertiggemacht worden ist, denen das Mitmachendürfen über alles ging. Und dieser Typus hat die Partei bis heute fest im Griff.

Nico Popp
(Aus „junge Welt“, 15. 2. 2019)

Ein Kombinatdirektor klärt auf

Seit einiger Zeit liegt sie vor: die umfassendste historische Darstellung der technologischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung der Chemieregion Bitterfeld-Wolfen, die vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum Ende der DDR zu den größten, bedeutendsten und innovativsten Chemiestandorten in Deutschland zählte.

Mit diesem Buch schließt der Autor, Dr. Adolf Eser (Insider und letzter Generaldirektor des Chemiekombinats Bitterfeld), eine bisherige Lücke in der Wirtschaftsliteratur über die großen Chemiekombinate der ehemaligen DDR. Bereits früher erschienen Bücher zum Petrolchemischen Kombinat Schwedt, zu Buna und Leuna, zum Stickstoffwerk Piestritz, zur Filmfabrik Wolfen, zum Synthesekombinat Schwarzheide u. a.

Das Chemiekombinat Bitterfeld (CKB) ging 1969 aus der Fusion des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld und der Farbenfabrik Wolfen hervor sowie der Angliederung weiterer Kombinatbetriebe in der Republik. Zur Entstehung und Entwicklung beider Werke in Bitterfeld und Wolfen und auch des daraus gebildeten Stammbetriebes des Kombinats gibt es eine Reihe von themenbezogenen Veröffentlichungen, die der Autor auch als Quellen und weiterführende Literatur aufführt und an denen er punktuell beteiligt ist.

Dieses Buch ist kein Roman zur abendlichen Entspannung, sondern ein sehr anspruchsvolles Sachbuch mit einem umfangreichen Volumen an Fakten und Daten. Dem Autor ist es gelungen, die Komplexität der Entwicklung dieser Chemieregion darzustellen, die sowohl die technologischen und Chemieinnovationen als auch die ökonomischen und sozialen Faktoren und die Wirkung auf die Menschen in dieser Region umfaßt.

Aus der Fülle der behandelten Themen sollen folgende besonders hervorgehoben werden:

1. Sehr deutlich behandelt der Autor die Rolle der IG Farben, der die meisten Werke der Region bis zum Ende des 2. Weltkrieges gehörten, und ihre Verquickung in die Vorbereitung und Durchführung beider Weltkriege. Auch in den Bitterfelder Werken der IG Farben wurden Giftgase für den 1. Weltkrieg produziert. Ihre Werke an Rhein und Main beteiligten sich mit dem

Giftgas Zyklon B an der massenhaften Judenvernichtung in den KZs der Faschisten. Wer weiß heute noch, daß alle IG-Farben-Chefs in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen freigesprochen wurden?

2. Adolf Eser geht ausführlich auf die in der Öffentlichkeit – schon zu DDR-Zeiten – diskutierte Umweltproblematik im Raum Bitterfeld-Wolfen ein und weist nach, daß der Ursprung der hohen Belastungen bereits in der IG-Farben-Zeit liegt. Ihre Werke hatten keine Abwasserbehandlung und leiteten alle Abwässer in die Mulde. Luftbelastungen entstanden in hohem Maße durch die Kohlegruben und ihre Verarbeitungsfabriken, nicht nur durch die Chemie. In der DDR-Zeit verstärkten sich trotz umfangreicher Gegenmaßnahmen die Probleme mit Abluft und Abwasser, was im Buch sehr kritisch behandelt wird. Detailliert werden die zahlreichen Maßnahmen zur Reduzierung der Umweltbelastungen und zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen nachgewiesen, so durch ein breites Programm zur Rationalisierung, Stabilisierung und Modernisierung (RSM) der Grundmittel und die Stilllegung von 20 Altanlagen.
3. Breiten Raum nehmen Forschung und Entwicklung von Erzeugnissen, Verfahren und Technologien ein. Hier gehörte die Region schon zu Vorkriegszeiten zu den innovativsten in Deutschland. Diese Tradition wurde zu DDR-Zeiten nahtlos fortgesetzt. Das CKB gehörte zu den Kombinat mit dem höchsten Forschungspotential, sowohl personell als auch finanziell. Dazu zählten Schlüsseltechnologien wie die Biotechnologie und die breite Anwendung der EDV, besonders in der Prozeß-Steuerung.

Die primäre Bedeutung von Forschung und Entwicklung ergab sich auch aus der enormen Sortimentsbreite des Kombinats. Das CKB hatte die breiteste Erzeugnispalette aller Chemiekombinate.

4. Die detaillierte Darstellung des Arbeitsvermögens (ca. 18 000 Beschäftigte im Stammbetrieb) vermittelt tiefe Einblicke in Fragen der Qualifizierung, der Mitbestimmung, der Rolle der Gewerkschaften vor Ort, aber auch in auftretende Konflikte in und mit den Arbeitskollektiven. Beeindruckend ist die Darstellung der enormen sozialen Leistungen für die Werkstätigen des Kombinats, vor allem des Stammbetriebes, aber auch für die Einwohner des Territoriums.
5. Einen großen Abschnitt widmet der Autor der Abwicklung des Kombinats durch die Treuhandanstalt Anfang der 90er Jahre. Hier wird fokussiert und völlig zutreffend die Strategie der Alt-BRD zur Deindustrialisierung der DDR, zur Zerschlagung der Kombinate bzw. die Teilprivatisierung an neue Eigentümer (über 90 % aus der Alt-BRD) sichtbar.

Im Ergebnis dessen beweist der Autor, daß einer der größten deutschen Chemiestandorte mit enormer Sortimentsbreite infolge der

stofflichen Verflechtung de facto verschwunden ist – mit den bekannten sozialen Auswirkungen, die bis heute anhalten.

In der Dokumentation des heutigen Verbandes der Chemischen Industrie Deutschlands sind alle wichtigen Chemieparke der Bundesrepublik gelistet – Bitterfeld-Wolfen ist nicht mehr dabei! Daran ändert auch der entstandene Gewerbepark mit mittelständischen Firmen und einigen isolierten Chemieansiedlungen (z. B. Bayer/Aspirin) nichts.

Das Buch ist eine Fundgrube für alle historisch Interessierten, für Freunde der Chemie, für alle ehemaligen Mitarbeiter des CKB, für Studenten und all jene, die sich an die großen Leistungen der Menschen in der Region und im Kombinat erinnern wollen, aber auch an die Verwerfungen und sozialen Abstiege nach 1990; es ist allen zu empfehlen, die objektiv und ohne Vorbehalte erfahren wollen, wie und warum dieser große Chemiestandort zerschlagen wurde.

Die Lektüre ist nicht einfach und erfordert hohe Konzentration, vor allem wegen seiner vielen fachspezifischen Begriffe und Beschreibungen, aber auch wegen seiner zu tiefen Gliederung in den vier Komplexen der Entwicklung bis 1925, von 1925 bis 1945, von 1945 bis 1990 und von 1990 bis zur Gegenwart. Seitenangaben bei den Gliederungspunkten wären sinnvoll gewesen, sie hätten das schnellere Auffinden von bestimmten Abschnitten erleichtert.

Dem Autor, Dr. Adolf Eser, sei gedankt für diese aufwendige Arbeit, die sich über viele Jahre erstreckte und ein enormes Pensum an Quellenstudium, Aufarbeitung eigener Unterlagen aus der aktiven Zeit im Kombinat und tangierender Literatur erforderte.

Ich wünsche mir, daß das Buch viele Leser findet.

Dr. Dieter Knoch
Berlin

Am 5. April hörte das Herz unseres „RotFuchs“-Fördervereins-Mitglieds

Uwe Kramp

aus Rostock auf zu schlagen. Mit dem plötzlichen und unerwarteten Tod des aufrechten und überzeugten Kommunisten haben wir einen Aktivist aus der Frühzeit des Fördervereins und einen zuverlässigen Freund verloren. Uwe wird uns fehlen.

In Verbundenheit grüßen wir seine Frau Bärbel und die Familienangehörigen.

RF-Vorstand, RF-Regionalgruppe Rostock



Adolf Eser: *Von Alaun bis Zitronensäure. Ein Streifzug durch die Geschichte.* United p.c. Verlag, München 2015, 508 S., 29,19 €

Stimmen aus aller Welt über die DDR

Solange der sozialistische deutsche Staat, die DDR, existierte, haben sich immer wieder Persönlichkeiten aus der ganzen Welt bei oder nach Besuchen über die DDR geäußert. Zum 30. Jahrestag am 7. Oktober 1979 hat die Auslandspressagentur Panorama DDR über hundert solcher Stellungnahmen in einem Buch vereint. Entstanden ist so ein Mosaik persönlicher Erfahrungen und Erkenntnisse, die jeweils ein Stück gesellschaftlicher Wirklichkeit widerspiegeln. Stellvertretend für die anderen veröffentlichen wir hier einige dieser Äußerungen – Älteren zur Erinnerung, Jüngeren zur Verdeutlichung dessen, was die DDR für die Welt (und für uns) war.



José Saramago
(1922–2010)
Schriftsteller, Portugal

In Erinnerung an die Tage, die ich in der Deutschen Demokratischen Republik verbrachte, ziehen in meinem Geist Bilder,

Gesichter, Laute vorüber; die natürliche Schönheit der Landschaft, das vernunftbedingte Panorama der Städte; der Puls der Arbeit kehrt wieder, und ich höre mich fragen: Wie viele Jahre braucht ein Volk, um sein Land aufzubauen?

Auf dem Boden, auf dem sich heute die Deutsche Demokratische Republik befindet, leben die Nachkommen jener, die sich von der Barbarei frei machten, die Kaiserreiche, Feudalstaaten, Fürstentümer, Staatenbünde, wiederum Kaiserreiche erlebten und schließlich die imperialistische Besessenheit des Faschismus durchmachen mußten. Dieser kurze Beitrag erhebt in keiner Weise den Anspruch einer historischen Abhandlung. Dennoch will ich in ihm den drastischen Bruch hervorheben, den die Gründung der DDR darstellte, diese Form eines qualitativen Sprunges, dem quantitative Sprünge vorausgingen, diese große moralische Selbstbehauptung, der Wille nach einer Umgestaltung des kollektiven Denkens und Fühlens.

Unter den besonderen Bedingungen des Entstehens der DDR war es nur mit einem festen politischen Bewußtsein und einer starken moralischen Haltung gegenüber der offenen Feindschaft der halben Welt möglich, diese Herausforderung zu wagen, die die Schaffung nicht nur durch das Volk selbst darstellte.

Nach meiner Auffassung ist dies eines der großen gesellschaftlichen Ereignisse unseres Jahrhunderts. Das ist einer der Aspekte der DDR, der mich als Kulturschaffenden am tiefsten bewegt: Hier ist ein Volk, das sich dafür entscheidet, eine neue Geschichte zu schreiben, das Leben an den Orten wiederaufzubauen, an denen es verwurzelt ist und wo es aus den besten Traditionen Kraft schöpft. Dies ist etwas, das unser Vertrauen in die Kraft der Erneuerung der Menschheit stärkt.

Die Zeit, in der die DDR als unabhängiges Land und Volk besteht, diese historisch äußerst kurze Zeit, zeigt, welche tiefgreifenden geistigen, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umgestaltungen ein kollektiver

Wille bewirken kann, der sich seiner Ziele bewußt ist.

Die Deutsche Demokratische Republik hat die Ausdrucksstärke des Wortes „möglich“ erweitert. Besser gesagt: Sie hat die Grenze hinausgeschoben zwischen dem, was man für möglich und demnach von den Menschen für machbar hielt, und dem, was nur gewisse Utopien für möglich zuließen. Ich beziehe mich jetzt bewußt nicht auf materielle Errungenschaften, nicht einmal auf die Vorzüge einer besseren Lebensqualität, auf die neuen sozialen Errungenschaften der Kultur. Ich beziehe mich hauptsächlich auf jenen anderen Teil der ganzen Gemeinschaftsarbeit, was man nicht mit einem Wort erfassen kann. Ich würde es als Reform des Menschen zu bezeichnen wagen, als den neuen Menschen in seiner ausgewählten Neuheit.



Prof. Sergej Oblaszow
(1901–1992)
Direktor des Zentralen Puppentheaters Moskau, Präsident des Internationalen Puppentheaterverbandes

Ich bereiste zum erstenmal in den zwanzig Jahren Deutschland. Damals noch als Schauspieler zusammen mit einer Theatergruppe. Seitdem interessiere ich mich für dieses Land und seine Kultur.

Seit ich mit meinem Puppentheater in das sozialistische Deutschland komme, nehme ich auf ganz neue, andere Weise teil an der Entwicklung Ihres Landes. Einmal, weil es zur sozialistischen Gemeinschaft gehört, zum anderen, weil es speziell mit meinem Land auf sehr enge Weise freundschaftlich verbunden ist.

Meine Aufmerksamkeit gehört besonders der kulturellen Entwicklung. Das meine ich im weitesten Sinne. Natürlich liebe ich Ihre Musik, Ihre Literatur. Aber ich liebe auch deutsche Fachwerkhäuser, liebe die sächsischen Barockbauten, Ihre Gotik. Aber ein Land darf nicht nur von seinen Erinnerungen leben. Es muß mit dem Wort „Es wird“ leben. Das finde ich hier in der DDR schön und stark entwickelt. Jedesmal, wenn ich in Ihr Land komme, entdecke ich Neues, zum Beispiel gibt es in den alten Städten interessante architektonische Lösungen, die beweisen, wie behutsam das Alte – im dialektischen Sinne – im Neuen aufgehoben ist. Kulturelle Entwicklung – darunter verstehe ich auch, was für die Alten, für die Kinder getan wird. Und das ist in der DDR sehr viel. Die selbstverständliche Eingliederung von Altenwohnheimen, Schulen und Horten in die Neubaugeschichte weist aus, daß das selbstverständliche Miteinander der verschiedenen Generationen auch von den baulichen Voraussetzungen her gelöst ist.

Mohamed Majzoub
Fernsehjournalist, Syrische Arabische Republik

Mein Aufenthalt in der DDR ist mein erster Besuch in einem sozialistischen Land. Ich war deshalb besonders daran interessiert,

alles zu begreifen, was um mich herum passiert, die Aktivitäten dieser Gesellschaft zu studieren und enge Beziehungen mit den Bürgern dieses Landes zu knüpfen.

Eines, was mir in der DDR besonders auffiel, ist die Tatsache, daß die Arbeiterklasse einen großen Teil ihrer Einflußnahme auf Gesellschaft und Wirtschaft durch die Gewerkschaften verwirklicht. Mir gefällt die zentrale staatliche Leitung und Planung der Industrie. Das garantiert allen Bezirken volle Gleichberechtigung in ihrer Entwicklung. Jeder Bezirk kann eine Industrie aufbauen, die seinen sozialökonomischen Bedingungen entspricht. Das Wichtigste bei der Industrialisierung ist meiner Meinung nach das Interesse der Regierung an der Modernisierung und Rekonstruktion der Betriebe, die den Arbeitern Ansporn ist, den Plan überzuerfüllen und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in den Betrieben zu verbessern.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft gefällt mir das System der Genossenschaftsproduktion, die die Möglichkeit schafft, das wissenschaftlich-technische Niveau anzuheben und mittels der Mechanisierung die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen. Den Nutzen haben nicht nur die Genossenschaftsbauern, sondern die gesamte Gesellschaft. Darüber hinaus trägt die Industrialisierung dazu bei, die Lebensbedingungen in den Dörfern zu verbessern. Stadt und Land nähern sich einander an, und das ist ein großer Fortschritt.

Ich glaube also, daß alle Bürger der DDR ihre Rechte zur Teilnahme bei der Gestaltung des Lebens in dieser sozialistischen Gesellschaft und beim Aufbau des Staates voll und ungehindert wahrnehmen.



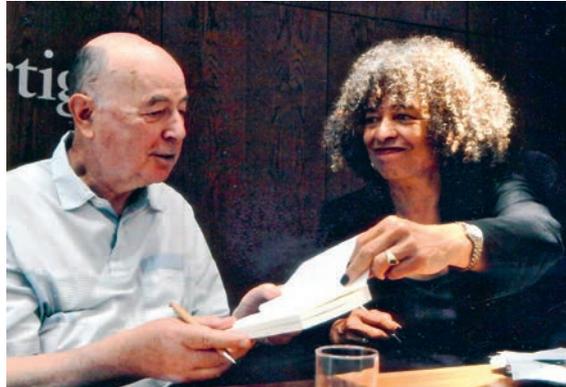
Detlef Hensche
Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Druck und Papier, BRD

Unsere Besuche in den Betrieben der DDR hatten vor allem das Ziel, ein Bild vom System der Mitwirkung zu gewinnen.

Wir verstehen die Mitbestimmung vornehmlich als Hebel zur Lösung von Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmen, und zwar im Interesse der Arbeiter. In der DDR gibt es zwischen Werkleitung und Betriebsgewerkschaftsleitung auch Meinungsverschiedenheiten, ja Konflikte. Der durchgängige Stil ist jedoch geprägt von gemeinsamer Beratung und gemeinsamer Planaufstellung. Der Direktor kommt nicht – wie die Unternehmensleitung bei uns – aus einer anderen Welt. Die Direktoren beider Betriebe, die wir besucht haben, stammen aus der Belegschaft selbst. Allgemein ist die Werkleitung in der DDR aufgrund der gesellschaftlichen Machtverhältnisse sowie infolge der starken Bindung an die gesellschaftlichen Organisationen und die Parteien in ihrer Stellung wesentlich abhängiger von der Betriebsgewerkschaftsleitung, als dies bei uns jemals der Fall sein könnte.

In eigener Sache

Liebe „RotFuchs“-Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder des Fördervereins, seit Februar 1998 erscheint der „RotFuchs“ Monat für Monat (seit dem letzten Jahr mit einer kleinen, vom Vertrieb gewünschten



Klaus Steiniger mit Angela Davis (2010)

Verschonungspause im Sommer). Klaus Steiniger, der Initiator und Gründer der Zeitschrift, hatte seinerzeit nicht damit gerechnet, daß der „RotFuchs“ so lange existiert, dann aber gehofft, daß er auch ohne ihn weiter erscheint. Wir haben ihm dies vor seinem Tod vor drei Jahren versprochen und das Versprechen bisher halten können.

Aus den ersten Anfängen mit seinerzeit noch am „Küchentisch“ kopierten erst acht, dann zwölf und schon bald 24 Seiten entwickelte sich eine vielgelesene marxistische Monatszeitschrift, die nicht dem bürgerlichen Mainstream folgt. Sie ist eine Tribüne für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke, die nicht nur in Deutschland, sondern mit wachsendem Interesse auch im Ausland gelesen und beachtet wird.

Es wurde bereits mehrfach sowohl in der Zeitschrift als auch vor allem bei den zentralen Leser- bzw. Mitgliedsversammlungen über die ganz besonderen Bedingungen berichtet, unter denen der „RotFuchs“ entsteht. Für die vielen neu dazugestoßenen Leserinnen und Leser hier noch einmal einige Fakten.

Die gesamte Herstellung ist eine komplexe und kollektive Fleißarbeit von vielen Beteiligten, die aus Überzeugung und überwiegend unentgeltlich die Zeitschrift gestalten, an ihrer Fertigung und bei ihrem Vertrieb mitwirken. Ohne dies wären das monatliche Erscheinen in der anerkannten inhaltlichen und formalen Qualität und der regelmäßige Versand von über 10 000 Exemplaren undenkbar. Alles, was mit der Herausgabe der Zeitschrift in Verbindung steht, wird mit

minimalem Kostenaufwand, aber maximalem persönlichem Einsatz organisiert. Die größten Ausgaben fallen dabei für das Layout, den Druck und den Versand der Zeitschrift an – und die Postgebühren steigen weiter.

Der „RotFuchs“ hat ein Postfach, aber keinen Verlagssitz. Ein für den Vertrieb Verantwortlicher berichtete, daß er Anrufe von Lesern erhielt, die mit der Redaktion verbunden werden wollten. Wir haben aber keine Redaktion mit Vorzimmer, Sekretariat und einzelnen Abteilungen oder Ressorts. Die tägliche redaktionelle Arbeit erfolgt in den Wohnungen der Beteiligten. Lediglich für den Versand werden einmal im Monat separate Räumlichkeiten benötigt und genutzt.

Jede Ausgabe des „RotFuchs“ wird (wie auch die zu verschiedenen

Themen zusätzlich erscheinenden Beilagen) jeweils neu zusammengestellt aus:

- unaufgeforderten Einsendungen von Beiträgen neuer Autoren oder solcher aus unserem Autorenkreis (viele erreichen uns nur handschriftlich und muß, falls zur Veröffentlichung geeignet, entziffert und abgeschrieben werden)
- Wunsch- oder „Auftrags“-arbeiten, welche die Redaktion in bestimmten thematischen Zusammenhängen oder aus gegebenen terminlichen Anlässen von Autorinnen oder Autoren erbittet bzw. an diese vergibt
- Beiträgen, die von Redakteuren selbst verfaßt werden (z. B. die Leitartikel) oder die im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Fördervereins stehen (Veranstaltungshinweise, Geburtstagsglückwünsche u. ä.)
- Archivfunden (Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften und Bücher aus vielen Jahrzehnten sozialistischer und kommunistischer Publizistik stehen zur Verfügung und müssen dazu durchsucht, Gefundenes muß gescannt und ggf. bearbeitet werden)
- Die „Bildredaktion“ ist zuständig für das Suchen, Beschaffen, Auswählen und Bearbeiten von Photos, Graphiken und Karikaturen, die vor allem optische Ergänzungen und Interpretationen zu Artikeln bieten, aber auch selbständigen Charakter haben können.

Alle Texte (pro Heft mit einem Umfang von etwa 250 000 Zeichen) werden sorgfältig lektoriert und korrigiert, auf sachliche Richtigkeit geprüft und – soweit notwendig – stilistisch überarbeitet.

Als nächstes wird ein erstes Layout-Konzept erstellt. Das nach inhaltlichen Kriterien geordnete Text- und

Bild-Material wird dabei möglichst optimal auf die zur Verfügung stehenden Seiten (versandbedingt derzeit maximal 36) verteilt. Nicht immer lassen sich dabei alle Kriterien gleich gut berücksichtigen, gelegentliche Kompromisse oder Umstellungen führen aber meist zu stimmigen Lösungen. Anhand dieses Konzepts wird dann von unserem Graphiker gemeinsam mit dem verantwortlichen Redakteur ein Layout realisiert, überprüft, korrigiert und nach einer nochmaligen Gesamt-Revision durch den Korrektor und der Druckfreigabe (dem Imprimatur) in digitaler Form an die Druckerei (sowie gleichzeitig an den für die Aktualisierung der Homepage Zuständigen) übermittelt.

Nach dem Druck werden alle Exemplare abgeholt und zum Verteilungspunkt transportiert. Im Vorfeld der Versandarbeiten muß das sich häufig ändernde Adressenmaterial (Umzüge, Sterbefälle, Neuzugänge etc.) auf dem Laufenden gehalten werden. Falsche (oder falsch geschriebene) Adressen führen zu unnötigem Verlust und verständlichem Ärger beim Abonnenten.

Die Leseradressen werden ausgedruckt und die Versandtaschen damit beklebt, die nach



Vor dem Transport zur Deutschen Post

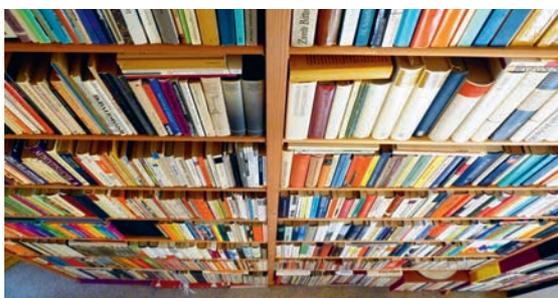
Postleitzahlengebieten sortiert werden. Anschließend geht es ans „Eintüten“ der Zeitschriften. Wenn alle Versandtaschen gefüllt sind, erfolgt das Bündeln der postleitzahlengerechten Pakete. Auf mehreren Paletten gestapelt erfolgt dann der Transport der Hefte zur Deutschen Post.

Seit dem ersten Erscheinen des RF ist beim Versand eine unserer aktivsten und langjährigsten Aktivistinnen, Sonja Brendel, dabei. Sie wurde am 16. März 90 Jahre alt. Ein weiteres Mal: Herzlicher Dank von allen!

Es sind viele Genossinnen, Genossen und Kollegen an den Vorbereitungen, der eigentlichen Redaktionsarbeit, dem Layout, der Korrektur, dem Druck und dem Versand beteiligt. Teilweise seit nunmehr über zwei Jahrzehnten gewährleisten sie alle durch ihr Engagement und ihre kontinuierliche Arbeit das Erscheinen der Zeitschrift.

Zum 1. April hat Arnold Schölzel seine Tätigkeit als stellvertretender Chefredakteur der „jungen Welt“ beendet und von Wolfgang Metzger die Leitung des „RotFuchs“-Redaktionskollektivs übernommen.

R. N. / me.



„RotFuchs“-Veranstaltungen im Mai

■ Regionalgruppe **Güstrow**

Am 16. Mai um 16 Uhr spricht Hartmut König, Liedermacher und Mitbegründer des Oktoberklubs, über sein Buch: **Warten wir die Zukunft ab**

Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe **Rostock**

Am 17. Mai um 16 Uhr spricht Carsten Hanke, Vorsitzender der Regionalgruppe Rostock, zum Thema: **Kann Venezuela ein zweites Chile (1973) werden?**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe **Dresden**

Am 18. Mai um 10 Uhr spricht Prof. Dr. Ludwig Elm zum Thema: **Geschichte eines Historikers – Erinnerungen aus drei deutschen Staaten**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ „RotFuchs“- Gruppe **Luckenwalde**

Am 18. Mai um 10 Uhr spricht Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, zum Thema: **Die Position der DKP im Wahljahr 2019**

Ort: Schützengilde Luckenwalde, Potsdamer Straße 2 A, 14943 Luckenwalde

■ Regionalgruppe **Gera**

Am 18. Mai um 14 Uhr spricht auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Friedensinitiative Gera Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Linke Positionen in den bevorstehenden Wahlkämpfen**

Ort: Geschäftsstelle der Partei Die Linke, Markt 12 A, 07545 Gera

■ Regionalgruppe **Berlin Marzahn-Hellersdorf**

Am 21. Mai um 18 Uhr spricht der Kunsthistoriker Dr. Peter Michel zum Thema: **Die bildende Kunst in der DDR und ihr Schicksal nach der Zeitenwende**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe **Strausberg**

Am 21. Mai um 15 Uhr spricht auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit ISOR Oberst a. D. Bernd Biedermann zum Thema: **Chancen und Gefahren einer neuen Sicherheitsstrategie der EU**

Ort: Mehrgenerationenhaus, Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe **Falkensee**

Am 21. Mai um 19 Uhr spricht der Verleger und Publizist Frank Schumann zum Thema: **Die Situation in der Ukraine nach der Präsidentenwahl**

Ort: Begegnungsstätte der Linken, Bahnhofstraße 74, 14612 Falkensee

■ Regionalgruppe **Berlin-Hohenschönhausen**

Am 22. Mai um 18 Uhr spricht Ellen Brombacher, Sprecherin der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, zum Thema: **Die EU-Parlamentswahl 2019. Mit welcher politischen Strategie tritt Die Linke in dieser Wahl an?**

Ort: Nachbarschaftshaus im Ostseevierviertel, Ribnitzer Straße 1 B, 13051 Berlin

■ Regionalgruppe **Bitterfeld-Wolfen**

Am 23. Mai um 14 Uhr spricht Oberst a. D. Bernd Biedermann zum Thema: **Die Militärstrategie der VR China**

Ort: Kulturhaus, Puschkinplatz 3 (Konferenzzimmer), OT Wolfen, 06766 Bitterfeld-Wolfen

100 JAHRE
Frauenwahlrecht



Graphik: Gertrud Zucker



Zu Kay Strathus: *Die DDR, ein Staat, in dem 40 Jahre lang Mangel herrschte*, RF 252, S. 32
Ja, es stimmt wirklich: Wir hatten in der DDR tatsächlich vierzig Jahre lang weniger angehimmelte Leistungsträger, angepaßte Kirchen, angewiesenen Teamgeist, Apotheken, Arbeitsplatzangst, Ärztemangel, Automobilklubs, Bankenskandale, Banküberfälle, Baumärkte, Biersorten, Bordelle, bunte Zeitschriften und Bild-Zeitungen, weniger Einkaufszentren, erschossene Schüler, exklusive Hotels, fahrbare Verkaufsstellen, Falschgeld, Falschheit unter Kollegen, freie Außendienstmitarbeiter, freiwillig unbezahlte Überstunden, zugehörnte und kiffende Disco-besucher, geschlossene Bahnhöfe, Glasfassaden, Golfplätze, hohe Benzinpreise, weniger hohe Krankenversicherungsbeiträge, Industriebrachen, Karrieregeilheit, Keuchhustenerkrankungen, Kinderarmut, Kinderbetreuungskosten, kommerzielle Werbung, Küchenstudios, leere Gaststätten, leere Kultursäle, leere Neubauwohnungen, Mode-Labels, weniger Münzsorten, Nachtangst, Notare, öffentlich dargestellte Kriminalität, Preisstreß, Privatfernsehsender, Raubüberfälle, Rechtsanwälte, Reiche, Reiseunternehmen, Reiseveranstaltungen, Reiterhöfe, Scheindemokratie, schlechte Bildungsnoten, Schnapsvielfalt, Schulabbrecher, Sicherheitsdienste, Singles, Sozialneid, Spielhöllen, Steuerbetrüger, Tankstellen mit Brötchenverkauf, weniger Teilzeitarbeit, teure Medikamente, teure Tageszeitungen, Tuberkulosekranke, überdimensionierte Großprojekte, unbezahlbare Reisefreiheit, unverbindliche Freundlichkeit, Verkehrstote, Versandhandel, Versicherungen, Waffenrechte, Währungsspekulation, Waschmittelmarken, Wirtschaftsprüfer, Zukunftsnot und so weiter ...
Ronald Dietrich Wandel, Oberlungwitz

Zu „*Erinnerung an Michail Scholochow*“, RF 253, S. 19

Während in der BRD „Der stille Don“ als kommunistische Propaganda diskreditiert und „Ein Menschenschicksal“ wegen der Anklage gegen den deutschen Faschismus ignoriert wurde, gehörten die Werke Scholochows in der DDR zum Bildungsgut von Millionen. „Das Volk“ – Zentralorgan der SED-Bezirksleitung Erfurt – schrieb am 27. Februar 1987 in einer Erfolgsmeldung über Spartakiadegold, daß eine 17jährige Eisschnellläuferin ihre Leselust mit dem Scholochow-Roman „Neuland unterm Pflug“ stillt. Wer stellt heute die Frage nach Verwirklichung einheitlicher Ziele im gesellschaftlichen und persönlichen Interesse,

die Frage nach Vorbeugung bzw. Verhinderung individueller Fehlentwicklung, nach Vertrauen in Entwicklungsfähigkeiten und -perspektiven des Menschen? Die Fragen sind aktuell. Immer noch werde ich angesprochen: Ich war in der Sportgruppe jener Eisschnellläuferin ...

Manfred Wozniak, Erfurt

Zu E. Pöbneck: *Otto Grotewohl – ein Kämpfer für Frieden, Demokratie und Sozialismus*, RF 254, S. 29

Es war gut, daß im „RotFuchs“ der herausragende Politiker Otto Grotewohl gewürdigt wurde. Wenn heute überhaupt an seinen 125. Geburtstag erinnert wird, dann meist in diffamierender Weise. So auch in der Zeitschrift „super TV“ unter dem Titel „Otto Grotewohl: Mann mit gutem Gewissen oder Marionette von Moskau?“ Da heißt es dann, im Westen meine man bis heute: Er verriet die Sozialdemokratie an Stalin ...

Es wäre schön, wenn die heutige SPD einen Politiker wie Otto Grotewohl hätte!

Dr. Kurt Laser, Berlin

Zu: *Das vergessene Lager*, RF 254, S. 18

Als „Bredelianer“ und begieriger Leser des „RotFuchses“ hat es mich besonders gefreut, daß in der März-Ausgabe unser neues Buch „Das vergessene Lager“ über die am authentischen Ort weitgehend im Originalzustand erhaltenen Zwangsarbeiterbaracken Hamburgs vorgestellt wurde.

Bedauerlicherweise wurde von unserer Seite versäumt, den Leser darauf hinzuweisen, daß wir nicht nur Angebote für Schulklassen und Gruppen auf Anfrage haben, sondern auch jeden ersten Sonntag im Monat von 14 bis 17 Uhr Führungen durch die Ausstellungen anbieten.

Zusätzlich finden inzwischen drei Sonderöffnungen im Jahr statt:

- Zur Woche des Gedenkens an die Befreiung des KZ Auschwitz im Februar oder März
- Am Tag des offenen Denkmals im September (8. 9. 2019)
- Am Tag der Hamburger Geschichtswerkstätten Ende September/Anfang Oktober (29. 9. 2019)

Solidarische Grüße
Holger Schultze / Willi-Bredel-Gesellschaft – Geschichtswerkstatt e. V., Hamburg
(www.bredelgesellschaft.de)

Stellt Migration wirklich eine Gefahr dar für Deutschland und die dort wohnenden Deutschen? Gibt es überhaupt eine Bedrohung durch Migranten und offene Grenzen? Im Vergleich – bezogen auf die jeweiligen Einwohnerzahlen – mit den anderen Aufnahmeländern von Flüchtlingen weltweit nimmt das reiche Deutschland erschreckend wenige Migranten auf. Die unter deutschen Linken geführte Diskussion zum Thema Migration als ein Schwerpunkt für politische Handlungsorientierung sitzt offensichtlich einer medial verbreiteten Desinformation auf. Cui bono? Wem nützt das? Auf jeden Fall dem ordo-(neo-)liberalen globalen Weltordnungssystem, das uns beherrscht, in dem Deutschland einen Platz an der Sonne belegt, den es mit allen Mitteln – auch militärischen – absichert.

Und wenn jetzt erleichtert festgestellt wird, daß gar nicht mehr so viele Migranten kommen? Ruhen wir uns mit gutem Gewissen aus und blenden aus, wo und wie die Migranten tatsächlich, und zwar unter verheerendsten, unmenschlichsten

Bedingungen, festgehalten werden, damit sie uns nicht behelligen? Ich merke an, daß Deutsche bis heute Weltmeister sind im Verdrängen und Verleugnen von Verbrechen, die in ihrem Namen begangen wurden. Verdrängen wir schon wieder Verbrechen, an deren Ausübung wir direkt oder indirekt beteiligt sind?

Beate Brockmann, Praeto (Italien)

Am 21. Juli vergangenen Jahres wurde manchenorts des 125. Geburtstages Hans Falladas gedacht. Wenigen ist bekannt, daß Fallada der sowjetischen Armee für die Befreiung von Nazi-Deutschland sehr dankbar war.

Grigorij Weiss beschreibt in seinem Buch „Am Morgen nach dem Kriege. Erinnerungen eines sowjetischen Kulturoffiziers“ – 1981 in der Übersetzung von Leon Nebenzahl im Berliner Verlag der Nation erschienen – folgendes Gespräch, das er mit Hans Fallada führte.

„Wissen Sie, worauf ich jetzt zu trinken vorschlage?“ Er nahm das volle Glas in die Hand. „Auf jenen Roman, den ich unbedingt schreiben muß ...“

Hans Fallada legte eine Pause ein und fuhr alsdann fort: „Ich will einen Roman über die Russen schreiben. Über sowjetische Offiziere. Und nicht etwa, weil ich Russen vieles verdanke, nicht etwa, weil sie für mich persönlich unfassbar viel getan haben! Nein! Nein!“, wiederholte der Schriftsteller und schüttelte den Kopf. „Die russischen Menschen erschütterten mich. Derartiges habe ich noch nie gesehen. Wo und wann hat es das je gegeben, daß eine Siegerarmee dem besiegten Volk so viel Hochherzigkeit und Güte entgegenbrachte? Ich meine nicht die offizielle Politik, nicht die überall angebrachten Losungen. Obgleich wir Deutschen diese Losungen auswendig lernen sollten wie Gedichte. Ich spreche vom Alltag, von dem, was ich als Bürgermeister der Stadt Feldberg gesehen und erlebt habe ... Teufel noch mal!“, schrie Fallada, „ihr seid doch als Sieger hergekommen. Als Befreier ganz Europas. Vier Jahre habt ihr weder Schlaf noch Ruh gekannt, habt dem Tod mehr als einmal ins Auge geblickt ... Tausend Toden! Eure Herzen hätten versteinert sein müssen. Euer war das Recht, zu feiern, zu pressen, das Leben zu genießen, das euch das Schicksal geschenkt hatte ... Aber was habe ich gesehen? Besessene Kommandanten, die weder sich selbst noch mir Ruhe gönnten, bis für die Deutschen noch eine Bäckerei die Arbeit aufnahm, bis ein Kraftwerk Strom lieferte, ein Kino eröffnet wurde, Nahrungsmittel für das Kinderkrankenhaus herangeschafft waren. Was ging euch das alles an? Sollten doch die Deutschen krepieren, sollten sie verhungern, wahnsinnig werden – was ging das euch an? So gedacht haben in jenen Tagen sogar viele Deutsche ... Meine Freunde Kommandanten aber – es waren ihrer nacheinander drei oder vier – holten mich in aller Herrgottsfrühe aus dem Bett und fragten mich, wieviel Arbeitskräfte ich bei der Enttrümmerung eingesetzt habe, wieviel Brot gebacken und ob Gemüse herangeschafft worden ist. Dann führen sie auf die Felder, kontrollierten den Ablauf der Saatkampagne, als wären sie irgendwo im Rjasaner Gebiet, als wären es ihre eigenen Kinder, die dieses Brot brauchten!“

Hans Fallada trank plötzlich aus, aß ein Stück Wurst dazu und sagte, nicht auf uns, sondern zum Fenster blickend: „Über all das möchte ich einen großen Roman schreiben. Das ist meine Pflicht. Ich pfeife darauf, was meine Feinde sagen

werden. Sie sind doch auch eure Feinde ...⁴ Der Einsatzwagen kam zurück, die letzte Seite war bereits imprimiert, aber in der Rotation klappte etwas nicht. Ich wollte die Gäste, die offensichtlich müde waren, nicht länger aufhalten. Hans Fallada trat an mich heran, dankte für unerwartete Bewirtung. Wir umarmten uns. Nein, ich hatte damals nicht die Vorahnung, daß wir uns das letzte Mal sahen.

Zwei Wochen später, im Februar 1947, starb Hans Fallada überraschend an Herzschwäche.“

Johann Weber, Niederbayern

Ende Januar 2019 waren es 75 Jahre, daß das hungemde Leningrad von der Roten Armee befreit wurde. Fürwahr ein Anlaß zum Gedenken. Doch nicht für die bürgerlichen Medien dieses Landes. So schrieb die „Süddeutsche Zeitung“: „Moskau mißbraucht das Gedenken an Leningrad.“ Die Zeitung scheint nicht zu merken, daß Predigten von Journalisten aus dem Land, das die Blockade verhängt hat, unpassend sind. Es entspricht jener Gesinnung, den Opfern des faschistischen Völkermordes vorzuschreiben, wie sie ihrer Toten gedenken dürfen.

Dieses Beispiel wirft ein bezeichnendes Licht auf das in der Bundesrepublik vorherrschende Rußlandbild, das offensichtlich nicht nur immer noch vom kalten Krieg geprägt ist, sondern teilweise auch bis auf die Zeit der Hitlerdiktatur zurückgeht. Demnach bestand der „Fehler“ der Deutschen nicht in der mörderischen Selbsterhebung über Slawen und darunter vor allem gegen sowjetische Menschen, sondern nur in dem Glauben an das falsche System. Die Russen aber hätten ihrerseits im „falschen System“ gesteckt, seien somit nicht besser gewesen als die Deutschen – nur daß sie diesen Glauben, anders als die Musterschüler der Geschichtsbewältigung in der Bundesrepublik, noch nicht korrigiert hätten. Noch nicht einmal macht sie die Tatsache stützig, daß sich die Zeiten geändert haben. Deutschlands führende Kräfte scheinen nicht zu begreifen, daß das Verbrecherische des Nazismus in der mörderischen Anmaßung gegenüber den Völkern anderer Länder wie Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und den Osteuropäern, den Polen, Ukrainern, Belorussen, Litauern, Esten und Letten, vor allem aber den Russen bestand. In ihrer Vorstellung lebt ungebrochen das Bild der zurückgebliebenen Russen fort, die sich unterwürfig und zurückgeblieben unter der Knute von Diktatoren ducken.

So gesehen hat sich an der bundesdeutschen Denkweise von vor 1989 nichts geändert. Sie beschreibt Rußland mit dem nahezu gleichen Vokabular, das sie schon von den 50er bis 80er Jahren für die Berichterstattung über die Sowjetunion gebrauchte. Doch noch bössartiger ist der Vergleich des heutigen Rußlands mit dem „Dritten Reich“.

Aus dem Antisowjetismus wurde im Laufe der Jahre das sogenannte Rußland-Bashing. Aber was halten jene „Oberlehrer“ denn von der universalen Anwendbarkeit des Artikels 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen (damit auch der Russen) ist unantastbar.“?

Es wäre naiv zu glauben, daß solche Haltungen allein auf Überheblichkeit, Arroganz oder Oberflächlichkeit in der Geschichtsbetrachtung zurückzuführen sind. Beschäftigt man sich mit der Sprache der Massenmedien, wird deutlich, daß irreführende Darstellungen keineswegs

zufällig sind. Politik, Medien und Wissenschaft haben und bedienen immer auch einen gesellschaftlichen oder gruppenspezifischen Auftrag, indem sie selektiv informieren, unangenehme Seiten des Geschehens unterschlagen, die eigene Sprachregelung professionell organisieren und diese von verschiedenen Multiplikatoren verbreiten lassen. **Günter Gutsche, Erfurt**

Wie in den Jahren zuvor zogen auch an diesem 16. März ehemalige Angehörige der „Lettischen Legion“ der faschistischen Waffen-SS durch Riga. Die Regierung dort sieht offensichtlich keinen Handlungsbedarf. Unbehelligt durften die Faschisten zum Rigaer Freiheitsplatz marschieren und am Freiheitsdenkmal Blumen niederlegen. Ausgerechnet am Freiheitsdenkmal! Die „Lettische Legion“ hat im 2. Weltkrieg aktiv mitgeholfen, andere Völker zu unterdrücken und viele Menschen zu ermorden. Zahlreiche Strafkommandos der „Lettischen Legion“ waren an der Vernichtung der Bevölkerung in der Sowjetunion beteiligt. Im März 1944 nahm diese Legion im Raum Pskow am Kampf der Faschisten gegen die Rote Armee teil.

Dieses Heldengedenken, an dem mit Sicherheit Mörder und Folterter teilnahmen, darf in einem Land der Europäischen Union stattfinden? Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Niemand interveniert, weder die EU noch die BRD. Alles vergessen? Krieg ist wieder salonfähig!

Durch die BRD wurden die damaligen „Helden“ noch lange mit Kriegsversehrenten aus der deutschen Steuerkasse bedacht. Aber für die echten Opfer gab es offiziell so gut wie nichts. Da mußten und müssen private Organisationen wie der rührige Berliner Verein Kontakte-Контакты einspringen ... **Wilfried Steinfath, Berlin**

Ekkehard Lieberam hat zu Beginn des Jahres in der „jungen Welt“ eine fundierte Einschätzung der Entwicklung und des Augenblickszustandes der Partei Die Linke (PDL) vorgenommen, die sich mit meiner Ansicht deckt. Wir haben in diesem Jahr in Sachsen und in Thüringen Wahlen. Die Frage ist für mich, welcher Partei ich meine Stimme geben kann. Ich staune immer über die Berliner und Brandenburger mit einer, so dachte ich, in der DDR erhaltenen soliden gesellschaftswissenschaftlichen Grundbildung, die ihre Stimme der PDL geben können. Doch aus meiner Sicht ist die Partei Die Linke zur zweiten Sozialdemokratie abgeglitten. Eine solche zweite Sozialdemokratie ist für mich wie die „alte“ nicht wählbar. Die rechten Parteien kommen nicht in Frage. So auch die AfD nicht. Nationalistisches und rechtsextremes Personal und zweifelhafte Parteienfinanzierung brachten auch diese Partei in Mißkredit. Bleiben die KPD und die DKP. Doch entspricht diese Zweisamkeit der 1945 gezogenen Lehre von der Einheit der Arbeiterklasse? Das ist das Dilemma, vor dem viele Nichtwähler stehen. Was bleibt, ist zu den „Gelbwesten“ nach Frankreich zu sehen. Meiner Meinung nach könnte „Aufstehen“ bei uns die Chance sein, die Meinung der Mehrheit der Menschen durchzusetzen.

Dr. Peter Nitze, E-Mail

Siehe dazu auch Ekkehard Lieberam: Was sagt Karl Marx der Linken heute? (RF 253, S. 9) und Herbert Münchow: Am Krankenbett der Linkspartei (im vorliegenden Heft, S. 6)

Zu Johann Weber: Meinungsfreiheit in der BRD und KPD-Verbot, RF 255, S. 28

Zu dem interessanten Beitrag von Johann Weber ist zu ergänzen, daß der Ermittlungsrichter den Erlaß eines Heftbefehls gegen Max Schäfer 1968 wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot ablehnte. Daraufhin verfolgte man ihn wegen angeblicher Beleidigung der ihn verhaftenden Polizisten, welchen gegenüber der langjährig in der Nazizeit verfolgte Widerstandskämpfer sagte, als diese ihm Handschellen anlegten: „Das ist ja wie bei der Gestapo!“ Das Amtsgericht Frankfurt/M. sprach ihn frei, und nach Einlegung von Revision durch die Staatsanwaltschaft kam auch das Oberlandesgericht zu keiner anderen Auffassung.

Der Programmwurf der KPD vom Februar 1968 wurde unabhängig von alledem in der Druckerei in Neumünster beschlagnahmt, und über die Einziehung sollte durch das Landgericht Flensburg entschieden werden. Dort bejahte man einerseits dessen angeblich verfassungsfeindlichen Inhalt, war aber andererseits der Meinung, die politische Aufklärung wäre zulässig.

Aufgrund der hiergegen von der Staatsanwaltschaft eingelegten Revision und Aufhebung der die Einziehung ablehnenden Entscheidung von Flensburg durch den BGH mußte die Sache nach Zurückverweisung erneut vor dem LG Flensburg verhandelt werden. Dort wurde 1970 das Verfahren durch das Gericht ausgesetzt, nachdem die Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft mehrfach den Gerichtssaal verließen, um damit eine von den Verteidigern beantragte Einvernahme zahlreicher prominenter Zeugen zu torpedieren. In beiden Verfahren war Friedrich Karl Kaul * als Verteidiger tätig.

RA Ralph Dobrawa, Gotha

** Friedrich Karl Kaul, Jurist, geb. 1906. 1933 von der Gestapo verhaftet, wurde er 1935 in das Konzentrationslager Lichtenburg, später nach Dachau eingeliefert. 1937 wurde er unter der Bedingung entlassen, daß er nach Übersee gehe. Daraufhin emigrierte er nach Lateinamerika (Kolumbien) und in die USA. 1945 kehrte er nach Berlin zurück. Seit dieser Zeit war er als Justiziar beim Berliner Rundfunk und seit 1948 als Rechtsanwalt tätig. Später wurde er Chefjustiziar des DDR-Rundfunks und des Staatlichen Komitees für Fernsehen. 1960 wurde er zum Professor ernannt. Er war Schriftsteller, Fernseh- und Hörspielautor und ist besonders als Verteidiger von Antifaschisten und Kommunisten vor Gerichten der BRD hervorgetreten. Professor Dr. F. K. Kaul verstarb am 16. April 1981.*

Zu Manfred Wild: Die DDR im Zerrspiegel des Herrn Behling, RF 254, S. 30

Als die Werbung zum Buch „Leben in der DDR“ mit der ansprechenden Aufmachung erschien, gab es für mich keine lange Überlegung. Habe es sofort gekauft, zumal mir auch irgendwie der Autor in positiver Erinnerung war. Es sollte ein Buch für die Enkel sein, denn ich habe in der DDR gelebt und sie erlebt.

Doch wie groß war meine Enttäuschung, als ich schon nach wenigen Seiten nicht so recht begreifen konnte, was da geschrieben stand! Das von mir mit großer Freude und Erwartung gekaufte Buch erwies sich von Anfang bis

Ende, wie Manfred Wild schreibt, als „grobe Miesmache der DDR“.

Die Darstellung des Autors unterscheidet sich nicht wesentlich von dem DDR-Bild, das uns die bürgerlichen Medien seit nunmehr fast 30 Jahren vorsetzen. Ihn hätten wir dazu nicht gebraucht.

Insofern stimme ich dem Beitrag von Manfred Wild aus ganzem Herzen zu.

Es ist mir ein Bedürfnis, ihm und dem „RotFuchs“ für die Veröffentlichung zu danken.

Hannelore Thürfelder, Frankfurt/Oder

Das Buch von Klaus Behling schreckt vor keiner Gemeinheit zurück. Repräsentanten der DDR werden verleumdet, lächerlich gemacht, als unfähig dargestellt, Haß und Lügen durchziehen fast jede Seite. Besser wäre es, Autoren wie Behling würden sich gleich als Antikommunisten outen. Aber ihnen zur Seite standen ja auch genug Wendehälse und charakterlose Typen. Dank des Beitrags von Manfred Wild im „RotFuchs“ weiß ich, daß ich mit den Schmähungen jetzt nicht alleine fertig werden muß. Ich bedaure, mir das Buch gekauft zu haben.

Liesel Bauer, Dormagen

Den „RotFuchs“ lese ich immer sorgfältig. So auch die Nummer 254. Und was habe ich entdeckt? Auf der Seite 30 einen Beitrag von Manfred Wild zum Buch von Herrn Behling „Leben in der DDR“. Als ich die Seite 30 gelesen hatte, wußte ich, daß der Autor des Buches die Absicht verfolgte, die DDR zu verleumden. Ich habe dieses „Machwerk“ an die „Buchredaktion Berlin“ zurückgeschickt. Eine Gutschrift habe ich bis heute nicht erhalten. Lieber Manfred Wild, ich glaube, Du hast noch zuviel Aufwand betrieben. Das hat Herr Behling gar nicht verdient!

Otto Semmler, Erfurt

Zu Jobst-Heinrich Müller: Rufmordkampagne gegen Rosa Luxemburg, RF 254, S. 14
Von einem saturierten Kleinbürger wie Thierse, der sich seit Jahrzehnten als MdB von unseren Steuergeldern aushalten läßt und sich dem Herrschaftssystem des Großkapitals gegenüber natürlich mit Konformität erkenntlich zeigt, lasse ich mir keine Verlogenheit unterstellen. Wir, die wir jedes Jahr am zweiten Sonntag im Januar, oft bei miesem Wetter, viele an den Beschwerlichkeiten ihres hohen Alters leidend, nach Friedrichsfelde marschieren, tun dies, um Menschen zu ehren, die zu den besten unseres Volkes gehören und dort ihre letzte Ruhe gefunden haben – aufrechte Kämpferinnen und Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse, gegen die Kriege der Imperialisten und die Barbarei des Faschismus. Abgesehen von den bürgerlichen Dummschwätzern und gegenüber dem wissenschaftlichen Rüstzeug des Marxismus-Leninismus ignoranten Pseudolinken, stellt sich die Frage nach der Integrität von Thierse, einem führenden Vertreter seiner Partei, der SPD, die in jüngster Geschichte, unter Schröder, einmal wieder, wie schon so oft seit 1914, ihre Wähler betrogen und sich als willfährige Hure des Großkapitals erwiesen hat – mit den ersten imperialistischen Kriegseinsätzen der BRD seit 1945 und mit einer selbst für die BRD beispiellosen Zerstörung sozialer Errungenschaften. Nun hockt die SPD in ihrem selbstgeschaukelten Grab und versucht panisch, mit dem Verspre-

chen sozialer Wohltaten aus diesem wieder herauszukriechen. Aber wie heißt es so schön im Volksmund? „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht ...“ Leider gehen nun viele von denen, die sich abgewandt haben, den „Heilsbringern“ von rechts auf den Leim. **Peter Krüger, Berlin**

Ein Ruck geht durch die SPD, eine „Vision“ bricht sich Bahn. Politik für den „kleinen Mann“ soll das Handeln und Streben der SPD nun bestimmen und leiten. Was für ein wegweisender Anspruch! Weg mit Hartz IV!, Grundsicherung für Kinder, Mindestlohn 12 Euro, Steuererleichterungen für Geringverdiener usw. usf. Das Füllhorn versprochener Wohltaten ist reich gefüllt.

Doch was bewegt die Upper-Class der ehemaligen Arbeiterpartei wie Nahles, Stegner, Schulz und Scholz, alte, lange verschüttete Tugenden und Ziele jetzt ans Tageslicht zu zerren? Die pure Angst vor dem Untergang! Es droht der Absturz in die Bedeutungslosigkeit.

Männer wie Gerhard Schröder und Peter Hartz haben mit ihren „Reformen“ aus der Partei ein Anhängsel der Union gemacht. Den Weg zum versprochenen Paradies haben sie gepflastert mit prekären Beschäftigungen, Altersarmut, Arbeitssklaven, die für 1 Euro schufteten, allein-erziehenden Müttern, die ihren Kindern aus Geldmangel oft den kleinsten Wunsch nicht erfüllen können, Obdachlosigkeit, Wohnungsmangel, Energiekosten, die die zweithöchsten in Europa sind, Essensversorgung durch die „Tafeln“, die übrigen von ehemals 25 (1994) auf heute 972 angewachsen sind.

Dafür explodierten die Unternehmensgewinne, die Zahl der Millionäre beträgt jetzt 1 021 975, und Milliardäre gibt es über 240. Nun weiß man ja, daß das nicht alles der SPD zuzuschreiben ist, denn Schröder und Hartz genießen schon lange ihre utopischen Renten und Vergünstigungen. Aber für die SPD gilt: Mitgefangen, mitgehungen! Die Auswirkungen einer Sache oder einer Handlung liegt immer in deren Bedeutung und in dem Verständnis, das wir als Wähler und Betroffene dafür haben. Und die Erkenntnis, daß es für die SPD drei Minuten vor zwölf ist, hat den Wandel, der ja bis jetzt nur ein Wahlversprechen ist, bewirkt.

Doch lassen wir uns nicht blenden von den neuen frischen Gesichtern. Erinnern wir uns an das Versprechen, daß Martin Schulz nach der verlorenen Wahl niemals Außenminister werden sollte! Und dann wollte er doch, und alle haben zugestimmt, allen voran Frau Nahles. Ich bin gespannt, wann sie zum ersten Mal die Raute benutzt. Kanzlerin kann sie ja. Hat sie gesagt, obwohl niemand danach gefragt hatte.

Lassen wir uns vom gesunden Menschenverstand leiten und erkennen, daß der „neue Aufbruch“ aus Angst geboren ist. Und da man gegen die Union die Ziele nicht durchsetzen kann, da für die Union der Koalitionsvertrag bindend ist, wurden von einigen „Granden“ der SPD sogar Neuwahlen in Betracht gezogen. Wie soll das denn gehen? Eine 14-Prozent-Partei gegen Schwarz-Grün? Die Union kann sich beruhigt zurücklehnen und abwarten.

Eine Neuwahl jetzt wäre für die SPD wie politischer Selbstmord aus Angst vor dem politischen Tod! Und so wird sich der „neue“ Kurs als das entpuppen, was er ist: Augenwischerei zum Zwecke des Wahlbetrugs. Wie sagt eine alte chinesische Weisheit: Der Mensch hat dreierlei

Wege, klug zu handeln: 1. durch Nachdenken, das ist der edelste; 2. durch Nachahmen, das ist der einfachste, 3. durch Erfahrung, das ist der bitterste ...

**Joachim Augustin,
Bockhorn-Grabstede**

Anfang März ist Prof. Arnulf Baring verstorben. Da es die lokalen Zeitungen nicht getan haben, will ich eine kurze Würdigung schreiben: Wir sollten seine bleibenden „Verdienste“ für die „deutsche Einheit“ nicht vergessen – die arrogante Diskriminierung der Menschen im Osten des Landes: „Das Regime hat fast ein halbes Jahrhundert die Menschen verzerrt, ihre Bildung verhunzt. ... Ob sich dort heute einer Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal. Sein Wissen ist auf weite Strecken völlig unbrauchbar. ... viele Menschen sind wegen ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht weiter verwendbar.“

Mit welcher Überheblichkeit wird die traurige Entwicklung der Bildung hierzulande oder die Massenverblödung (nach Peter Scholl-Latour) ignoriert!

Dr. Gerhard Machalett, Siedenbollentin

Die Zeit der Wahlen aller Art, über Kreistags-, Landtagswahlen bis zu den Exekutiven in der Regierung und der Kanzlerwahl ist angelaufen. Wer ist die neue CDU-Vorsitzende Kramp-Karrenbauer? Was ist von ihr zu erwarten? Die jahrzehntelange Vorsitzende dieser Partei, Angela Merkel, hat als Hüterin der Interessen des deutschen Monopolkapitals für Klarheit gesorgt.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Es ist an der Zeit, laut „Nein!“ zu sagen. Nein zum ungezügelt Markt fundamentalismus und zur Allmacht der Konzerne, nein zum Abbau des Sozialstaates, nein zur wachsenden und zutiefst unmoralischen Kluft zwischen Arm und Reich, nein zur schleichenden Aushöhlung der Demokratie, nein aber auch zum Raubbau an unserer Umwelt, zum unfairen Handel mit der dritten Welt und zu einer von einem falschen Sendungsbewußtsein getragenen geschichtsvergessenen und arroganten Außenpolitik. Die etablierten linken oder halblinken Parteien, selbst von Neoliberalismus und Privatisierungswahn infiziert, sind offensichtlich nicht willens oder nicht mehr in der Lage, dieser unheilvollen Entwicklung in unserem Lande etwas entgegenzusetzen. Es bedarf daher einer starken linken Bürgerbewegung, um endlich einen dringend notwendigen Politikwechsel in unserem Lande herbeizuführen und zugleich die akut drohende Ausbreitung rechtsextremer Ideologien zu verhindern. Ich begrüße und unterstütze daher die von Sarah Wagenknecht initiierte Sammlungsbewegung „Aufstehen“.

Prof. Dr. Cornelius Weiss

Ehem. Rektor der Universität Leipzig

Wer so unbeirrt wie Ihr über Jahre hin diese Zeiten politisch, kommunistisch und kritisch begleitet, wer mir schon über Jahre hin (seit 2002) den RotFuchs zusendet, der hat mehr als ein Lob verdient. Ich und andere lesen Eure Zeitschrift mit großer heller Begeisterung. Ich freue mich, daß es in diesen komplizierten Zeiten Eure klare Stimme noch gibt ... Klassenbewußt und Marx nicht vergessend. ... Weiter so!

Werner Bischoff, Reinheim



»Hitler kaputt«

Jahrestag der Befreiung

Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten!

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am 23. Mai um 14 Uhr spricht der Liedermacher und Autor Hartmut König über sein Buch: **Warten wir die Zukunft ab**

Ort: Kühleweinstraße (Kulturraum am Ende der Sackgasse), 39106 Magdeburg

■ Regionalgruppe Berlin Treptow-Köpenick

Am 23. Mai um 17 Uhr spricht der Regisseur Olaf Brühl zum Thema: **Der Abbau des Kultur- und Musiklebens in der DDR nach 1990**

Ort: Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

■ Regionalgruppe Berlin-Lichtenberg

Am 23. Mai um 18 Uhr spricht der Lateinamerikaexperte Gerhard Mertschenk zum Thema: **Aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika**

Ort: KULTSchule, Sewanstraße 43, 10319 Berlin

■ Regionalgruppe Harz

Am 24. Mai um 15 Uhr spricht Bruno Mahlow zum Thema: **Rußland und seine Wahrnehmung in der westlichen Welt**

Ort: Gaststätte „Lindenhof“, Spiegelsbergweg 16, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 25. Mai um 10 Uhr: Mitgliederversammlung der Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

Graphik: Siegfried Lachmann

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger, Wolfgang Metzger

Redaktionsanschrift:

Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 -238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout:

Rüdiger Serinek
Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet:

www.rotfuchs.net
Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Konstantin Brandt
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Eberhard Herr
Erik Höhne
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Ralf Jungmann
Marcel Kunzmann
Rudi Kurz

Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Herbert Meißner
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Cornelia Noack
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Prof. Dr. Rolf Sieber
Gisela Steineckert
Peter Steiniger
Johann Weber
Theodor Weißborn
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel
Dr. Reiner Zilkenat

Künstlerische Mitarbeit:

Dieter Eckhardt, Siegfried Lachmann,
Heinrich Ruynat, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
oder Heiner Brendel
Tel. 030 -654 45 94
Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 -241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Thiele
Prerower Platz 6, 13051 Berlin
Tel. 030 -981 56 74

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.